

1 Bevölkerung und Demografie

Auszug aus dem
Sozialbericht 2024



Bevölkerung und Demografie

1.1 Bevölkerungsstand und Bevölkerungsentwicklung

Claire Grobecker,
Stefan Schweinert-Albinus,
Olga Pötzsch, Elke Loichinger

Statistisches Bundesamt
(Destatis)

Wie viele Menschen leben in Deutschland? Wo wohnen sie und wie alt sind sie? Daten über Struktur und Entwicklung der Bevölkerung gehören zum grundlegenden Informationsbedarf für fast alle Bereiche von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Die Politik benötigt sie, weil viele Entscheidungen – beispielsweise im Bildungs- und Gesundheitswesen – nur auf der Grundlage gesicherter bevölkerungstatistischer Angaben getroffen werden können. Für die Wirtschaft sind demografische Daten von Bedeutung, da sie Grundinformationen über die Menschen als Arbeitskräfte, Einkommensbezieherinnen und -bezieher sowie Konsumentinnen und Konsumenten liefern.

Hinter den Zahlen verbergen sich aber auch Werthaltungen und Lebenseinstellungen, die ihrerseits wieder Rückwirkungen auf die Bevölkerungsstruktur haben. So spiegeln sich zum Beispiel in den Zahlen der Eheschließungen und -scheidungen sowie der Lebenspartnerschaften, der Geburtenentwicklung und der Familiengröße auch die Einstellungen in der Gesellschaft zur Familie und zu Kindern wider. Der Altersaufbau einer Bevölkerung wird von diesen Lebenseinstellungen mitbestimmt. Er hat zugleich direkte Auswirkungen auf die Bildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten der Menschen und beeinflusst daher unmittelbar ihre Lebensweise. [► Info 1](#)

1.1.1 Bevölkerungsstand und -entwicklung

Nach den Ergebnissen der Bevölkerungsfortschreibung lebten Ende 2022 in Deutschland rund 84,4 Millionen Menschen, davon rund 68,0 Millionen Personen (80,6 %) in den westlichen Bundesländern, 12,6 Millionen (14,9 %) in den neuen Bundesländern und 3,8 Millionen (4,5 %) in Berlin. Dies waren 1,1 Millionen mehr Menschen als Ende 2021 und 15,0 Millionen mehr Einwohnerinnen und Einwohner als zu Beginn der Statistik im Jahr 1950. [► Tab 1](#)

Die Entwicklung der Bevölkerungszahlen wird zum einem durch die Geburten und Sterbefälle und zum anderen durch die Zuzüge nach und Fortzüge von Deutschland bestimmt. Aus dem Saldo der Geburten und Sterbefälle ergibt sich ein Geburten- oder Sterbefallüberschuss, aus dem Saldo der Zu- und Fortzüge ergibt sich eine Nettozuwanderung oder -abwanderung. Zwischen 1950 und 1973 stieg die Gesamtbevölkerungszahl Deutschlands (heutiger Gebietsstand) infolge des sogenannten Babybooms und einer Nettozuwanderung in die Bundesrepublik um insgesamt 9,7 Millionen beziehungsweise durchschnittlich um gut 400 000 pro Jahr auf 79,1 Millionen. Mit dem Rückgang der Geburten um 1970 und einer reduzierten Nettozuwanderung

► Info 1

Methodische Hinweise zu den Bevölkerungszahlen

Die Bevölkerungszahlen werden anhand der Bevölkerungsfortschreibung in demografischer Gliederung bis auf Gemeindeebene ermittelt. Basierend auf den Ergebnissen des jeweiligen letzten Zensus beziehungsweise der letzten Volkszählung erfolgt die Fortschreibung des Bevölkerungsstands anhand einer Bilanzierung der gemeldeten Geburten (+) und Sterbefälle (–) sowie der gemeldeten Zu- und Fortzüge. Die Bevölkerungszahlen werden nach jedem Zensus beziehungsweise jeder Volkszählung ab dem Stichtag umgestellt. Dadurch entsteht ein Bruch in den Zeitreihen. Betroffen sind die Jahre 1961, 1970, 1987 (beziehungsweise 1981 in den neuen Bundesländern) und 2011. Basis der Bevölkerungsfortschreibung in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost von 1990 bis 2010 ist ein Auszug des Einwohnermeldeamts der ehemaligen DDR zum 3. Oktober 1990. Die vorliegenden Ergebnisse für 2022 sind auf Basis des Zensus 2011 gerechnet. Zum Zensus 2022 mit dem Stichtag 15. Mai 2022 lagen zu Redaktionsschluss noch keine neuen Ergebnisse vor, sie können jedoch ab Sommer 2024 über <https://www.zensus2022.de> (Zensus-Website) beziehungsweise <https://ergebnisse.zensus2022.de> (Zensusdatenbank) eingesehen und abgerufen werden. Außerdem finden sich dort weiterführende Informationen zum Zensus 2022.

Für die DDR liegen in der Bevölkerungsstatistik im Wesentlichen vergleichbare Angaben vor. Seit 2001 wird in der amtlichen Statistik nicht mehr zwischen Berlin-West und Berlin-Ost differenziert. Bei Angaben für die alten beziehungsweise neuen Bundesländer wird Berlin in der Regel separat nachgewiesen.

Die Entwicklung der Bevölkerungszahlen ist seit 2016 aufgrund methodischer und technischer Weiterentwicklungen bedingt mit den Vorjahren vergleichbar (siehe auch Info 6).

► Tab 1 Bundesländer mit Regierungssitz nach Fläche, Bevölkerung und Bevölkerungsdichte 2022

	Fläche	Bevölkerung			
		insgesamt	Männer	Frauen	je km²
	in 1 000 km²	in 1 000			
Baden-Württemberg (Stuttgart)	35,7	11 280	5 595	5 685	316
Bayern (München)	70,5	13 369	6 620	6 749	190
Berlin (Berlin)	0,9	3 755	1 843	1 912	4 214
Brandenburg (Potsdam)	29,7	2 573	1 265	1 308	87
Bremen (Bremen)	0,4	685	338	347	1 632
Hamburg (Hamburg)	0,8	1 892	926	967	2 506
Hessen (Wiesbaden)	21,1	6 391	3 151	3 240	303
Mecklenburg-Vorpommern (Schwerin)	23,3	1 628	800	829	70
Niedersachsen (Hannover)	47,7	8 140	4 010	4 130	171
Nordrhein-Westfalen (Düsseldorf)	34,1	18 139	8 890	9 249	532
Rheinland-Pfalz (Mainz)	19,9	4 159	2 054	2 105	209
Saarland (Saarbrücken)	2,6	993	487	506	386
Sachsen (Dresden)	18,4	4 086	2 011	2 076	221
Sachsen-Anhalt (Magdeburg)	20,5	2 187	1 074	1 113	107
Schleswig-Holstein (Kiel)	15,8	2 953	1 443	1 510	187
Thüringen (Erfurt)	16,2	2 127	1 051	1 075	131
Deutschland (Berlin)	357,6	84 359	41 559	42 800	236

Siehe Info 1.
Datenbasis: Bevölkerungsfortschreibung (Bevölkerung) und Gemeindeverzeichnis-Informationssystem GV-ISys (Fläche, Bevölkerung je km²)

► Tab 2 Bevölkerungsentwicklung – in Tausend

	Deutschland	Früheres Bundesgebiet ¹	Neue Länder ²	Berlin
1950	69 346	50 958	18 388	–
1960	73 147	55 958	17 188	–
1970	78 070	61 001	17 068	–
1980	78 397	61 658	16 740	–
1990	79 753	63 726	16 028	3 434
2000	82 260	67 140	15 120	3 382
2010	81 752	65 426	12 865	3 461
2011	80 328	64 429	12 573	3 326
2012	80 524	64 619	12 530	3 375
2013	80 767	64 848	12 498	3 422
2014	81 198	65 223	12 505	3 470
2015	82 176	66 057	12 598	3 520
2016	82 522	66 365	12 581	3 575
2017	82 792	66 608	12 571	3 613
2018	83 019	66 823	12 551	3 645
2019	83 167	66 967	12 530	3 669
2020	83 155	66 991	12 500	3 664
2021	83 237	67 090	12 470	3 677
2022	84 359	68 002	12 601	3 755

Zur zeitlichen Vergleichbarkeit siehe Info 1.
¹ Seit 2001 ohne Berlin-West.
² Seit 2001 ohne Berlin-Ost.
– Nichts vorhanden.
Datenbasis: Bevölkerungsfortschreibung zum 31.12. des jeweiligen Jahres

stabilisierte sich die Einwohnerzahl in den 1970er- und 1980er-Jahren zwischen rund 78 und 79 Millionen. ▶ [Tab 2](#)

In den 1990er-Jahren folgte eine starke Nettozuwanderung in Zusammenhang mit der Öffnung der Grenzen in Osteuropa und mit dem Krieg im ehemaligen Jugoslawien. Die Einwohnerzahl Deutschlands stieg von 79,8 Millionen zunächst bis Ende 2002 auf 82,5 Millionen Personen (+ 2,8 Millionen beziehungsweise im Durchschnitt um circa 230 000 pro Jahr). Bis 2010 nahm mit zurückgehender Zuwanderung die Bevölkerungszahl ab. Seit 2011 ist die Entwicklung mit Ausnahme der Pandemiejahre 2020 und 2021 durch eine starke Nettozuwanderung und, trotz zunehmendem Sterbefallüberschuss, einen Bevölkerungszuwachs gekennzeichnet: So nahm die Bevölkerung bis 2022 von 80,3 Millionen auf 84,4 Millionen zu. Der jährliche Zuwachs betrug im Durchschnitt rund 370 000 mit Extremwerten von 1 Million im Jahr 2015 und 1,1 Millionen im Jahr 2022, unter anderem bedingt durch die hohe Fluchtmigration aus den Kriegsgebieten in Syrien beziehungsweise in der Ukraine. ▶ [Abb 1](#)

Besiedlungsdichte und regionale Bevölkerungsverteilung

Die Bevölkerungsentwicklung fällt regional sehr unterschiedlich aus. Zum einen hat sich der Bevölkerungszuwachs zwischen 2015 und 2022 auf die Städte konzentriert: Im Jahr 2015 lebten 56,2 Millionen Menschen in Gemeinden, die weniger als 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner hatten. Bis Ende 2022 stieg die Einwohnerzahl dieser Gemeinden um 1,7 %, das sind rund 950 000 Menschen. Die Bevölkerung der Städte ab 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner wuchs in dieser Zeit um 4,7 % auf 27,2 Millionen (+ 1,2 Millionen). Zum anderen setzten sich die unterschiedlichen Entwicklungen im Westen und im Osten nach der deutschen Vereinigung fort (siehe Tabelle 2). So stieg die Bevölkerungszahl im früheren Bundesgebiet – mit Ausnahme der Jahre 2006 bis 2009 – kontinuierlich an,

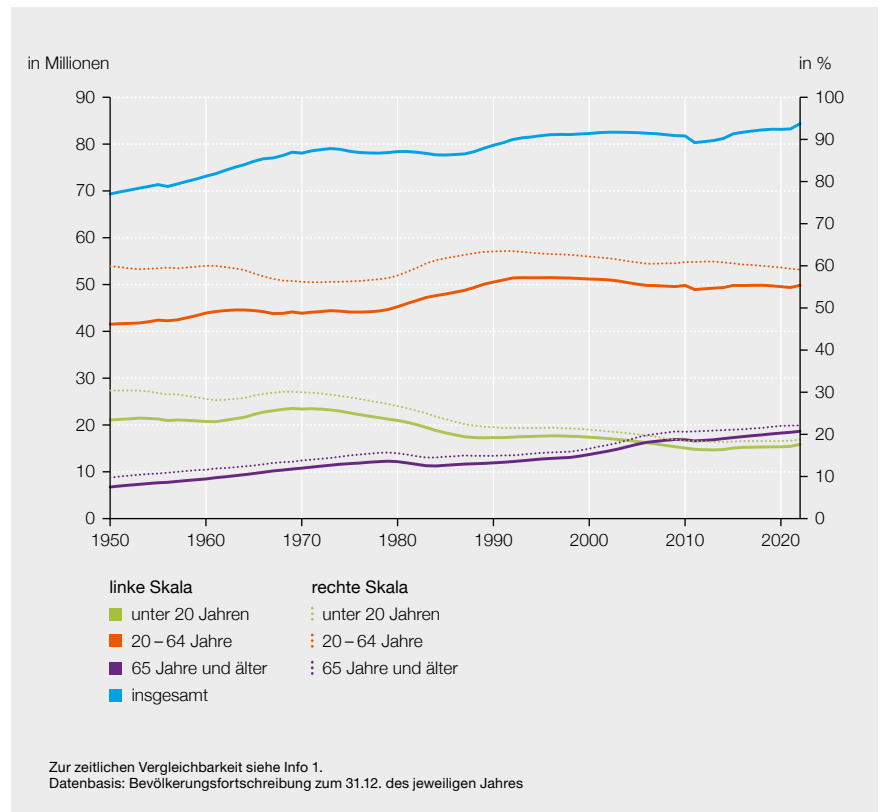
und zwar um insgesamt 8,8 % (5,4 Millionen Personen). 2022 lebten 68 Millionen Menschen im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin-West); das entspricht 80,6 % der Bevölkerung Deutschlands. Die neuen Bundesländer verzeichneten dagegen seit 1990 – mit Ausnahme der Jahre 2014 und 2015 – bis 2021 durchgehend einen Bevölkerungsrückgang, nämlich um insgesamt 15,5 % (2,3 Millionen Personen). Im Jahr 2022 ist eine Umkehr des Trends festzustellen: Im Vergleich zum Vorjahr nahm die Bevölkerung der neuen Bundesländer um 131 000 Personen auf 12,6 Millionen zu. In Berlin gab es bis 2005 abwechselnde Phasen von Bevölkerungszuwachs und -rückgang und seit 2005 eine nahezu stetige Steigerung.

Der Bevölkerungszahl entsprechend änderte sich auch die Bevölkerungsdichte in beiden Teilen Deutschlands. Im früheren Bundesgebiet und Berlin-West stieg

die Einwohnerzahl je Quadratkilometer im Zeitraum von 1950 bis 1973 von 202 auf 250 deutlich an, ging danach bis 1984/85 auf 245 leicht zurück und stieg nach der deutschen Vereinigung bis auf 270 Personen je Quadratkilometer im Jahr 2000. Seit 2001 stagniert die Bevölkerungsdichte im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin-West) zwischen 263 und 264 Personen je Quadratkilometer. Für 2022 wurde im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin-West) eine Einwohnerdichte von 274 ermittelt. Im Gebiet der neuen Länder und Berlin-Ost verringerte sich dieser Wert zwischen 1950 und 1990 von 171 auf 148 Personen je Quadratkilometer. Ab 2001 sank die Bevölkerungsdichte in den neuen Ländern (ohne Berlin-Ost) weiter von 127 auf 117 Personen je Quadratkilometer im Jahr 2022.

Für Deutschland insgesamt lag die Einwohnerdichte Ende 2022 bei 236 Personen

▶ **Abb 1** Entwicklung des Altersaufbaus der Bevölkerung



► **Tab 3** Großstädte mit den höchsten Bevölkerungszahlen und der höchsten Bevölkerungsdichte 2022

	Stadt	Bevölkerung in 1 000	Stadt	Bevölkerung je km²
1	Berlin	3 755	München	4 868
2	Hamburg	1 892	Berlin	4 214
3	München	1 512	Frankfurt am Main	3 113
4	Köln	1 085	Herne	3 060
5	Frankfurt am Main	773	Stuttgart	3 052
6	Stuttgart	633	Offenbach am Main	2 990
7	Düsseldorf	629	Düsseldorf	2 893
8	Leipzig	616	Nürnberg	2 805
9	Dortmund	593	Essen	2 779
10	Essen	585	Oberhausen	2 735
11	Bremen	569	Köln	2 678
12	Dresden	563	Hannover	2 668
13	Hannover	545	Bochum	2 511
14	Nürnberg	523	Hamburg	2 506
15	Duisburg	502	Gelsenkirchen	2 506

Siehe Info 1.
Datenbasis: Bevölkerungsfortschreibung (Bevölkerung) und Gemeindeverzeichnis-Informationssystem GV-ISys
(Fläche, Bevölkerung je km²)

je Quadratkilometer. Am dichtesten besiedelt unter den Bundesländern waren die Stadtstaaten (Berlin: 4 214 Personen je Quadratkilometer, Hamburg: 2 506, Bremen: 1 632). Die geringste Besiedlung je Quadratkilometer wiesen die ostdeutschen Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern (70 Personen je Quadratkilometer), Brandenburg (87) und Sachsen-Anhalt (107) auf (siehe Tabelle 1). Die Bevölkerungsdichte nach Regionen zeigt der Regionalatlas (www.destatis.de/DE/Service/Statistik-Visualisiert/RegionalatlasAktuell.html) in interaktiven Karten.

Ende 2022 gab es in Deutschland 10 786 politisch selbstständige Gemeinden. Es gab 2 407 Gemeinden (ohne Berlin) in den neuen Bundesländern und 8 378 Gemeinden im früheren Bundesgebiet.

Aus der Verteilung der Einwohnerinnen und Einwohner auf Gemeindegrößenklassen ergibt sich für 2022, dass 5 % der Bevölkerung Deutschlands in Gemeinden mit weniger als 2 000 Einwohnerinnen und Einwohnern, 35 % in Gemeinden mit 2 000 bis unter 20 000 Personen und 28 % in Gemeinden mit 20 000 bis unter 100 000 Personen lebten. Auf

Großstädte (Gemeinden mit 100 000 oder mehr Personen) entfielen 32 % der Bevölkerung. Die Städte mit den höchsten Einwohnerzahlen waren in abnehmender Reihenfolge Berlin, Hamburg und München. Betrachtet man die Städte mit der höchsten Bevölkerungsdichte, lagen an vorderster Stelle München, Berlin und Frankfurt am Main. ► [Tab 3](#)

1.1.2 Altersaufbau, Geburtenentwicklung und Lebenserwartung

Altersaufbau

Die Zahl der Geburten beeinflusst unmittelbar den Altersaufbau der Bevölkerung. Außerdem besteht eine Wechselwirkung zwischen der Stärke eines Altersjahrgangs und den Geburten sowie Sterbezahlen: Zum einen beeinflusst die Stärke der einzelnen Altersjahrgänge die Zahl der Geburten und Sterbefälle in bestimmten Zeiträumen. Gleichzeitig wirken sich wiederum die Veränderungen von Geburtenhäufigkeit und Sterblichkeit auch auf die Stärke der jeweiligen Jahrgänge aus. Langfristig führen solche Veränderungen zu einer Verschiebung der Anteile der

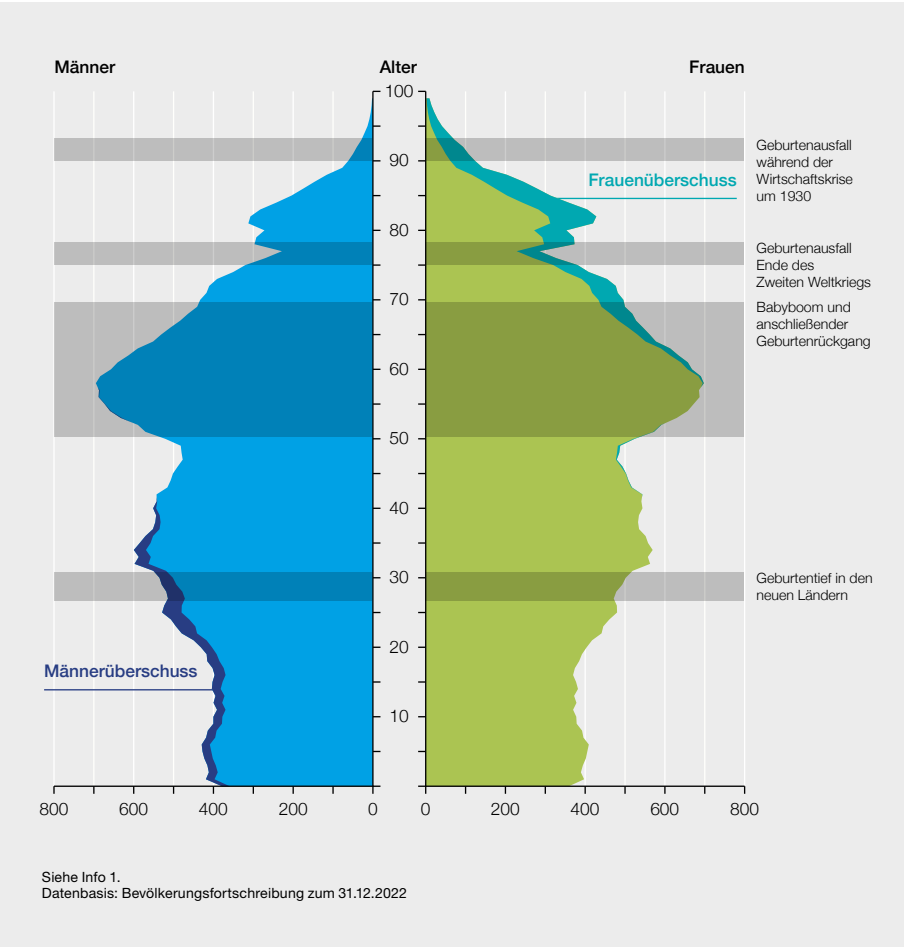
Altersgruppen an der Gesamtbevölkerung. Ein zusätzlicher Faktor ist die Zu- und Abwanderung, da Zuwanderer im Durchschnitt jünger sind als die in Deutschland lebende Bevölkerung. Diese Faktoren führen insgesamt zu einer Verschiebung der Anteile der verschiedenen Altersgruppen an der Bevölkerung. So ist der Anteil der Menschen im Alter von 65 Jahren und älter von 10 % im Jahr 1950 auf 22 % im Jahr 2022 kontinuierlich gewachsen. Der Bevölkerungsanteil der jungen Menschen unter 20 Jahren lag in 1950 bei 30,4 % und ist zwischen 1970 und 2014 kontinuierlich auf 18,2 % zurückgegangen. Dieser Trend wurde unterbrochen durch die starke Zuwanderung in den Jahren 2015 und 2016 sowie 2022 mit der Folge, dass sich der Anteil an Kindern und Heranwachsenden wieder leicht auf 18,8 % im Jahr 2022 erhöht hat. Im Jahr 1950 betrug der Anteil der Personen zwischen 20 und 64 Jahren 59,9 %, erreichte ein Maximum von 63,5 % Anfang der 1990er-Jahre und ist seitdem infolge der Alterung auf 59,1 % im Jahr 2022 zurückgegangen (siehe Abbildung 1).

Den Altersaufbau der Bevölkerung und dessen Veränderungen veranschaulicht Abbildung 2. Dabei zeigt sich deutlich, wie die Basis der Bevölkerungspyramide – also die neuen Generationen – schmaler wird, während die stärksten Jahrgänge zwischen 55 und 64 Jahre alt sind. ► [Abb 2](#), [Info 2](#)

Der Jugendquotient (Zahl der unter 20-Jährigen je 100 Personen zwischen 20 und 64 Jahren) lag 2022 bei 31,8 und somit unter dem Altenquotienten (Zahl der 65-Jährigen und Älteren je 100 Personen zwischen 20 und 64 Jahren) mit 37,4. Im Jahr 1950 lag der Jugendquotient mit 50,8 deutlich höher und der Altenquotient betrug 16,3. Seit 2006 übersteigt der Altenquotient jedoch den Jugendquotienten. ► [Tab 4](#), [Info 3](#)

Beim Altersaufbau gibt es ebenfalls Unterschiede zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Bundesländern (jeweils ohne Berlin). So lag 2022 der Anteil der Seniorinnen und Senioren im Osten bereits bei 26,6 % (gegenüber 21,5 % im Westen), der Anteil der

► Abb 2 Altersaufbau der Bevölkerung 2022



► Tab 4 Entwicklung der Altersstruktur

	Jugendquotient ¹	Altenquotient ²
1950	50,8	16,3
1960	47,3	19,3
1970	53,4	24,6
1980	46,3	26,9
1990	34,2	23,6
2000	34,0	26,8
2010	30,3	33,8
2011	30,3	33,9
2015	30,3	34,7
2016	30,6	35,2
2017	30,6	35,5
2018	30,7	35,9
2019	30,8	36,4
2020	30,9	36,9
2021	31,3	37,3
2022	31,8	37,4

Ergebnisse am 31.12. des jeweiligen Jahres. Zur zeitlichen Vergleichbarkeit siehe Info 1.
1 Altersgruppe der unter 20-Jährigen bezogen auf die Altersgruppe der 20- bis 64-Jährigen.
2 Altersgruppe der 65-Jährigen und Älteren bezogen auf die Altersgruppe der 20- bis 64-Jährigen.
Datenbasis: Bevölkerungsfortschreibung

► Info 2

Bevölkerungspyramide

Um den Altersaufbau der Bevölkerung zu veranschaulichen, verwendet die Statistik eine grafische Darstellungsform, die als Alterspyramide bezeichnet wird, auch wenn sie – für Deutschland betrachtet – längst keine Pyramidenform mehr hat. So gleicht sie heute optisch eher einer »zerzausten Wettertanne«, wie sie einmal bildhaft beschrieben wurde.

Eine interaktive Bevölkerungspyramide auf www.destatis.de ermöglicht es, die Veränderung der Altersstruktur im Zeitraum zwischen 1950 und 2070 zu verfolgen und dabei einen bestimmten Geburtsjahrgang zu beobachten. Die Anwendung basiert auf den Ergebnissen der 15. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung für Deutschland.

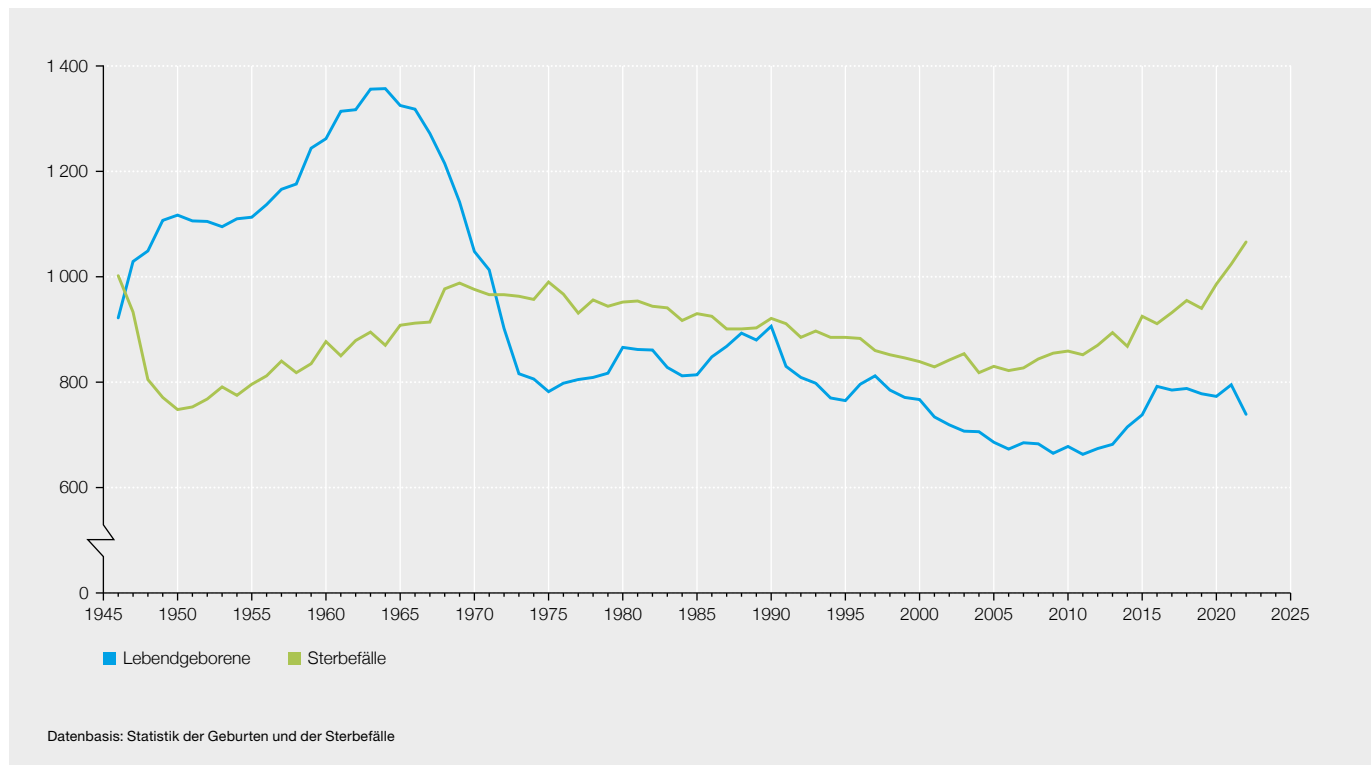
Die Entwicklung der Bevölkerungszahlen ist seit 2016 aufgrund methodischer und technischer Weiterentwicklungen bedingt mit den Vorjahren vergleichbar (siehe auch Info 6).

► Info 3

Jugendquotient, Altenquotient und Gesamtquotient

Neben der absoluten Zahl der Bevölkerung in bestimmten Altersgruppen bilden die Verhältnisse der verschiedenen Altersgruppen wichtige Indikatoren des demografischen Wandels ab. Wird der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter die jüngere Bevölkerung – für deren Aufwachen, Erziehung und Ausbildung gesorgt werden muss – gegenübergestellt, so ergibt sich der Jugendquotient. Wird die Zahl der Personen im Rentenalter, also von potenziellen Empfängerinnen und Empfängern von Leistungen der Rentenversicherung oder anderer Alterssicherungssysteme, auf die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter bezogen, so ergibt sich der Altenquotient. Beide Quotienten zusammen bilden den Gesamtquotienten. Dieser zeigt auf, in welchem Ausmaß die mittlere Gruppe sowohl für die jüngere als auch für die ältere Bevölkerung, die beide nicht im Erwerbsleben stehen, im weitesten Sinne zu sorgen hat. Für die Abgrenzung des erwerbsfähigen Alters wird die Altersspanne 20 bis 64 Jahre gewählt, da in dieser Lebensphase die meisten Menschen erwerbstätig sind.

► Abb 3 Lebendgeborene und Gestorbene — in Tausend



Personen im erwerbsfähigen Alter fiel dagegen mit 55,8 % deutlich niedriger aus als im Westen (59,5 %). In Berlin lebten Ende 2022 verhältnismäßig weniger Seniorinnen und Senioren (18,9 %), dagegen war der Anteil der 20- bis 64-Jährigen mit 62,5 % höher als im restlichen Bundesgebiet.

In Deutschland kamen im Jahr 2022 im Durchschnitt auf 100 neugeborene Mädchen 105 Jungen. Da Männer statistisch gesehen nicht so alt werden wie Frauen, verändern sich die Anteile von Frauen und Männern mit zunehmendem Alter. Einen weiteren Faktor stellt die Zuwanderung dar, weil junge Männer im Vergleich zur in Deutschland lebenden Bevölkerung mit Ausnahme der Fluchtmigration aus der Ukraine unter den Zuwandernden überrepräsentiert sind. Dies führt dazu, dass bis zu einem Alter von circa 40 Jahren der Männeranteil überwiegt. In der Altersgruppe der 40- bis

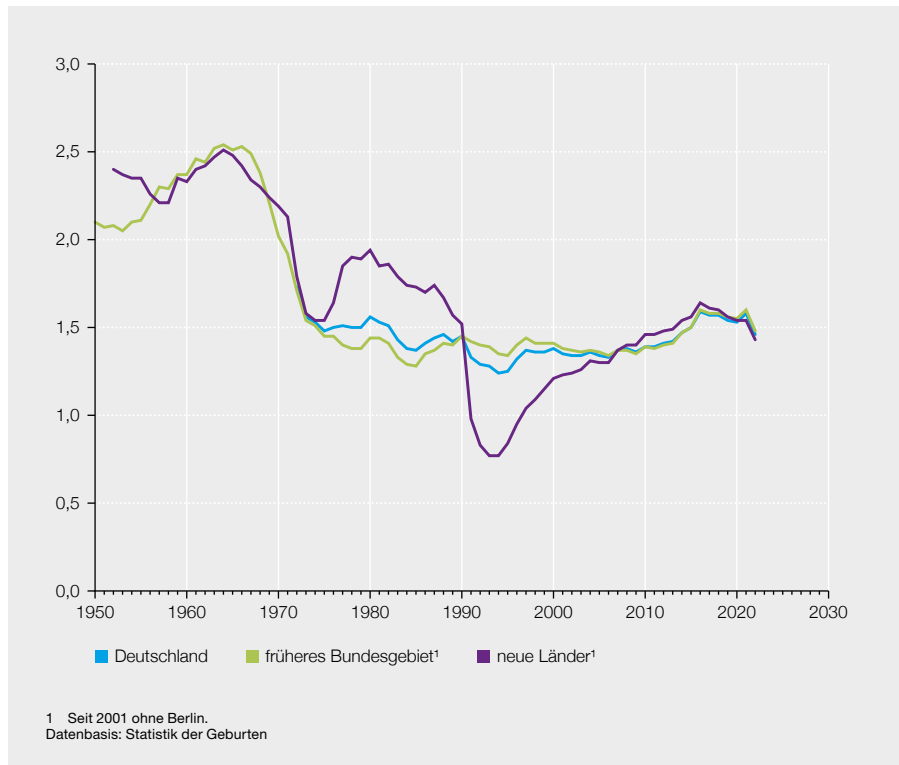
59-Jährigen befinden sich ungefähr gleich viele Männer wie Frauen. In den höheren Altersgruppen überwiegen dann zunehmend Frauen: In der Gruppe der 60- bis 69-Jährigen sind es 51 %, bei den 70- bis 79-Jährigen 54 % und bei den 80-Jährigen oder älteren Personen 61 %. Gründe für den geringeren Männeranteil in den höchsten Altersgruppen sind neben der höheren Lebenserwartung von Frauen auch heute noch die starken Männerverluste durch den Zweiten Weltkrieg. Mit den nachlassenden demografischen Auswirkungen des Krieges steigt mittlerweile aber auch der Anteil der Männer an den Hochbetagten (27 % im Jahr 2000; 39 % im Jahr 2022).

Geburtenentwicklung

Die Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg waren in Deutschland durch hohe Geburtenzahlen geprägt. Ab 1947 wurden deutlich mehr Geburten als Sterbefälle

registriert. Ende der 1950er-Jahre brach der sogenannte Babyboom aus, worauf dann Ende der 1960er-Jahre ein starker Rückgang der Geburten folgte. Die Geburtenzahl ging vom Höchststand im Jahr 1964 (1,36 Millionen) auf 782 000 im Jahr 1975 zurück. Zwischen 1976 und 1990 stieg zwar die Geburtenzahl auf 906 000, nach der deutschen Vereinigung sank sie aber fast kontinuierlich bis 2011 auf 663 000 Neugeborene, den niedrigsten seit 1946 registrierten Wert. Zwischen 2012 und 2016 sowie 2021 nahmen die Geburten spürbar zu, erreichten aber nicht das Niveau von 1990. Seit 2022 sinken die Geburtenzahlen wieder deutlich. Der Geburtenrückgang bewirkte, dass seit 1972 jedes Jahr weniger Kinder geboren wurden als Menschen starben. Im Jahr 2022 war die Anzahl der Geborenen mit 739 000 Kindern um 328 000 geringer als die Zahl der Sterbefälle (1 066 000 Personen). ► Abb 3

► Abb 4 Zusammengefasste Geburtenziffer – Kinder je Frau



Geburtenziffer im Zeitverlauf

Die Zahl der geborenen Kinder hängt einerseits von der Anzahl potenzieller Eltern und andererseits von der relativen Geburtenhäufigkeit (Fertilität) der Frauen ab. Die Geburtenhäufigkeit in einem Kalenderjahr wird mit der zusammengefassten Geburtenziffer gemessen. In Westdeutschland verringerte sich diese nach dem Babyboom stark und stabilisierte sich ab Ende der 1970er-Jahre auf niedrigem Niveau. Fast 40 Jahre lang betrug hier die Geburtenziffer rechnerisch 1,3 bis 1,4 Kinder je Frau. Ein Anstieg erfolgte erst zwischen 2012 und 2016, wobei die Geburtenziffer 2016 erstmals seit über 40 Jahren 1,6 Kinder je Frau erreichte. In der DDR war es in den 1970er-Jahren auch zu einem starken Rückgang der Geburtenhäufigkeit gekommen, dem aber bald ein Anstieg folgte. Bis Mitte der 1980er-Jahre verringerte sich die Geburtenhäufigkeit hier wieder. Nach der

deutschen Vereinigung kam es Anfang der 1990er-Jahre zu einem vorübergehend starken Einbruch der Geburten in den neuen Ländern, der mit den Unsicherheiten des Transformationsprozesses zusammenhing. Zwischen 1995 und 2016 stieg aber die zusammengefasste Geburtenziffer in den ostdeutschen Flächenländern fast kontinuierlich und erreichte 2016 das Niveau von 1,64 Kindern je Frau. Im Zeitraum von 2017 bis 2022 gab es in West- und Ostdeutschland überwiegend einen Rückgang der Geburtenhäufigkeit. Nur im Jahr 2021, dem zweiten Jahr der Coronapandemie, ist die Geburtenziffer in Westdeutschland – entgegen dem rückläufigen Trend – auf 1,61 Kinder je Frau gestiegen und in Ostdeutschland stabil geblieben. Umso gravierender fiel der Rückgang der Geburtenziffer im Jahr 2022 aus: im Westen auf 1,48 und im Osten auf 1,43 Kinder je Frau. ► Abb 4, Info 4

► Info 4

Zusammengefasste Geburtenziffer und endgültige Kinderzahl je Frau

Die **zusammengefasste Geburtenziffer** eines Kalenderjahres (englisch: total fertility rate, TFR) beschreibt das Geburtenverhalten der Frauen im jeweiligen Kalenderjahr. Sie zeigt, wie viele Kinder je Frau ein hypothetischer Frauenjahrgang zur Welt bringen würde, wenn im Lauf seiner gesamten fertilen Phase die Geburtenhäufigkeiten des betrachteten Jahres gelten würden. Diese Kennzahl ist frei vom Einfluss der Altersstruktur, da sie sich aus den altersspezifischen Geburtenziffern für jedes einzelne Altersjahr der Frauen zwischen 15 bis 49 Jahren zusammensetzt. (Die altersspezifische Geburtenziffer ist die Relation zwischen der Zahl der von Müttern eines bestimmten Alters geborenen Kinder und der Zahl aller Frauen dieses Alters.) Die zusammengefasste Geburtenziffer der Kalenderjahre eignet sich jedoch nur eingeschränkt dazu, die tatsächliche Geburtenneigung der »realen« Frauenjahrgänge zu beurteilen. Hierfür wird die endgültige Kinderzahl je Frau (ein Maß für die Kohortenfertilität) herangezogen.

Die **endgültige Kinderzahl je Frau** setzt sich aus den altersspezifischen Geburtenziffern der Frauen eines realen Jahrgangs zusammen. Diese Kennzahl kann allerdings erst dann ermittelt werden, wenn die entsprechende Frauenkohorte ihr 50. Lebensjahr erreicht hat. Hilfsweise werden die altersspezifischen und kumulierten Geburtenziffern bis zum jeweils erreichten Alter verwendet, die wichtige Hinweise auf Entwicklungstrends liefern können. Ab dem Alter von 40 Jahren bieten die kumulierten altersspezifischen Geburtenziffern eine relativ verlässliche Grundlage für die Schätzung der endgültigen durchschnittlichen Kinderzahl eines Jahrgangs.

Endgültige Kinderzahl je Frau

Wie sich Veränderungen in der Geburtenhäufigkeit auf die durchschnittliche Zahl der Kinder auswirken, die Frauen im Lauf ihres Lebens bekommen, zeigt die endgültige Kinderzahl je Frau (siehe auch Info 4). Die in den 1930er-Jahren geborenen Frauen – zum Großteil die Mütter der Babyboom-Generation – haben durchschnittlich mehr als zwei Kinder geboren. Ihre Familiengründungsphase fiel in die Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs der 1950er- und 1960er-Jahre. Bereits bei

den in den 1930er-Jahren geborenen Frauen zeichnete sich jedoch ein Rückgang der endgültigen Kinderzahl je Frau ab. Besonders schnell sank diese zwischen den Geburtsjahrgängen 1934 und 1944, als immer weniger Frauen sich für ein viertes oder weiteres Kind entschieden haben. Anschließend stabilisierte sich die Kinderzahl je Mutter bei rund zwei Kindern. Zugleich stieg aber der Anteil der Frauen, die kein Kind geboren haben (zur Entwicklung der Kinderlosigkeit siehe Kapitel 2.1, Seite 53).

Die zunehmende Kinderlosigkeit hat zu einem kontinuierlichen Rückgang der endgültigen Kinderzahl je Frau beigetragen, die bei den Frauen des Jahrgangs 1968 ihren historischen Tiefststand mit 1,49 Kindern je Frau erreicht hat. Die in der ersten Hälfte der 1970er-Jahre geborenen Frauen haben bereits eine höhere Fertilität. So haben die Frauen des Jahrgangs 1973, der im Jahr 2022 statistisch gesehen das Ende der fertilen Phase erreichte, durchschnittlich 1,57 Kinder je Frau zur

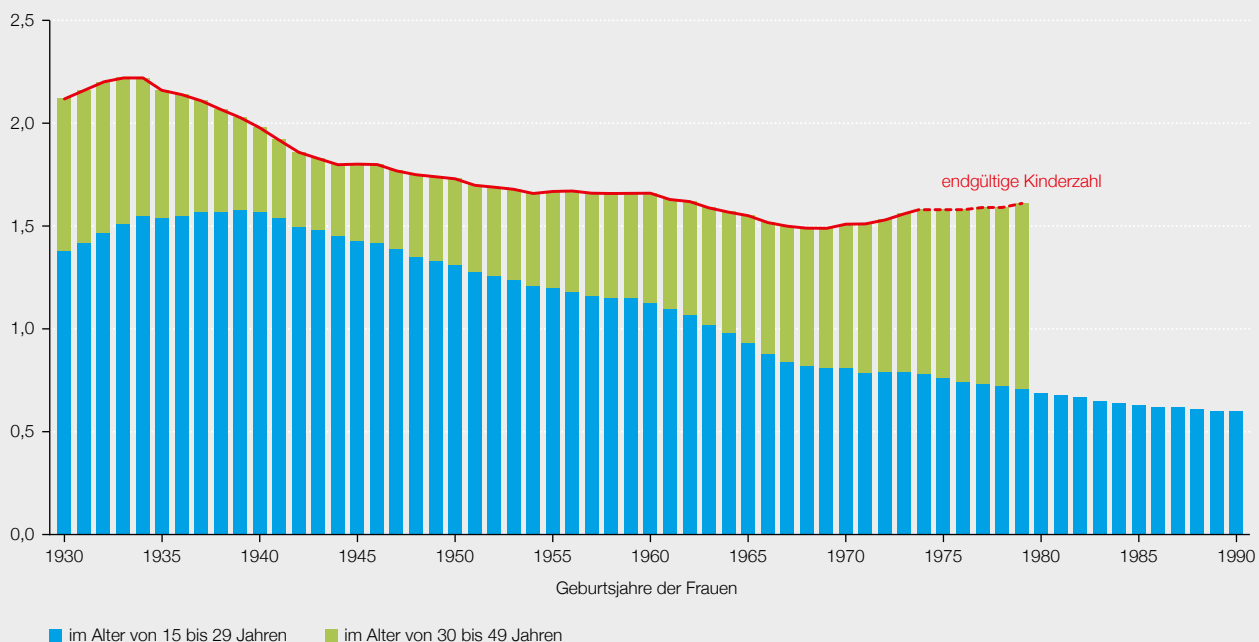
Welt gebracht. Für die Erholung dieser sogenannten Kohortenfertilität waren im Wesentlichen zwei Faktoren ausschlaggebend: Zum einen nahm die Geburtenhäufigkeit der Frauen im Alter ab 30 Jahren deutlich zu. Unter insgesamt günstigen wirtschaftlichen und familienpolitischen Rahmenbedingungen wurden bis dahin noch nicht erfüllte Kinderwünsche realisiert. Zum anderen hat sich die Fertilität dieser Jahrgänge im jüngeren gebärfähigen Alter bis 29 Jahre stabilisiert. Zu dieser Stabilisierung haben auch die Zuwanderinnen beigetragen, die bei der Geburt ihrer Kinder tendenziell jünger als die deutschen Frauen sind. ▶ Abb 5

Zeitpunkt der Familiengründung

Der Trend zur späteren Familiengründung kennzeichnet wesentlich das Geburtenverhalten der vergangenen vier Jahrzehnte. Der Anteil der Frauen, die noch vor ihrem 30. Geburtstag das erste Kind bekommen, nimmt weiter ab. Anfang der 1970er-Jahre waren Frauen im früheren

Bundesgebiet bei der ersten Geburt durchschnittlich etwa 24 Jahre alt, im Jahr 2022 waren sie 30 und damit sechs Jahre älter. Die ostdeutschen Frauen waren bis zum Ende der 1980er-Jahre bei der ersten Geburt im Durchschnitt mit 23 Jahren sehr jung. Nach der deutschen Vereinigung stieg das Alter bei der Familiengründung in den neuen Ländern umso schneller. Im Jahr 2022 bekamen die Frauen in Ostdeutschland ihr erstes Kind durchschnittlich im Alter von rund 29 Jahren, also sechs Jahre später als noch im Jahr 1989. Im bundesdeutschen Durchschnitt waren 2022 die Mütter beim ersten Kind 30 Jahre alt. Damit verengt sich zunehmend die Lebensphase, in der Frauen Familien gründen und weitere Kinder zur Welt bringen können. Eine der Folgen dieser Entwicklung ist die Zunahme der Geburten bei Frauen im Alter ab 40 Jahren. Zwischen 2000 und 2022 stieg der Anteil der Babys mit Müttern im Alter ab 40 Jahren von 2,1 auf 5,1 %. Erste Geburten sind aber im Alter ab 40 Jahren immer noch relativ selten.

▶ Abb 5 Kohortenfertilität insgesamt sowie im Alter unter beziehungsweise ab 30 Jahren 2022 — Kinder je Frau



Die Werte zur Fertilität der Jahrgänge 1974 bis 1979 im Alter von 30 bis 49 Jahren beruhen auf einer Schätzung.
Datenbasis: Statistik der Geburten

Lediglich 3,3 % der ersten Kinder wurden 2022 von Frauen im Alter ab 40 Jahren geboren. Ab dem Alter von 42 Jahren waren es lediglich 1,2 %.

Zunahme der Geburten durch ausländische Mütter

Neben den Veränderungen im Geburtenverhalten allgemein beeinflusst zunehmend auch die Fertilität der Zuwanderinnen das Geburtengeschehen in Deutschland. Der Anteil der Frauen mit ausländischer Staatsangehörigkeit an den Frauenjahrgängen war bei den frühen 1960er-Jahrgängen mit 9 % halb so hoch wie bei den 1970er-Jahrgängen mit 18 %. Seit 2014 stieg außerdem die Anzahl der potenziellen Mütter aus Ländern mit relativ hoher Kinderzahl je Frau. Ihre Fertilität war allerdings nur in den ersten Jahren nach der Flucht aus Kriegs- und Krisengebieten besonders hoch und nahm anschließend ab. Zwischen 2016 und 2022 sank die Geburtenziffer bei ausländischen Frauen von 2,28 auf 1,88 Kinder je Frau.

Lebenserwartung

Die Lebenserwartung ist in den vergangenen 150 Jahren beträchtlich gestiegen. Hierbei spielte die Verringerung der Säuglings- und Kindersterblichkeit lange eine entscheidende Rolle. Im Deutschen Reich betrug die durchschnittliche Lebenserwartung im Zeitraum 1871/81 für neugeborene Jungen 35,6 Jahre und für neugeborene Mädchen 38,5 Jahre. Aber schon Zehnjährige, die das Säuglings- und Kleinkindalter mit besonders hohen Sterberisiken hinter sich ließen, hatten eine weitere Lebenserwartung von 46,5 Jahren (Jungen) beziehungsweise 48,2 Jahren (Mädchen). Nach den Ergebnissen der aktuellen Sterbetafel 2020/22 betrug die Lebenserwartung neugeborener Jungen 78,3 und die der Mädchen 83,2 Jahre. Auch die fernere Lebenserwartung in höheren Altersjahren ist stark gestiegen. So hatten beispielsweise 65-jährige Männer 1871/81 im Durchschnitt noch 9,6 Jahre zu leben. In den Jahren 2020/22 waren es 17,6 Jahre. Bei den Frauen ist diese Steigerung noch stärker ausgeprägt: Lag

der Wert für den Zeitraum 1871/81 bei 10,0 Jahren, so konnten 65-jährige Frauen 2020/22 durchschnittlich 20,9 weiteren Lebensjahren entgegensetzen. Von den Frauen, die 2022 starben, war fast ein Drittel 90 Jahre oder älter. Mindestens 100 Jahre alt waren rund 8050 der gestorbenen Frauen und etwa 1 550 verstorbene Männer. ▶ [Tab 5](#)

1.1.3 Wanderungsbewegungen

Die Wanderungstatistik weist die räumliche Mobilität der Bevölkerung nach und ermöglicht Aussagen über die Zahl und Struktur der Zu- und Fortzüge über die Grenzen der Bundesrepublik Deutschland (Außenwanderungen) sowie der Umzüge innerhalb Deutschlands (Binnenwanderungen). Gleichzeitig ist die Wanderungstatistik neben den natürlichen Bevölkerungsbewegungen (Geburten und Sterbefälle) eine Komponente im Bilanzierungsverfahren der amtlichen Bevölkerungsfortschreibung. Die Ergebnisse fließen in die Fortschreibung des Bevölkerungsstands am Ort der Hauptwohnung ein. ▶ [Info 5](#)

▶ **Tab 5 Durchschnittliche (fernere) Lebenserwartung — in Jahren**

	Jungen/Männer		Mädchen/Frauen	
	2020/22	1871/81	2020/22	1871/81
Vollendetes Alter in Jahren				
0	78,3	35,6	83,2	38,5
1	77,6	46,5	82,4	48,1
5	73,6	49,4	78,5	51,0
10	68,7	46,5	73,5	48,2
20	58,8	38,5	63,6	40,2
30	49,0	31,4	53,7	33,1
40	39,4	24,5	43,9	26,3
50	30,0	18,0	34,3	19,3
60	21,5	12,1	25,2	12,7
70	14,2	7,3	16,8	7,6
80	8,0	4,1	9,5	4,2
90	3,6	2,3	4,2	2,4

2020/22: Deutschland; 1871/81: Deutsches Reich.
Datenbasis: Sterbetafeln des Statistischen Bundesamts

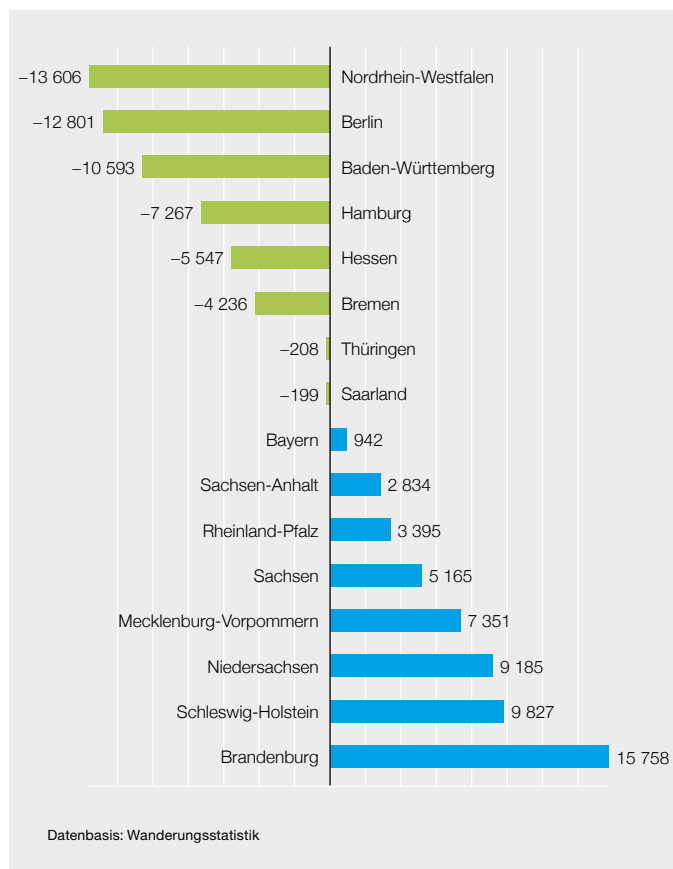
▶ **Info 5**

Wanderungstatistik

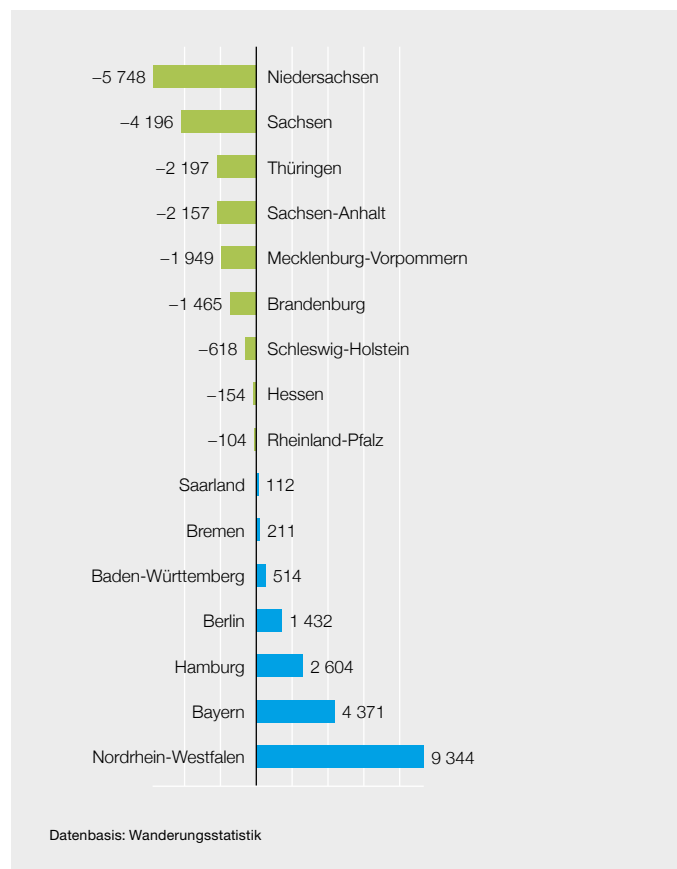
Die Wanderungstatistik erfasst alle Zu- und Fortzüge, die die Meldebehörden im Zuge der An- und Abmeldeverfahren registrieren und den statistischen Ämtern übermitteln. Berücksichtigt werden dabei die Wechsel der Haupt- beziehungsweise alleinigen Wohnung über die Gemeindegrenzen. Umzüge innerhalb von Gemeinden werden in der Wanderungstatistik nicht erfasst. Der Wanderungssaldo ergibt sich aus der Differenz der Zu- und Fortzüge. Das Wanderungsvolumen bezeichnet die Summe aus der Binnen- und Außenwanderung. Zuzüge »von unbekannt« und Fortzüge »nach unbekannt« zählen dabei zur Außenwanderung.

Die Wanderungstatistik weist Wanderungsfälle nach, also die Zu- oder Fortzüge über die Gemeindegrenzen, nicht die wandernden Personen. Die Zahl der Wanderungsfälle in einem Jahr ist in der Regel etwas größer als die Zahl der wandernden Personen, da eine Person in einem Jahr mehrmals zu- und fortziehen kann. Durch die Binnenwanderung ändert sich nur die regionale Verteilung der Bevölkerung, durch die Außenwanderung die Einwohnerzahl Deutschlands.

► **Abb 6a** Wanderungssaldo nach Bundesländern 2022
– deutsche Personen



► **Abb 6b** Wanderungssaldo nach Bundesländern 2022
– ausländische Personen



Binnenwanderung

Die Gründe für Wanderungen innerhalb Deutschlands sind vielfältig und variieren stark nach der jeweiligen Lebenssituation der Wandernden. So zeigt sich beispielsweise eine hohe Mobilität bei Personen, die eine neue Arbeits- oder Ausbildungsstelle annehmen. Bei Ausländerinnen und Ausländern können neben anderen Gründen soziale Verflechtungen eine Rolle spielen, sodass sie bevorzugt dort hinziehen, wo bereits Menschen gleicher Herkunft leben. Darüber hinaus gibt es Verteilungsquoten für Personen, die als Spätaussiedlerinnen und -aussiedler oder als Schutzsuchende aufgenommen werden.

Im Jahr 2022 registrierten die Meldebehörden 4 Millionen Wanderungen über die Gemeindegrenzen innerhalb

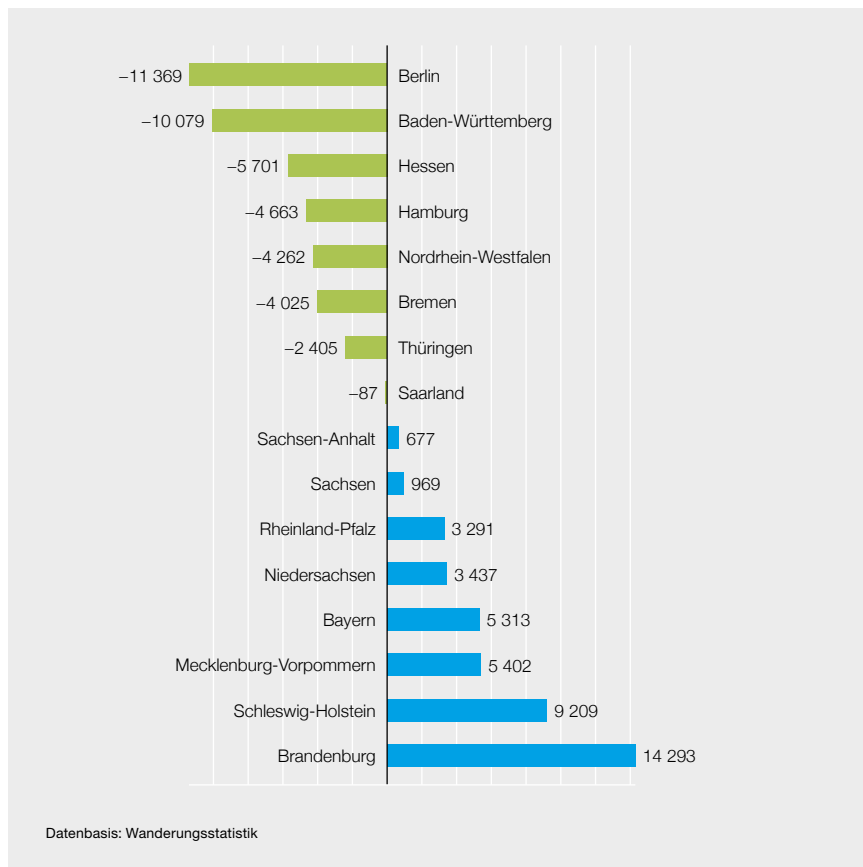
Deutschlands. In den meisten Fällen blieben die Personen in ihrem Bundesland; nur etwa 26 % aller Binnenwanderungen (rund 1,1 Millionen Umzüge) fanden zwischen Bundesländern statt. Dabei verzeichneten Brandenburg und Schleswig-Holstein im Jahr 2022 die größten Wanderungsgewinne mit Wanderungssalden von 14 300 Personen (Brandenburg) und 9 200 Personen (Schleswig-Holstein). Diese hohen Zuwanderungsüberschüsse sind insbesondere auf Zuzüge von Deutschen zurückzuführen. So betrug der Wanderungsüberschuss für Zuzüge von Deutschen aus anderen Bundesländern nach Brandenburg 15 800 Personen und nach Schleswig-Holstein 9 800 Personen. Nordrhein-Westfalen war 2022 bei Umzügen zwischen den Bundesländern das

beliebteste Zielland für Ausländerinnen und Ausländer mit einem Wanderungssaldo von 9 300 ausländischen Personen. ► [Abb 6](#)

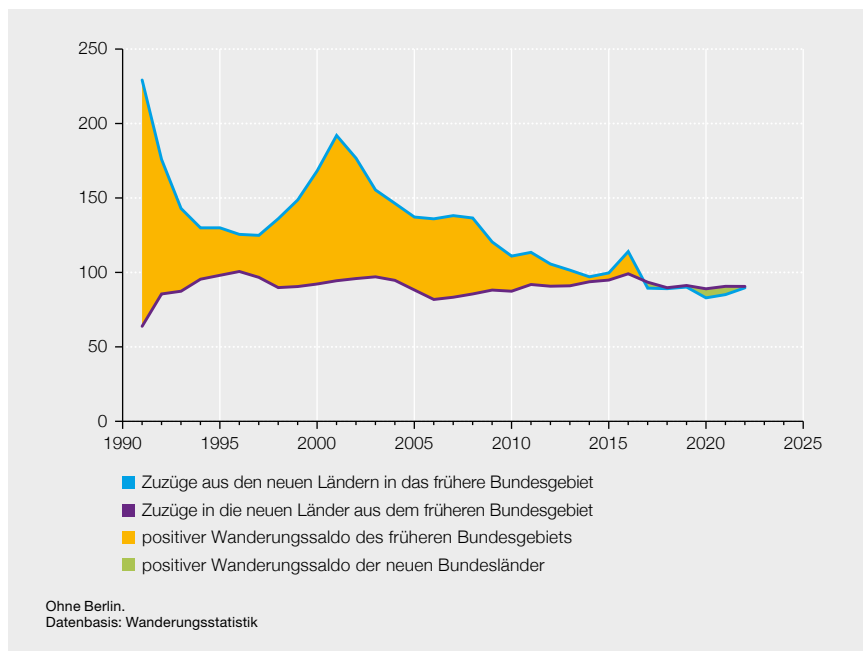
Die höchsten Abwanderungsverluste bei Umzügen zwischen den Bundesländern wiesen Berlin (Saldo: – 11 400 Personen) und Baden-Württemberg (– 10 100 Personen) auf. Allerdings gibt es auch hier unterschiedliche Muster für deutsche und ausländische Personen: Der Wanderungsverlust war für Deutsche am höchsten in Nordrhein-Westfalen (– 13 600 Personen), gefolgt von Berlin (– 12 800 Personen) und für ausländische Personen in Niedersachsen (– 5 700 Personen).

Aus historischem Anlass kommt den Wanderungsströmen zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern und Berlin-Ost eine besondere Bedeutung zu. Zwischen 1989 und 1991 war

► **Abb 6c Wanderungssaldo nach Bundesländern 2022**
— Personen insgesamt



► **Abb 7 Wanderungen zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Bundesländern — in Tausend**



eine hohe Abwanderung von Ost nach West festzustellen. In den Folgejahren bis 1996 war die Entwicklung der Wanderungen zwischen dem früheren Bundesgebiet und den ostdeutschen Ländern gegenläufig: Die Zuzüge aus den neuen Ländern verringerten sich, die Wanderungen nach Osten stiegen an, sodass der Wanderungssaldo 1997 nur noch 28 200 Personen betrug. Ab 1998 begann eine neue Wanderungswelle von Ost nach West (Saldo 2001: 97 600 Personen), die nach 2001 langsam zurückging. Bis einschließlich 2016 überstiegen die Fortzüge nach Westen die Zuzüge nach Osten (Abwanderungsüberschuss 2016: 14 900 Personen). In den vergangenen Jahren ist jedoch bei innerdeutschen Umzügen eine Veränderung zu beobachten. So ziehen seit 2017 durchgängig mehr Menschen von Westdeutschland in die ostdeutschen Länder als umgekehrt – und zwar überwiegend Personen im Erwerbsalter. Im Jahr 2022 waren von insgesamt 90 600 aus dem Westen in den Osten Zugezogenen 77 % zwischen 18 und 64 Jahre alt, 33 % waren zwischen 18 und 29 Jahre alt. ► [Abb 7](#)

Außenwanderung

Unter Außenwanderung werden alle Wanderungen über die Außengrenzen Deutschlands hinweg subsummiert. Motive für die Immigration nach beziehungsweise für die Emigration aus Deutschland sind wie bei der Binnenwanderung vielfältig und von vielen Faktoren beeinflusst. Neben persönlichen und wirtschaftlichen Gründen, die sich beispielsweise in der gezielten Anwerbung von Arbeitskräften aus dem Ausland zeigt, sind bei der Zuwanderung aus dem Ausland auch Vertreibung und Flucht aus Kriegs- und Krisengebieten zu nennen. Der globale Klimawandel mit seinen regional sehr unterschiedlichen Auswirkungen auf die dortigen Lebensbedingungen wird zukünftig ein immer stärkerer Anlass für die Abwanderung aus der Heimatregion vieler Menschen werden.

Von 1950 bis zum Mauerbau am 13. August 1961 wurden rund 2,6 Millionen Menschen aus der DDR als Übersiedlerinnen

▶ **Tab 6** Zuzüge von (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern

	Insgesamt	Darunter aus		
		Sowjetunion beziehungsweise Nachfolgestaaten	Polen	Rumänien
1950–1959	438 225	13 580	292 181	3 454
1960–1969	221 516	8 571	110 618	16 294
1970–1979	355 381	56 592	202 711	71 415
1980–1989	984 087	176 565	632 800	151 157
1990–1999	2 029 176	1 630 107	204 078	186 354
2000–2009	474 276	469 906	2 701	1 535
2010–2014	14 391	14 170	113	101
2015	6 118	6 096	13	7
2016	6 588	6 572	9	7
2017	7 059	7 043	11	4
2018	7 126	7 112	10	2
2019	7 155	7 149	3	3
2020	4 309	4 302	4	3
2021	7 052	7 046	2	4
2022	7 010	7 000	5	2

Einschließlich ausländischer Familienangehöriger von (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern.
 Datenbasis: Bundesverwaltungsamt

und Übersiedler in der Bundesrepublik aufgenommen. Ferner kamen seit 1950 rund 4,6 Millionen (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler in das frühere Bundesgebiet beziehungsweise seit 1990 nach Deutschland (siehe auch Kapitel 1.2, Seite 30). Im Jahr 1990 wurde mit rund 397 000 Personen die mit Abstand höchste Zahl von Aussiedlerinnen und Aussiedlern aufgenommen. Danach gingen die Zahlen zurück auf seit 2006 jährlich weniger als 10 000 Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler, wie die ab dem 1. Januar 1993 in die Bundesrepublik Deutschland zugezogenen Aussiedlerinnen und Aussiedler genannt werden. ▶ [Tab 6](#)

Durch die Zuwanderung aus den früheren deutschen Gebieten im Osten, der ehemaligen DDR sowie von Aussiedlerinnen und Aussiedlern gab es für die Bundesrepublik Deutschland seit Gründung bis Anfang des neuen Jahrtausends einen Zuwanderungsgewinn von Deutschen. Seit 2005 werden allerdings Wanderungs-

verluste beobachtet: Es wandern also mehr Deutsche ins Ausland ab, als Deutsche nach Deutschland (zurück-)ziehen. Zeitgleich zur nachlassenden Zuwanderung von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern erhöhte sich die Zahl der Fortzüge deutscher Personen ins Ausland. So gab es in den 1990er-Jahren noch rund 110 000 Fortzüge von Deutschen pro Jahr, im Jahr 2008 etwa 175 000 Fortzüge. Allerdings verminderte sich die Abwanderung – wahrscheinlich infolge der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise – ab 2009 (155 000 Fortzüge) wieder und blieb bis 2015 mit jährlich 130 000 bis 150 000 Fortzügen annähernd konstant. Demgegenüber standen Zuzüge aus dem Ausland in der Größenordnung von 115 000 bis knapp über 120 000 Deutschen zwischen 2009 und 2015. Seit dem Jahr 2016 werden die Zu- und Fortzüge deutscher Personen, deren bisheriger oder neuer Wohnort nicht bekannt ist, in der Wanderungsstatistik zusätzlich berücksichtigt. ▶ [Info 6](#), [Abb 8](#)

▶ **Info 6**

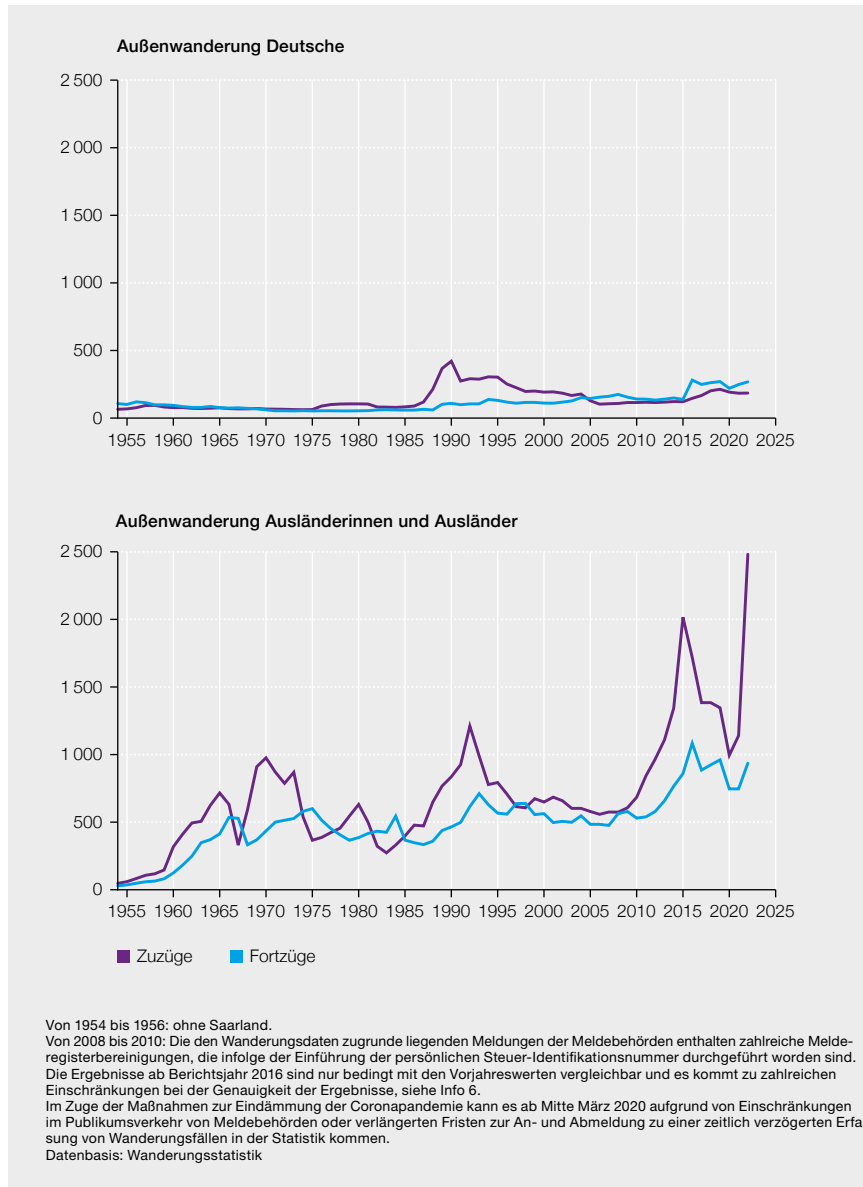
Methodische Hinweise zu den Ergebnissen der Wanderungsstatistik seit 2016

Die Ergebnisse der Wanderungsstatistik seit Berichtsjahr 2016 sind aufgrund methodischer Änderungen, technischer Weiterentwicklungen der Datenlieferungen aus dem Meldewesen an die Statistik sowie der Umstellung auf ein neues statistisches Aufbereitungsverfahren nur bedingt mit den Vorjahreswerten vergleichbar. Insbesondere werden seit dem 1. Januar 2016 Zu- und Fortzüge von Deutschen von beziehungsweise nach »unbekannt/ohne Angabe« in der Wanderungsstatistik unter der Außenwanderung verbucht. Zuvor blieben sie weitgehend unberücksichtigt. Daher werden Meldungen von Personen, die zuvor »nach unbekannt« abgemeldet waren und sich wieder anmelden, statistisch nur dann als Zuzug »von unbekannt« verarbeitet, wenn die vorherige Abmeldung »nach unbekannt« in der Statistik berücksichtigt wurde (das heißt seit 2016 stattfand). Da im Gegenzug alle Abmeldungen von Deutschen »nach unbekannt« ohne Einschränkung berücksichtigt wurden, wird eine zu niedrige Zahl von Anmeldungen »von unbekannt« im Verhältnis zu den Abmeldungen »nach unbekannt« und somit eine erhöhte Nettoabwanderung von deutschen Personen nachgewiesen. Dieser methodisch unvermeidbare Effekt trifft insbesondere auf die Ergebnisse 2016 zu und dürfte bis etwa 2019 wirksam sein. Die sonstigen Ergebnisse zur Außenwanderung von Deutschen nach Herkunfts-/Zielländern sind von dieser methodischen Änderung nicht betroffen.

Die Themenseite »Wanderungen« auf www.destatis.de bietet ausführliche methodische Erläuterungen.

Im Jahr 2016 wurden daher rund 146 000 Zuzüge und 281 000 Fortzüge von Deutschen verzeichnet. Rechnet man die in Info 6 beschriebenen Effekte heraus, ergeben sich auch für das Jahr 2016 sowohl bei den Zuzügen (115 000 Personen) als auch bei den Fortzügen (131 000 Personen) keine wesentlichen Veränderungen gegenüber den Vorjahren. Im Jahr 2022 lag die Zahl der Zuzüge deutscher Personen bei 185 000 und die Zahl der Fortzüge bei 268 000. Hauptzielländer von auswandernden Deutschen waren im Jahr 2022 die Schweiz mit 20 100 Personen, Österreich mit 12 400 Personen und die Vereinigten Staaten von Amerika mit 9 500 Personen. Die deutschen Auswandernden

► Abb 8 Wanderungen zwischen Deutschland und dem Ausland — in Tausend



waren mehrheitlich männlich (60 %) und vergleichsweise jung mit durchschnittlich 35,0 Jahren im Vergleich zur deutschen Gesamtbevölkerung mit einem Durchschnittsalter von 45,9 Jahren.

Ab Anfang der 1960er-Jahre hatte die Zu- und Abwanderung von ausländischen Personen durch die Anwerbung von Gastarbeiterinnen und Gastarbeitern erheblich an Bedeutung gewonnen. Seit Mitte der 1970er-Jahre wird das

Wanderungsverhalten der Ausländerinnen und Ausländer auch von anderen Faktoren beeinflusst, zum Beispiel dem Familiennachzug oder der politischen, wirtschaftlichen oder sozialen Situation in den Herkunftsländern. Insbesondere politische Umbrüche, Kriege und Krisen können Auswanderungswellen nach Deutschland auslösen. Zudem wirken sich staatliche Maßnahmen zur Steuerung der Wanderungsströme aus. Von besonderer

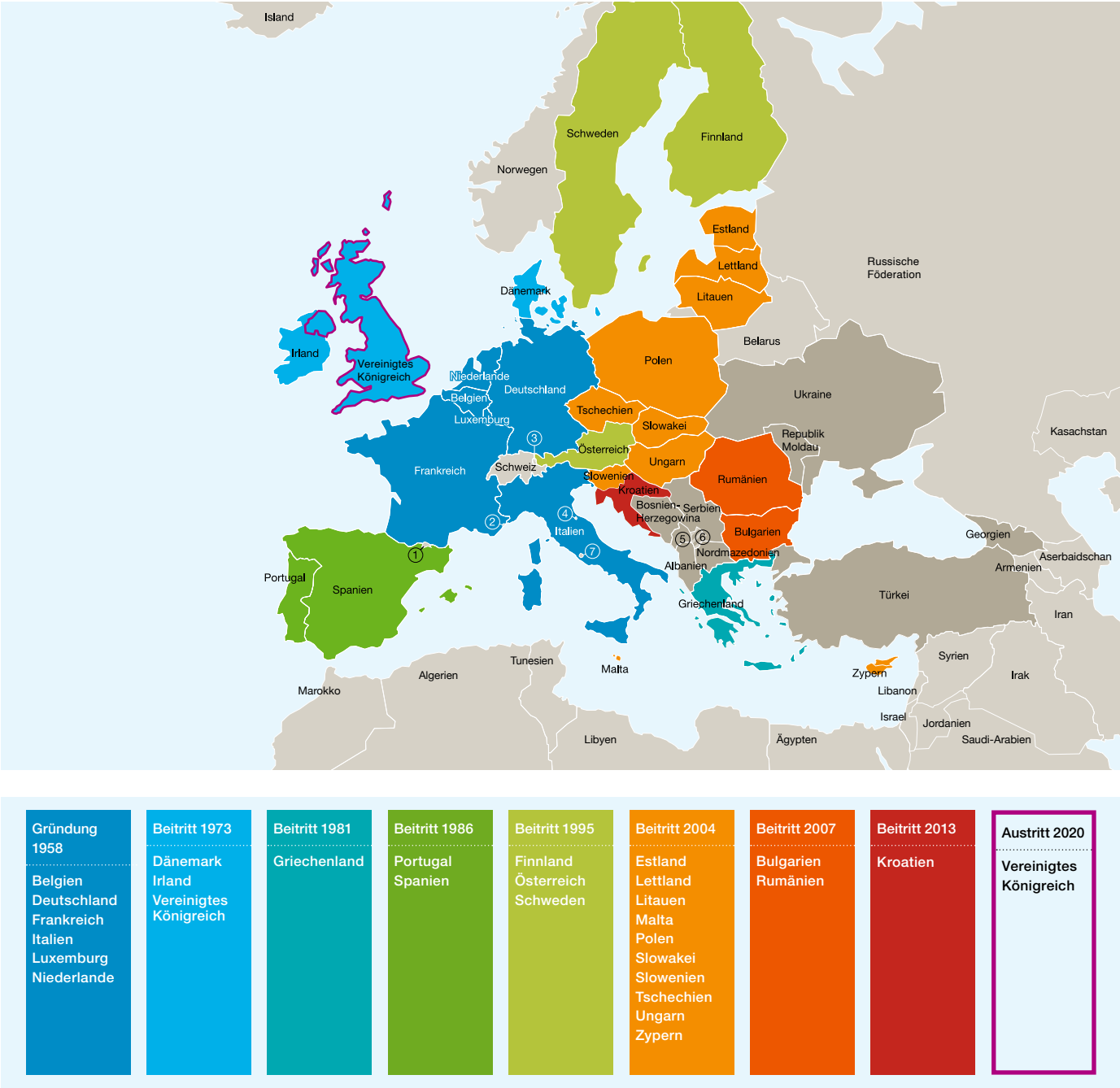
Bedeutung sind in diesem Zusammenhang der 1973 erlassene Anwerbestopp oder das Rückkehrhilfegesetz von 1983.

Die Zuwanderung ausländischer Staatsangehöriger hatte 1992 mit 1,2 Millionen Personen einen ersten Höhepunkt erreicht. Gründe waren die Öffnung der Grenzen in Osteuropa und die Flucht vieler Menschen vor dem Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien. Asylrechtliche Neuregelungen wie die Änderung des Grundgesetzes (Artikel 16a) im Jahr 1993 bewirkten, dass Einreisen zum Zweck der Asylsuche nach 1993 erheblich zurückgingen.

Bis 2006 war die Zuwanderung mit einigen Schwankungen eher rückläufig; in den Folgejahren stieg die Zuwanderung wieder an. Eine Ursache hierfür sind Beschlüsse auf Ebene der Europäischen Union, beispielsweise EU-Erweiterungen, Freizügigkeitsregelungen, Abkommen mit Ländern der Europäischen Freihandelszone (EFTA-Länder) oder veränderte Visaregelungen. Infolge der Wirtschaftskrise in den südeuropäischen Ländern zwischen etwa 2009 und 2013 sowie des Beitritts vieler osteuropäischer Länder zur EU 2004 beziehungsweise 2007 und 2013 nahm die Zuwanderung aus diesen Ländern sprunghaft zu. Auch haben 2011 die Zuzüge aus den 2004 beigetretenen Ländern – nach Ablauf der letzten Einschränkungen zum Arbeitsmarktzugang – stark zugenommen. Das Gleiche gilt seit 2013 für die 2007 beigetretenen Rumänien und Bulgarien. ► Abb 9

Hinzu kamen seit 2014 Schutzsuchende aus den von (Bürger-)Kriegen betroffenen Ländern, vor allem Syrien, Afghanistan und Irak sowie ab Februar 2022 Schutzsuchende aus der Ukraine aufgrund des dortigen russischen Angriffskriegs. So wurden im Jahr 2022 rund 2,5 Millionen Zuzüge ausländischer Personen verzeichnet. Rund 25 % der Personen (624 000) kamen dabei aus der EU, 18 % (445 000 Personen) aus dem außereuropäischen Ausland und 54 % aus einem sonstigen europäischen Land (1 348 000 Personen). Die Hauptherkunftsländer 2022 waren die Ukraine (1 096 000 Zuzüge),

► Abb 9 Die Entwicklung der Europäischen Union



Rumänien (204 000), Polen (105 000) und die Türkei (75 000). ► Info 7

Die Abwanderung von Ausländerinnen und Ausländern erreichte 1993 mit 711 000 Fortzügen einen ersten Höhepunkt. Danach war die Tendenz bis 2007

rückläufig, abgesehen von einem vorübergehenden Anstieg in den Jahren 1997, 1998 und 2004 infolge der Rückkehr bosnischer Bürgerkriegsflüchtlinge in ihr Heimatland.

Die Fortzugszahlen zwischen 2008 und 2010 sind durch bundesweite Berei-

nigungen der Melderegister überhöht und mit den Vor- und Folgejahren nicht vergleichbar. Die Bereinigungen führten zu zahlreichen Abmeldungen von Amts wegen, die sich in den Fortzugszahlen niedergeschlagen haben.

► Info 7

Erfassung der Schutzsuchenden in der Wanderungsstatistik

Schutzsuchende Personen sind meldepflichtig, sobald sie in Deutschland angekommen sind. Damit sind sie grundsätzlich bei ihrer Ankunft in Deutschland in der Wanderungsstatistik enthalten.

Der Status als Schutzsuchende beziehungsweise Schutzsuchender wird in der Wanderungsstatistik nicht erfasst. Am 4. März 2022 ist aufgrund des russischen Angriffs auf die Ukraine die EU-Richtlinie zur Gewährung vorübergehenden Schutzes im Fall eines Massenzustroms von Vertriebenen zur Anwendung gekommen. Dadurch können Betroffene in Deutschland unkompliziert und ohne aufwendige Einzelfallprüfung durch ein Asylgesuch eine Aufenthaltserlaubnis für zwölf Monate von einer Ausländerbehörde erhalten. Ein Asylantrag braucht nicht gestellt werden. Mit den erleichterten Einreiseregulungen für Ukrainerinnen und Ukrainer können eine verzögerte behördliche und damit auch statistische Erfassung einhergehen. Zur Abschätzung der Wanderungsbewegungen von Schutzsuchenden werden die Wanderungsfälle von Staatsangehörigen von Staaten mit einem hohen Anteil an Schutzsuchenden wie die Ukraine oder Syrien betrachtet.

Seit 2011 stieg die Zahl der Fortzüge von Ausländerinnen und Ausländern wieder an und lag 2022 bei 936 000 Fortzügen. Da viele Zugewanderte, vor allem aus der EU, nicht dauerhaft in Deutschland bleiben und nach einer kürzeren oder längeren Zeit in ihr Herkunftsland zurückkehren oder in ein anderes Land weiterziehen, geht eine hohe Zuwanderung zeitversetzt mit einer hohen Abwanderung einher.

Der Wanderungssaldo Deutschlands gegenüber dem Ausland war seit Beginn der Statistik in den 1950er-Jahren überwiegend positiv. Lediglich in konjunkturell schlechten Zeiten der 1960er- und 1970er-Jahre, in der Zeit des Rückkehrhilfegesetzes in den 1980er-Jahren und 1997/98, nach Ende des Bosnienkriegs, fiel der Saldo negativ aus. Die bis dahin höchsten Wanderungsüberschüsse (mehr

► Info 8

Bevölkerungsvorausberechnung

Die langfristigen Bevölkerungsvorausberechnungen zeigen, wie sich Bevölkerungszahl und -struktur unter bestimmten Annahmen zum Geburtenverhalten, zur Sterblichkeit und zu den Wanderungen entwickeln werden. Sie liefern somit »Wenn-dann-Aussagen« und helfen, den Einfluss der demografischen Prozesse auf die Bevölkerungsdynamik zu verstehen.

Da sich demografische Prozesse nur sehr allmählich vollziehen, entfaltet sich das volle Ausmaß ihres Einflusses erst nach mehreren Jahrzehnten. Deshalb kann eine Bevölkerungsvorausberechnung nur dann ihren Zweck erfüllen, wenn sie entsprechend lange Zeiträume umfasst. Um neuere Entwicklungen zu berücksichtigen, aktualisieren die statistischen Ämter ihre Bevölkerungsvorausberechnungen regelmäßig.

In der Regel werden mehrere Varianten der künftigen Entwicklung berechnet. Damit werden einerseits unterschiedliche Tendenzen in den demografischen Prozessen berücksichtigt und andererseits Unsicherheiten der Zukunftsannahmen verdeutlicht.

Eine ausführliche Darstellung der Annahmen und Ergebnisse der 15. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung ist abrufbar unter: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Bevoelkerungsvorausberechnung/begleitetheft.html>

als 600 000 Personen Zugewinn pro Jahr) wurden zur Zeit der politischen Umbrüche in Osteuropa, des Bürgerkriegs im ehemaligen Jugoslawien zwischen 1989 und 1992, des Bürgerkriegs in Syrien und seit Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine ab dem 24. Februar 2022 verzeichnet – als Folge der hohen Zuwanderung in diesen Jahren. Seit 2011 werden wieder hohe Wanderungsüberschüsse mit einem Höchstwert im Jahr 2022 verzeichnet (2020: + 220 000 Personen; 2021: + 329 000; 2022: + 1 462 000).

1.1.4 Zukünftige Bevölkerungsentwicklung

Eine Vorstellung über die künftige Bevölkerungsentwicklung bieten Bevölkerungsvorausberechnungen, die zwischen den statistischen Ämtern des Bundes und der Länder abgestimmt werden. ► Info 8

Die im Jahr 2022 veröffentlichte 15. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung reicht bis zum Jahr 2070 und stellt ein System aus insgesamt 21 Varianten und acht Modellrechnungen dar. Diese zeigen eine Spannweite der möglichen künftigen Veränderungen ausgehend von der gegenwärtigen Altersstruktur der Bevölkerung und den getroffenen Annahmen zur Entwicklung der Geburtenhäufigkeit, der Lebenserwartung und des Saldos der Wanderungen aus und nach Deutschland.

Annahmen der 15. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung

Zu den demografischen Komponenten – Geburtenhäufigkeit, Lebenserwartung und Wanderungssaldo – werden verschiedene Annahmen getroffen, anhand derer die Bevölkerungszahl und -struktur vorausberechnet werden.

Geburtenhäufigkeit

Zur künftigen Entwicklung der Geburtenhäufigkeit wurde angenommen, dass die zusammengefasste Geburtenziffer 2022 im Vergleich zu 2021 spürbar sinken wird. Für die langfristige Perspektive wurden drei unterschiedliche Entwicklungsszenarien in Betracht gezogen: ein weiterer Rückgang der Geburtenhäufigkeit und Stabilisierung bei 1,44 Kinder je Frau (G1), eine Rückkehr bis 2032 auf einen moderaten Pfad mit der Geburtenziffer von 1,55 Kinder je Frau (G2) und ein deutlicher Anstieg und anschließende Konstanz bei 1,67 Kinder je Frau (G3). Bei den beiden höheren Annahmen (G2 und G3) nimmt die Geburtenziffer ab 2023 nur allmählich zu. Diese Annahmen haben keinen Anspruch, die Geburtenziffer in den einzelnen Jahren vorherzusagen. Sie zeigen lediglich die Entwicklungspfade auf, entlang derer sich die Geburtenziffer ausgehend von den Trends der Vergangenheit und der aktuellen Verhältnisse entwickeln könnte.

Lebenserwartung

Die Lebenserwartung ist über Jahrzehnte hinweg nahezu kontinuierlich angestiegen. Seit etwa 2010 nimmt die Lebenserwartung

weniger stark zu als in den vorangegangenen Jahrzehnten. Nachdem über einen langen Zeitraum jährliche Anstiege der Lebenserwartung bei Geburt von 0,2 bis 0,4 Jahren verzeichnet werden konnten, lagen sie in den 2010er-Jahren für beide Geschlechter bei ungefähr 0,1 Jahren. Im Zuge der Coronapandemie kam es dann ab 2020 für zwei Jahre in Folge zu einem Rückgang der Lebenserwartung. Langfristig wird aufgrund der bisherigen Entwicklung in Deutschland und der – unabhängig von Corona – bereits deutlich höheren Lebenserwartung in einigen räumlich benachbarten Regionen angenommen, dass die Lebenserwartung in Deutschland weiter ansteigen wird. Im Vergleich zu früheren Generationen werden die verbesserten Lebensumstände, zurückgehender Tabak- und Alkoholkonsum sowie der medizinische Fortschritt auch künftig aller Voraussicht nach zu einem weiteren Anstieg der Lebenserwartung führen. Dazu wurden drei Annahmen getroffen.

In der Annahme L1 »geringer Anstieg« ergibt sich für Männer im Jahr 2070 eine durchschnittliche Lebenserwartung bei Geburt von mehr als 82,6 Jahren und für Frauen von über 86,1 Jahren. Das ist ein Zuwachs von rund 4 beziehungsweise 3 Jahren im Vergleich zur Lebenserwartung in Deutschland im Basiszeitraum 2019/21. Die Grundlage der niedrigen Annahme L1 bildet die kurzfristige Trendentwicklung seit 2010/12. Es wird angenommen, dass sich der erst seit vergleichsweise kurzer Zeit beobachtete Trend zu einem langsameren Anstieg der Lebenserwartung bis zum Jahr 2070 fortsetzen wird.

Bei der Annahme L2 »moderater Anstieg« erreichen Männer im Jahr 2070 bei Geburt eine durchschnittliche Lebenserwartung von 84,6 Jahren und Frauen von 88,2 Jahren. Dies entspricht für Männer einem Anstieg um 6 Jahre und für Frauen um fast 5 Jahre im Vergleich zum Basiszeitraum 2019/21. Die Grundlage der mittleren Annahme L2 bildet die Kombination aus der langfristigen Trendentwicklung seit 1970/72 bis 2017/19 und der kurzfristigen Trendentwicklung seit 2010/12.

In der Annahme L3 »starker Anstieg« können Männer bei Geburt eine durchschnittliche Lebenserwartung von 86,4 Jahren und Frauen von 90,1 Jahren erreichen. Das sind für Männer fast 8 Jahre und für Frauen fast 7 Jahre mehr als 2019/21. Die hohe Lebenserwartungsannahme L3 basiert auf der Trendentwicklung seit 1970/72 bis 2017/19. Voraussetzung ist, dass sich die Verminderung des Sterberisikos in den höheren Altersstufen ähnlich wie in den vergangenen Jahrzehnten bis zum Jahr 2070 fortsetzt.

Wanderungen

Der Wanderungssaldo – die Differenz zwischen Zuzügen nach und Fortzügen aus Deutschland – hängt zum einen vom Migrationspotenzial und Migrationsdruck in den Herkunftsgebieten ab, der infolge politischer, wirtschaftlicher, demografischer und ökologischer Entwicklungen stark schwanken kann. Zum anderen wirken sich die wirtschaftliche Attraktivität und Stabilität Deutschlands, die deutsche Migrationspolitik, aber auch Beschlüsse auf Ebene der Europäischen Union sowie internationale Abkommen zur Regulierung der Migrationsströme auf die Zu- oder Abwanderung aus. Die Annahmen zum künftigen Wanderungssaldo stellen deshalb eine besondere Herausforderung dar.

Die Wanderungsbewegungen der Vergangenheit werden sich zwar in der Zukunft nicht wiederholen, sie zeigen jedoch, in welchem Rahmen sich der Wanderungssaldo bei unterschiedlichen Konstellationen bewegen könnte. Dieser Rahmen kann als hypothetischer Korridor für die künftige Wanderungsentwicklung betrachtet werden.

In der 15. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung wurden drei Wanderungsszenarien angenommen, die im Vergleich zu früheren Rechnungen von einer höheren Nettozuwanderung nach Deutschland ausgehen. Ausschlaggebend dafür waren einerseits vor allem die am Arbeitskräftebedarf orientierte Migrationspolitik sowie humanitäre Zuwanderung von Schutzsuchenden, mit der

zumindest mittelfristig weiter zu rechnen ist. Andererseits wurden auch die Gegen Tendenzen berücksichtigt. Dazu gehören beispielsweise eine mögliche wirtschaftliche Stagnation, die Deutschland für Zuwanderung weniger attraktiv machen würde, und/oder eine Abschwächung der Nettozuwanderung aus Osteuropa aufgrund der dort starken demografischen Alterung und des steigenden Eigenbedarfs an Arbeitskräften. Diese Faktoren könnten mittel- bis langfristig zum Absinken des Wanderungssaldos führen.

Wegen der hohen Unsicherheit über die Lage in der Ukraine unterscheiden sich die drei getroffenen Annahmen zum Wanderungssaldo bereits im ersten Jahr 2022 mit Werten zwischen 1,1 und 1,5 Millionen. Anschließend nehmen sie unterschiedlich stark ab und erreichen dann bis 2033 einen jeweils konstant gehaltenen Wert.

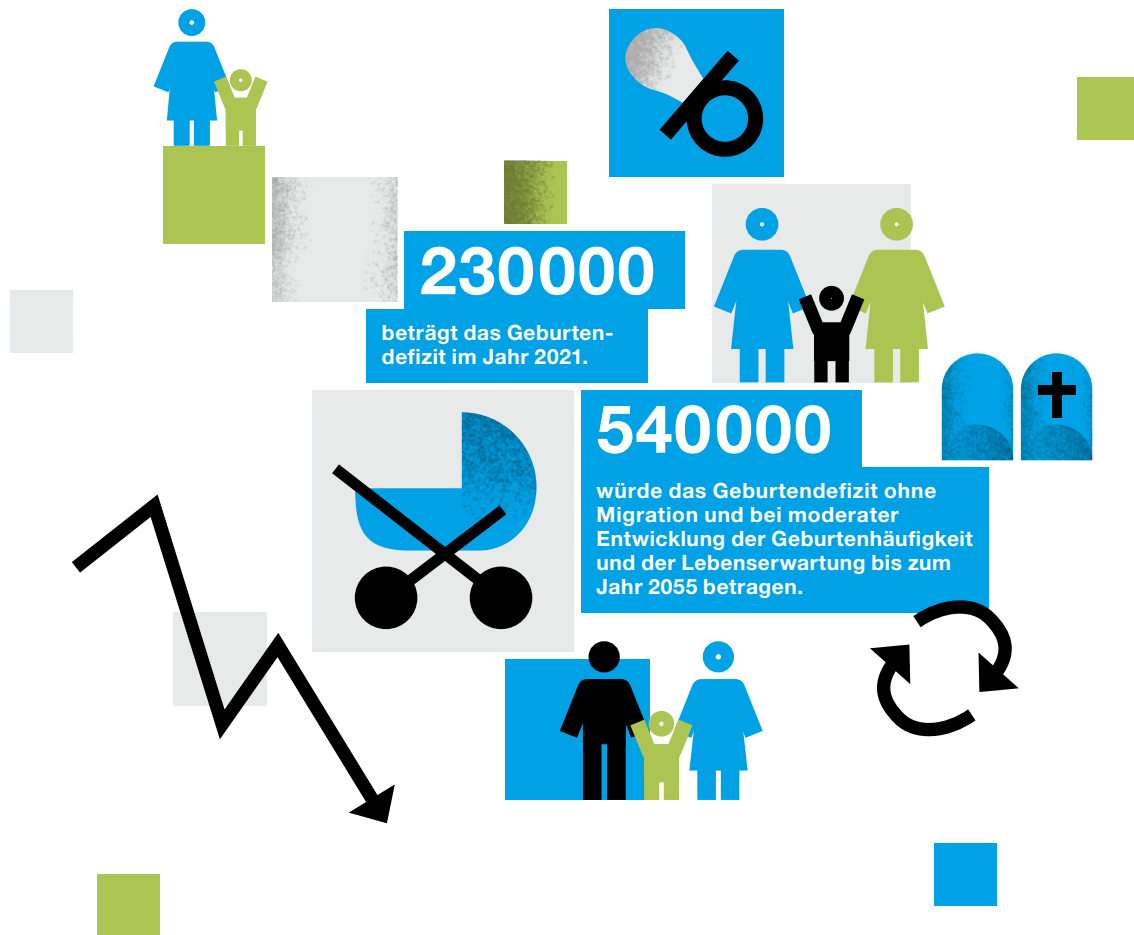
In der niedrigen Annahme (W1) sinkt der Wanderungssaldo von 1,1 Millionen im Jahr 2022 auf 150 000 im Jahr 2033 und bleibt danach konstant. Im Jahresdurchschnitt wandern demnach zwischen 2022 und 2070 circa 180 000 Personen per Saldo zu.

In der mittleren Annahme (W2) erfolgt der Rückgang von 1,3 Millionen im Jahr 2022 auf 250 000 im Jahr 2033. Danach wird ein konstanter Wanderungssaldo angenommen. Zwischen 2022 und 2070 wandern per Saldo durchschnittlich 290 000 Personen pro Jahr zu.

In der hohen Annahme (W3) sinkt der Wanderungssaldo von 1,5 Millionen im Jahr 2022 auf 350 000 im Jahr 2033 und bleibt anschließend konstant. Zwischen 2022 und 2070 beträgt er durchschnittlich 400 000 Personen pro Jahr.

Ergebnisse der 15. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung

Die Bevölkerung wächst seit Jahrzehnten infolge eines positiven Saldos der Zuzüge nach und der Fortzüge aus Deutschland. Da in Deutschland bereits seit Jahrzehnten mehr Menschen sterben als geboren werden, würde die Bevölkerungszahl ohne den positiven Wanderungssaldo



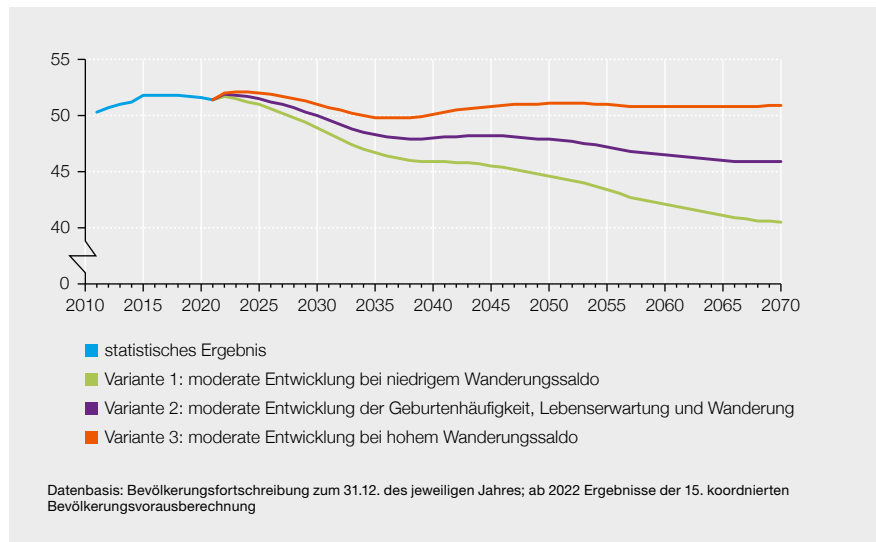
abnehmen. Diese grundsätzliche Ursache des Bevölkerungsrückgangs wird sich auf lange Sicht noch stärker als in der Vergangenheit auswirken, da die geburtenstarken Jahrgänge im Vorausberechnungszeitraum in das Alter aufrücken, in dem die Sterblichkeit natürlicherweise am höchsten ist. Dadurch wird die Zahl der Sterbefälle für längere Zeit bei jährlich über 1 Million liegen – je nach Entwicklung der Lebenserwartung kann sie auf bis zu 1,2 Millionen steigen. Die Lücke zwischen den Geburten und Sterbefällen wird für mehrere Jahrzehnte hoch bleiben oder sogar weiter wachsen. Bei einer

moderaten Entwicklung der Geburtenhäufigkeit und der Lebenserwartung ohne Außenwanderungen würde das Geburtendefizit zwischen 2021 und 2055 von 230 000 auf 540 000 zunehmen und anschließend bis 2070 wieder etwas sinken. Voraussichtlich wird es aber auch in der Zukunft durch die Nettozuwanderung mehr oder weniger stark vermindert.

Im Jahr 2022 ist die Bevölkerungszahl vor allem aufgrund der starken Zuwanderung aus der Ukraine von 83 Millionen im Jahr 2021 auf gut 84 Millionen gestiegen. Ab 2023 kann sie künftig sowohl zunehmen als auch abnehmen. Bei einer

moderaten Entwicklung der Geburtenhäufigkeit und der Lebenserwartung sowie einer moderaten Nettozuwanderung von durchschnittlich 290 000 Personen pro Jahr würde die Bevölkerung bis 2031 auf 85 Millionen Menschen anwachsen und dann bis 2070 auf 83 Millionen zurückgehen. Bei einer niedrigen Nettozuwanderung von 180 000 Personen pro Jahr würde die Bevölkerungszahl auf 75 Millionen Menschen im Jahr 2070 sinken. Bei einem dauerhaft hohen Wanderungssaldo von durchschnittlich 400 000 würde die Bevölkerungszahl auf 90 Millionen anwachsen.

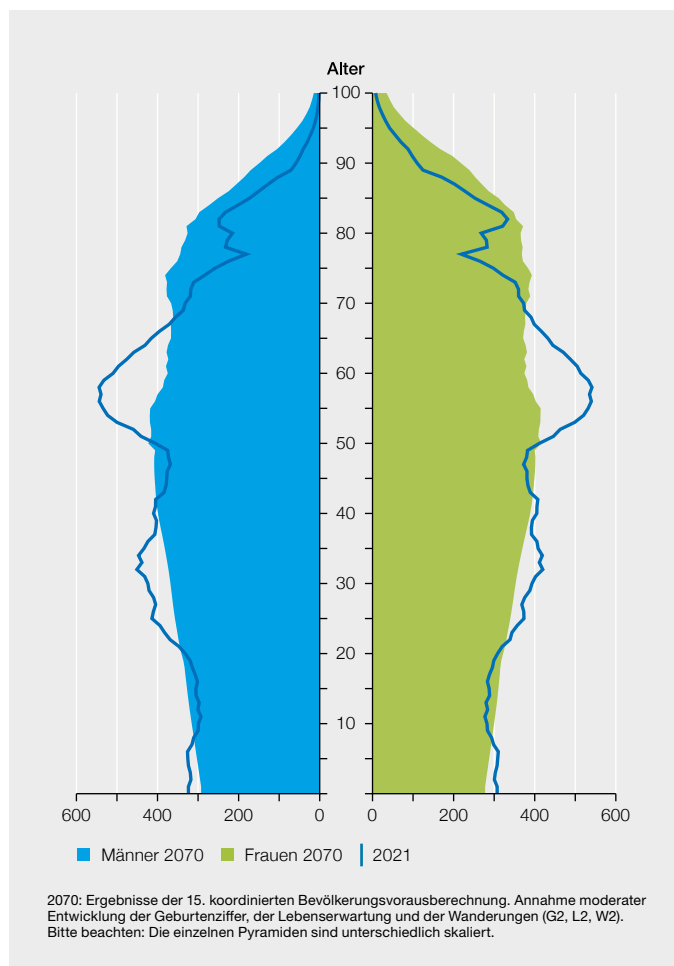
► Abb 10 Bevölkerung im Erwerbsalter von 20 bis 66 Jahren — in Millionen Personen



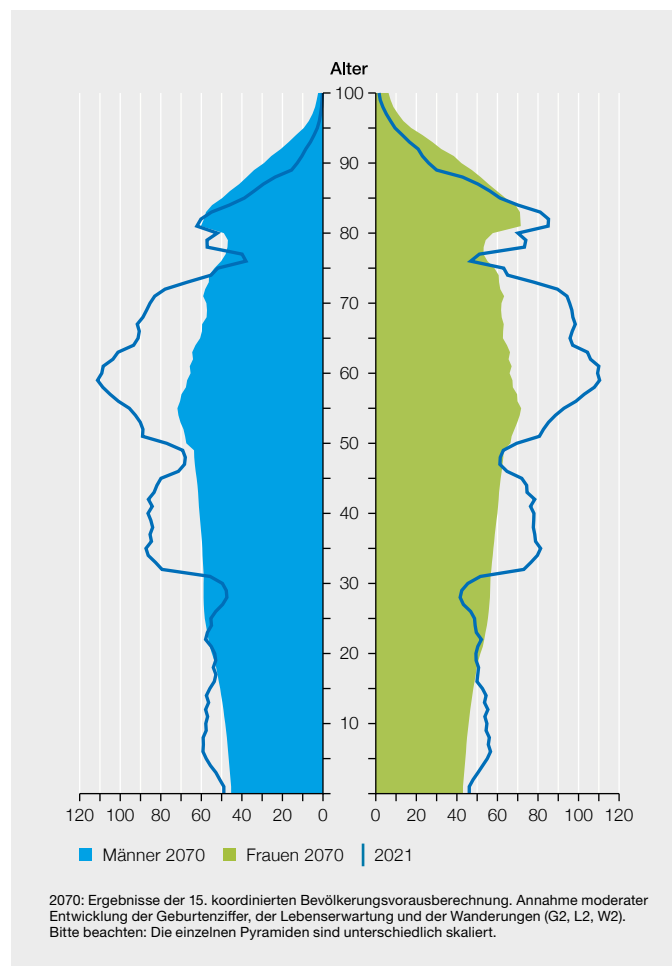
Die Zahl der Menschen im Erwerbsalter von 20 bis 66 Jahren wird in den kommenden Jahren abnehmen. Im Jahr 2021 gehörten in Deutschland 51,4 Millionen Menschen dieser Altersgruppe an. Selbst bei hoher Nettozuwanderung würde es bis Mitte der 2030er-Jahre zu einer leichten Abnahme um 1,6 Millionen Personen kommen. Bei niedriger Nettozuwanderung könnte die Zahl um 4,8 Millionen Personen sinken. ► Abb 10

Die Zahl der Menschen im Rentenalter (ab 67 Jahren) wird von derzeit 16,4 Millionen auf mindestens 20,0 Millionen bis Mitte der 2030er-Jahre steigen. Die Zahl der ab 80-jährigen wird dagegen noch bis Mitte der 2030er-Jahre relativ

► Abb 11a Altersaufbau der Bevölkerung in den westlichen Flächenländern 2021 und 2070 — in Tausend je Altersjahr



► Abb 11b Altersaufbau der Bevölkerung in den östlichen Flächenländern 2021 und 2070 — in Tausend je Altersjahr



stabil zwischen 5,8 und 6,7 Millionen betragen. Danach wird sie massiv zunehmen, sodass in den 2050er- und 2060er-Jahren voraussichtlich zwischen 7 und 10 Millionen hochaltrige Menschen in Deutschland leben werden.

Innerhalb Deutschlands bestehen deutliche Unterschiede im Altersaufbau zwischen den westdeutschen Flächenländern (Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Schleswig-Holstein), den ostdeutschen Flächenländern (Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen) und den Stadtstaaten (Berlin, Bremen, Hamburg). Bereits 2021

war die Bevölkerung in den ostdeutschen Flächenländern durchschnittlich deutlich älter als in den westdeutschen Flächenländern und insbesondere in den Stadtstaaten. Der Anteil der 67-Jährigen und Älteren an der jeweiligen Bevölkerung betrug 2021 in den östlichen Flächenländern 24 %, in den westlichen Flächenländern 19 % und in den Stadtstaaten 17 %.

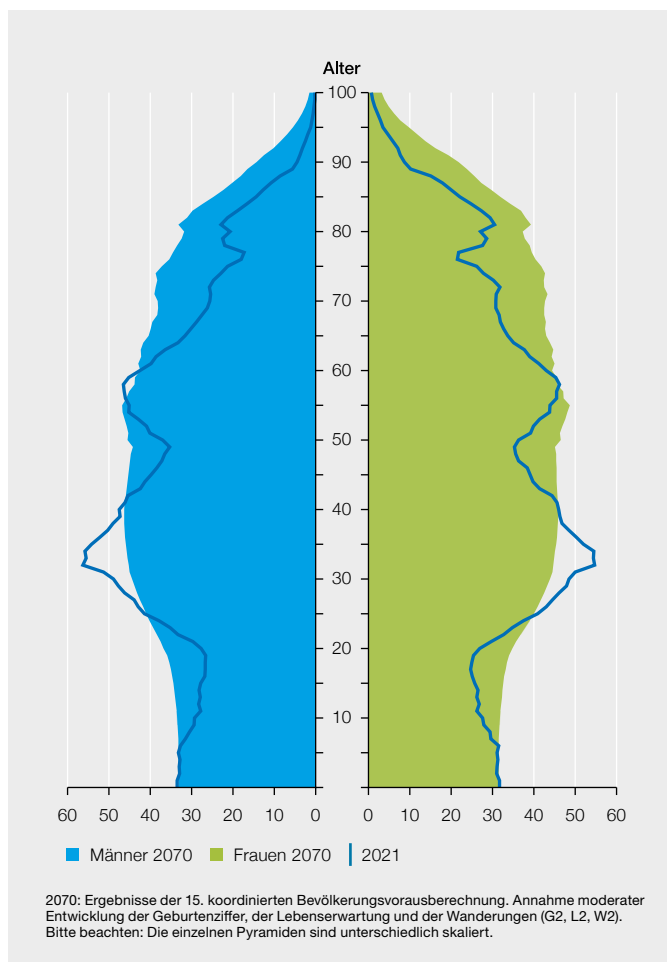
Künftig wird sich der aktuelle Altersaufbau auf die regionale Bevölkerungsentwicklung auswirken. In den westlichen Flächenländern ist bis Ende der 2030er-Jahre mit tendenziell schrumpfender und dann mit stagnierender Bevölkerung im Erwerbsalter zu rechnen.

In den ostdeutschen Flächenländern hingegen wird die Zahl der 20- bis 66-Jährigen unabhängig von den getroffenen Annahmen konsequent abnehmen. In den Stadtstaaten wird sie tendenziell wachsen und nur bei relativ niedriger Nettozuwanderung sinken. Auch der Alterungsprozess wird nicht überall in Deutschland gleich ablaufen, sondern vor allem die westdeutschen Flächenländer und die Stadtstaaten treffen: So wird die Zahl der 67-Jährigen und Älteren in den westdeutschen Flächenländern bis zum Jahr 2040 besonders stark um voraussichtlich 28 bis 35 % steigen und sich anschließend stabilisieren. Die ostdeutschen Flächenländer haben bereits heute eine deutlich ältere Bevölkerung. Hier wird die Zahl der 67-Jährigen und Älteren bis Ende der 2030er-Jahre nur noch um 10 bis 17 % steigen und anschließend wieder auf das Niveau des Jahres 2021 sinken. In den Stadtstaaten wird die Zahl der Seniorinnen und Senioren dagegen bis zum Jahr 2070 fast kontinuierlich steigen. 2040 wird sie dort voraussichtlich um 17 bis 24 % und 2070 um 57 bis 65 % höher sein als im Jahr 2021.

Die allmählichen Veränderungen im Altersaufbau werden auf der Webseite des Statistischen Bundesamts anhand animierter Bevölkerungspyramiden veranschaulicht (Deutschland: service.destatis.de/bevoelkerungspyramide; Bundesländer: service.destatis.de/laenderpyramiden).

► Abb 11

► Abb 11c Altersaufbau der Bevölkerung in den Stadtstaaten 2021 und 2070 – in Tausend je Altersjahr



1.2 Eingewanderte und ihre Nachkommen

Olga Grigoriev, Thomas Körner

Statistisches Bundesamt
(Destatis)

Zuwanderung hat die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands in vielfältiger Weise geprägt. Nach Ergebnissen der Wanderungsstatistik sind in den Jahren von 1950 bis 2023 insgesamt über 60 Millionen Personen in die Bundesrepublik eingewandert, während im gleichen Zeitraum gut 43,5 Millionen aus Deutschland fortgezogen sind. Die Zuwanderung vollzog sich in verschiedenen Phasen und betraf unterschiedliche Personengruppen. ► [Info 1](#), [Info 2](#)

- Ab 1950 kamen zunächst knapp 4,6 Millionen Aussiedlerinnen und Aussiedler sowie Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler nach Deutschland. Dies sind Angehörige deutscher Minderheiten aus Ländern Mittel- und Osteuropas sowie Zentralasiens, die Nachkommen von Deutschstämmigen sind, die teilweise vor mehreren Jahrhunderten in diese Länder ausgewandert waren und dort ihre Sprache und Kultur beibehalten haben. Der Zuzug von Aussiedlerinnen und Aussiedlern hatte seine Höhepunkte in den 1950er- sowie insbesondere in den späten 1980er- und den 1990er-Jahren, hält aber in geringerem Umfang bis heute an.
- Nach dem ersten Anwerbeabkommen der Bundesrepublik mit Italien im Jahr 1955 kamen in den 1950er- und 1960er-Jahren sogenannte Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter vor allem aus Italien, Spanien, Griechenland, der Türkei, Marokko, Portugal, Tunesien und dem damaligen Jugoslawien. Bis 1973 kamen durch die Anwerbeabkommen nach Ergebnissen der Wanderungsstatistik 7,2 Millionen Menschen zum Arbeiten in die Bundesrepublik, etwa 4,3 Millionen von ihnen gingen in diesem Zeitraum wieder in ihre Heimat zurück. Nach dem Anwerbestopp im Jahr 1973 gab es eine Phase, in der verstärkt Familienangehörige der unter den Anwerbeabkommen nach Deutschland Eingewanderten nachgezogen sind. Inzwischen leben als damalige Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter Eingewanderte seit mehreren Generationen in Deutschland

und haben Kinder und Enkel bekommen. Auch die DDR warb ab Mitte der 1960er-Jahre ausländische Arbeitskräfte an, die hauptsächlich aus Mosambik und Vietnam gekommen sind.

- In Folge der Einführung der Personenfreizügigkeit als eine der vier Grundfreiheiten der Europäischen Union (EU) im Jahr 1993 und insbesondere der EU-Osterweiterungen ab dem Jahr 2004 stieg die Zahl von Personen an, die aus anderen EU-Mitgliedstaaten nach Deutschland gekommen sind. Seit 2004 sind 11,5 Millionen Personen aus anderen EU-Mitgliedstaaten nach Deutschland eingewandert, darunter jeweils 2,8 Millionen Personen aus Polen und Rumänien, gut 1,1 Millionen Personen aus Bulgarien sowie je gut 700 000 Personen aus Ungarn und Italien. Im gleichen Zeitraum sind 8,7 Millionen Staatsangehörige anderer EU-Mitgliedstaaten aus Deutschland weggezogen.
- Ende der 1980er-Jahre beantragten zunehmend Personen aus Ost- und Südosteuropa in Deutschland Asyl, hinzu kamen Anfang der 1990er-Jahre Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem früheren Jugoslawien. Nachdem durch Einschränkungen des Asylrechts Anfang der 1990er-Jahre die Zahl der Schutzsuchenden zurückging, stieg sie um das Jahr 2010 wieder an, mit Höhenpunkten in den Jahren ab 2015 sowie 2022. Hauptherkunftsländer waren jetzt Syrien, Irak und Afghanistan sowie zuletzt die Ukraine.

1.2.1 Eingewanderte und ihre Nachkommen in Deutschland seit dem Jahr 2005

Diese unterschiedlichen Phasen der Zuwanderung nach Deutschland haben im Saldo der Zuzüge und Fortzüge dazu geführt, dass von den im Jahr 2023 83,8 Millionen in Deutschland lebenden Personen 16,2 Millionen (19,3 %) seit 1950 nach Deutschland eingewandert sind. Bei 5,0 Millionen Personen waren beide Elternteile nach Deutschland eingewandert

(6,0 %). Damit hatten im Jahr 2023 21,2 Millionen Personen (25,2 %) eine Einwanderungsgeschichte. 4,0 Millionen Personen (4,8 %) hatten nur ein eingewandertes Elternteil und 58,7 Millionen (70 %) waren ohne Einwanderungsgeschichte. ▶ Tab 1

Die Bevölkerung mit Einwanderungsgeschichte ist dabei keine homogene Gruppe, sondern unterscheidet sich hinsichtlich ihrer soziodemografischen Merkmale. Die unterschiedliche Zusammensetzung der Gruppen der Eingewanderten, der Nachkommen sowie der Personen ohne Einwanderungsgeschichte muss bei Vergleichen berücksichtigt werden. So lag 2023 etwa das Durchschnittsalter der Nachkommen mit 20,3 Jahren deutlich unter dem der Eingewanderten mit 43,1 Jahren (Personen ohne Einwanderungsgeschichte: 47,2 Jahre), was einen Teil der Unterschiede bei Bildungsabschlüssen und der Arbeitsmarktbeteiligung dieser Gruppen erklären kann.

Tabelle 1 macht darüber hinaus deutlich, dass Eingewanderte und deren Nachkommen nicht mit Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit verwechselt werden dürfen. Im Jahr 2023 waren 66,1 % der Eingewanderten Ausländerinnen und Ausländer, während 33,9 % die deutsche Staatsbürgerschaft besaßen. Dies kann der Fall sein bei Personen, die zum Beispiel als Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler die deutsche Staatsangehörigkeit angenommen haben, oder bei im Ausland geborenen deutschen Staatsangehörigen, die später nach Deutschland eingewandert sind. Bei den Nachkommen Eingewanderter ist das Verhältnis sogar umgekehrt: Hier waren 31,5 % Ausländerinnen und Ausländer, während 68,5 % deutsche Staatsangehörige waren. Personen mit Einwanderungsgeschichte lebten häufiger in größeren Haushalten und als Eltern oder Kinder in einer Familie als Personen ohne Einwanderungsgeschichte: 40,8 % der Menschen mit Einwanderungsgeschichte lebten 2023 in Haushalten mit 4 und mehr Personen (ohne Einwanderungsgeschichte:

Info 1

Heimatvertriebene und Wanderungen über die innerdeutsche Grenze

In der deutschen Geschichte kam es immer wieder zu Wanderungen, zum Beispiel am Ende des Zweiten Weltkriegs oder an der innerdeutschen Grenze zwischen der damaligen DDR und der Bundesrepublik. In den Jahren von 1944 bis 1948 sind rund 12 Millionen Personen aus den ehemaligen Ostgebieten des Deutschen Reiches geflüchtet oder waren von dort vertrieben worden. Diese Wanderungen sind jedoch nicht Gegenstand dieses Beitrags. Die Heimatvertriebenen weisen nach dem Bundesvertriebenengesetz (BVFG) einen gesonderten Status auf und werden daher nicht zu den Eingewanderten gezählt. Als Heimatvertriebene bezeichnet man nach Paragraph 2 BVFG Personen, die am 31. Dezember 1937 oder bereits einmal vorher ihren Wohnsitz in dem gesetzlich bestimmten Vertriebungsgebiet hatten. Auch Personen, die aus der DDR über die innerdeutsche Grenze in die Bundesrepublik gezogen sind, werden nicht als Eingewanderte betrachtet.

Info 2

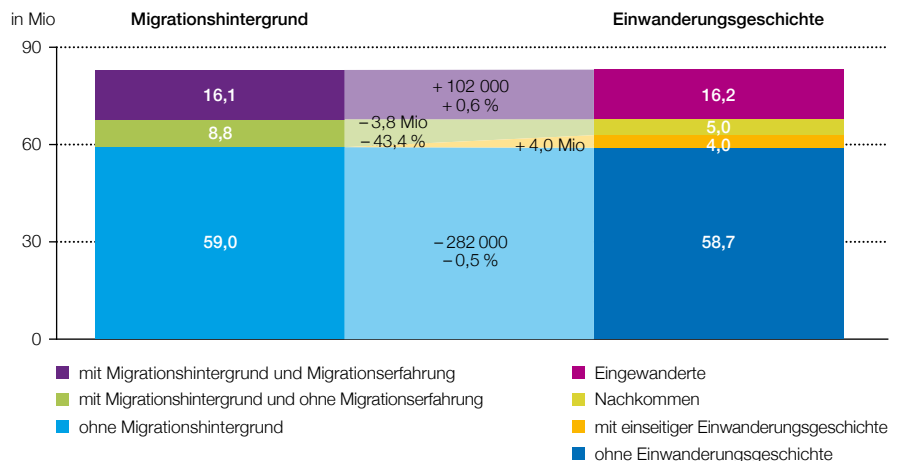
Vom Migrationshintergrund zur Einwanderungsgeschichte

Das Statistische Bundesamt veröffentlicht seit 2005 aus dem Mikrozensus Ergebnisse nach dem Konzept des Migrationshintergrunds, nachdem zuvor in den Bevölkerungsstatistiken lediglich Deutsche sowie Ausländerinnen und Ausländer anhand der Staatsangehörigkeit unterschieden wurden. Eine Person hat einen Migrationshintergrund, wenn entweder sie selbst oder mindestens ein Elternteil nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren wurde. Das Konzept des Migrationshintergrunds erlaubt eine sehr differenzierte Betrachtung verschiedener Personengruppen mit Migrationsbezug und hat die Forschung zur Integration von Zugewanderten seitdem stark geprägt. Zugleich wurde das Konzept wegen seiner analytischen Komplexität und geringen internationalen Anschlussfähigkeit sowie seiner teilweise stigmatisierenden Verwendung in der öffentlichen Diskussion zunehmend kritisiert. Vor diesem Hintergrund hat die von der Bundesregierung eingesetzte Fachkommission zu den Rahmenbedingungen der Integrationsfähigkeit im Jahr 2021 empfohlen, für Fragen der Integration künftig das Konzept der »Eingewanderten und ihrer (direkten) Nachkommen« zu verwenden.

Das Statistische Bundesamt hat das neue Konzept im Jahr 2023 bei den Veröffentlichungen des Mikrozensus umgesetzt. Die Definition umfasst alle Menschen, die entweder selbst (Eingewanderte) oder deren beide Elternteile (Nachkommen von Eingewanderten) seit 1950 in das heutige Gebiet Deutschlands eingewandert sind. Eingewanderte Personen gehören dabei der ersten Generation an; die in Deutschland geborenen Nachkommen von Eingewanderten zählen zur zweiten Generation. Personen, bei denen nur ein Elternteil nach Deutschland eingereist ist, gehören nach der Empfehlung der Fachkommission nicht zu den Nachkommen, werden aber »mit einseitiger Einwanderungsgeschichte« auch in diesem Beitrag separat nachgewiesen.

Insbesondere der separate Nachweis von Personen mit einseitiger Einwanderungsgeschichte führt dazu, dass die Definition »Einwanderungsgeschichte« enger gefasst ist als der Migrationshintergrund. So lebten nach Erstergebnissen des Mikrozensus 2023 in Deutschland 24,9 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund, allerdings lediglich 21,2 Millionen Eingewanderte und ihre direkten Nachkommen – also etwa 3,7 Millionen Personen weniger. Diese Differenz entspricht nahezu der nun separat nachgewiesenen Gruppen der Menschen mit einseitiger Einwanderungsgeschichte.

Vergleich der Konzepte »Einwanderungsgeschichte« und »Migrationshintergrund«



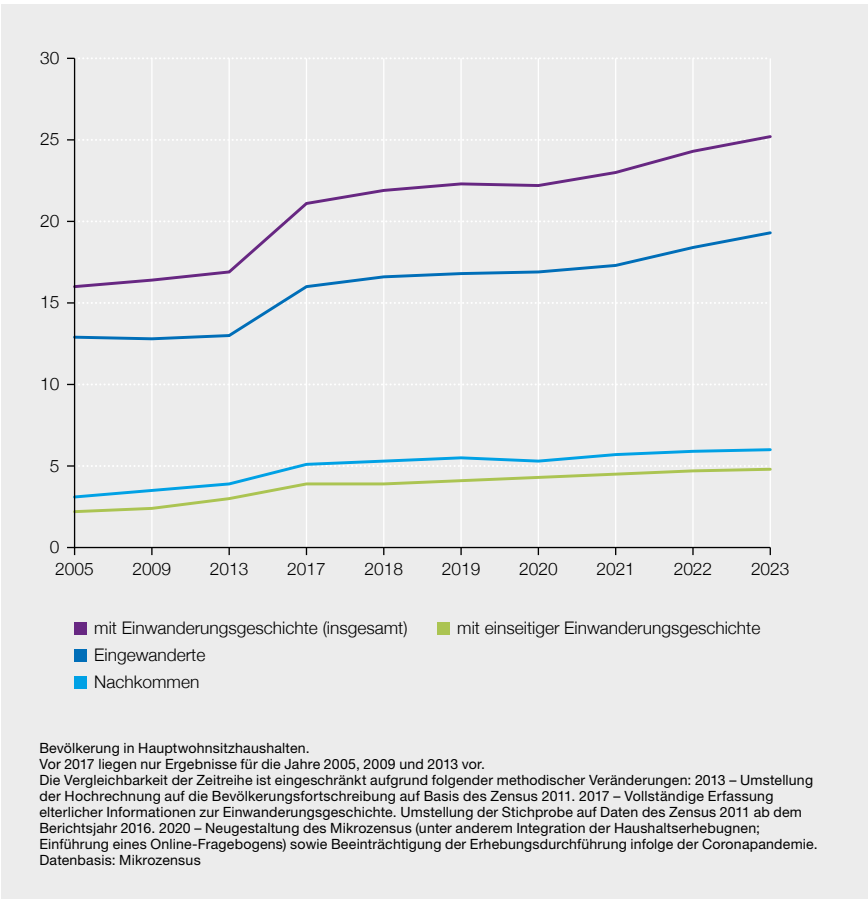
Bevölkerung in Hauptwohnsitzhaushalten.
Datenbasis: Mikrozensus, Erstergebnisse 2023

► Tab 1 Bevölkerung nach Einwanderungsgeschichte 2023

	Insgesamt	Mit Einwanderungsgeschichte	Davon:		Mit einseitiger Einwanderungsgeschichte	Ohne Einwanderungsgeschichte
			Eingewanderte	Nachkommen		
Anzahl in 1 000	83 875	21 176	16 173	5 003	4 013	58 686
Anteil an der Gesamtbevölkerung in %	100	25,2	19,3	6	4,8	70
Durchschnittsalter in Jahren	43,7	37,7	43,1	20,3	24,2	47,2
Mittlere Aufenthaltsdauer in Jahren	X	X	20,3	X	X	X
Anteil, der in Haushalten mit 4 und mehr Personen lebt in %	29,1	40,8	34,4	61,2	46,3	23,6
Anteile der ... in %						
Ausländer/-innen	14,9	57,9	66,1	31,5	4,1	0,1
Deutschen	85,1	42,1	33,9	68,5	95,9	99,9
Frauen	50,6	49,8	50,1	48,5	49,1	51,0
unter 15-Jährigen	14,3	15,8	7,6	42,6	38,4	12,1
über 64-Jährigen	21,6	11,4	14,7	0,6	2,5	26,6
Ledigen	43,0	43,7	33,0	78,2	76,4	40,5
Verheirateten	44,0	46,5	55,0	19,3	19,7	44,7
in einer Familie Lebenden (als Eltern oder Kinder)	49,2	60,7	53,5	83,8	74,1	43,4

Bevölkerung in Hauptwohnsitzhaushalten.
X Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll.
Datenbasis: Mikrozensus, Erstergebnisse 2023

► Abb 1 Eingewanderte und deren Nachkommen –
Anteile an der Bevölkerung in Prozent



23,6 %), 60,7 % waren Teil einer Familie, das heißt einer Lebensform, in der Eltern und Kinder im gleichen Haushalt leben (ohne Einwanderungsgeschichte: 43,4 %).

Entwicklung seit dem Jahr 2005

Auch die zahlenmäßige Entwicklung der Personen mit Einwanderungsgeschichte ist je nach Gruppe unterschiedlich verlaufen. So stieg die Zahl der Eingewanderten von 2005 bis zum Jahr 2023 um gut 54 % auf 16,2 Millionen an, während die Zahl der Nachkommen Eingewanderter sich im gleichen Zeitraum ausgehend von einem deutlich niedrigeren Niveau auf 5 Millionen fast verdoppelt (+ 98 %) hat. In beiden Fällen war der Anstieg am stärksten von 2013 bis 2017 (+ 27 % Eingewanderte; + 32 % Nachkommen) sowie von 2021 auf 2023 (+ 14 % Eingewanderte; + 6 % Nachkommen). Die Zahl der Personen mit einseitiger Einwanderungsgeschichte hat sich dabei sehr ähnlich entwickelt wie die Zahl der Nachkommen, bei denen beide Elternteile eingewandert sind. Der Bevölkerungsanteil ohne Einwanderungsgeschichte ist seit 2005 von 66,8 Millionen um 12,2 %

auf 58,7 Millionen zurückgegangen. Zur differenzierten Darstellung der Zu- und Fortzüge nach und aus Deutschland siehe auch Kapitel 1.1.3, Seite 19. ► [Abb 1](#)

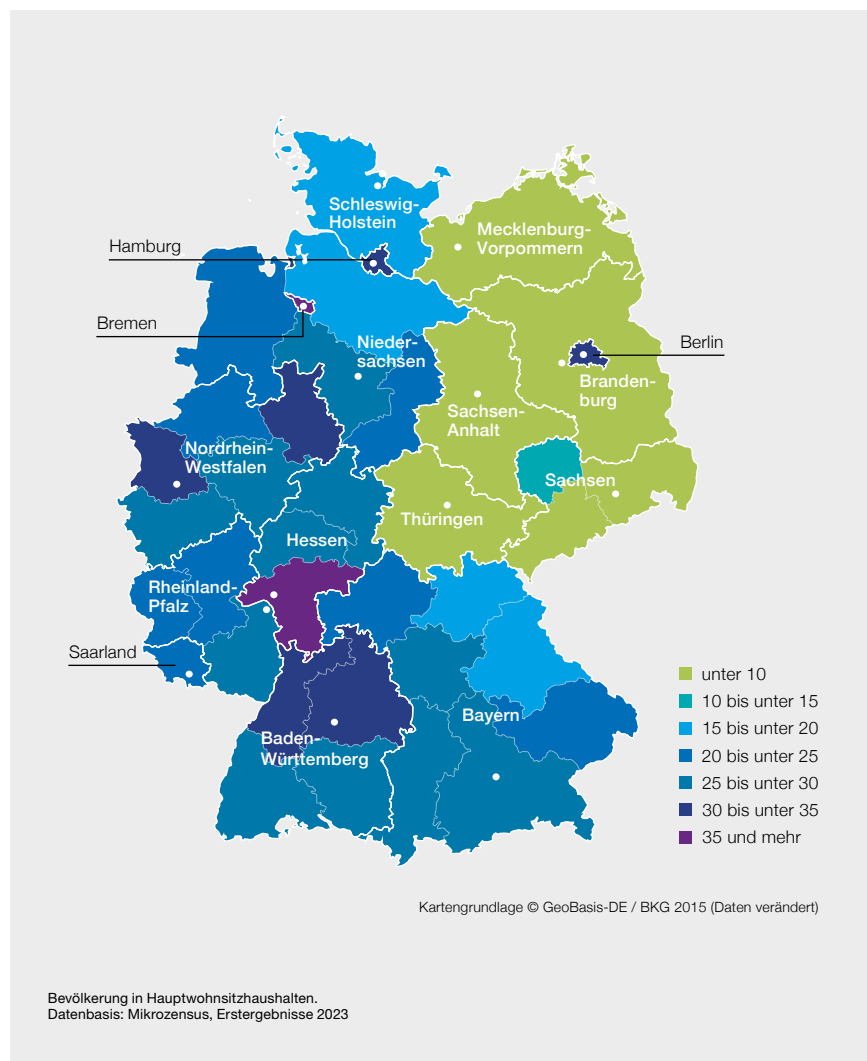
Regionale Verteilung

Der Anteil der Eingewanderten und ihrer Nachkommen unterscheidet sich geografisch deutlich. Großstädte und industrielle Zentren in Westdeutschland weisen, unter anderem durch den Zuzug sogenannter Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter ab den 1950er-Jahren, einen höheren Anteil von Menschen mit Einwanderungsgeschichte auf. Am höchsten war der Anteil von Menschen mit Einwanderungsgeschichte 2023 in den Stadtstaaten Bremen (38,7%), Hamburg (34,8%) und Berlin (33,6%) sowie in den Bundesländern Hessen (32,4%), Baden-Württemberg (31%) und Nordrhein-Westfalen (29,1%). Am niedrigsten war der Anteil von Menschen mit Einwanderungsgeschichte mit weniger als 9% in den ostdeutschen Flächenländern. Auch innerhalb der westdeutschen Flächenländer gibt es deutliche regionale Unterschiede. ► [Abb 2](#)

Herkunftsländer

Bedingt durch die verschiedenen Phasen der Zuwanderung nach Deutschland seit dem Jahr 1950 sind die Menschen mit Einwanderungsgeschichte auch hinsichtlich ihrer Herkunftsländer sehr heterogen. Im Jahr 2023 stammten von den 21,2 Millionen Menschen mit Einwanderungsgeschichte 30,4% aus EU-Mitgliedstaaten, und hier insbesondere aus Polen (9,2%), Rumänien (5,1%), Italien (3,2%), Griechenland und Kroatien (jeweils 1,8%). Weitere 34,1% der im Jahr 2023 in Deutschland lebenden Personen mit Einwanderungsgeschichte kamen aus europäischen Ländern außerhalb der EU. Die wichtigsten Herkunftsländer waren hier die Türkei (11,8%), Russland (6,5%), die Ukraine (4,8%), Bosnien und Herzegowina (2,5%), das Kosovo (2,6%) und Serbien (1,7%). Vorderasien ist ebenfalls eine wichtige Herkunftsregion, nicht zuletzt wegen der Fluchtmigration aus Syrien und Afghanistan: 19,1% der 2023 in Deutschland lebenden Menschen mit

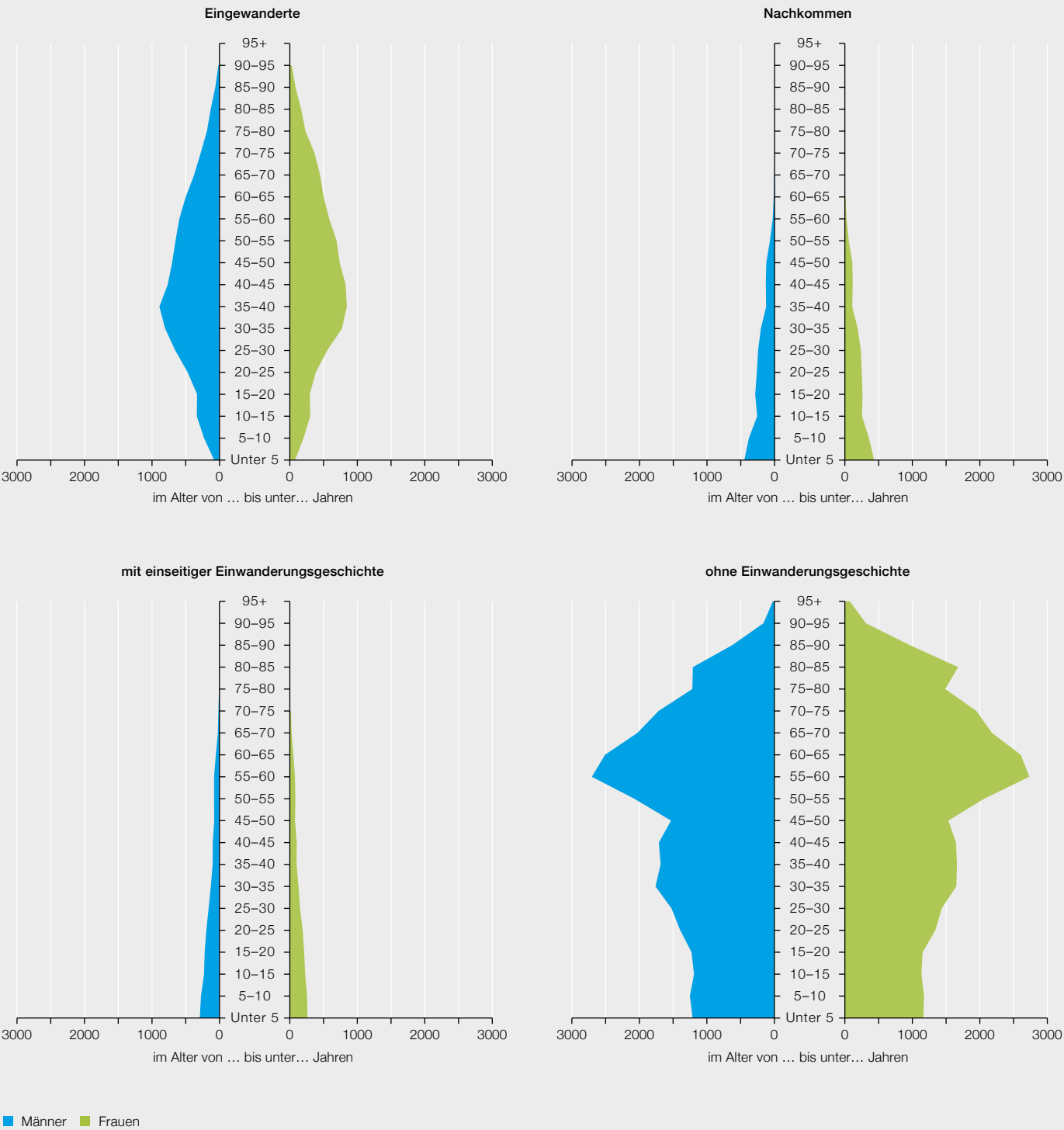
► **Abb 2** Anteil der Personen mit Einwanderungsgeschichte nach Regierungsbezirken 2023 — in Prozent



Einwanderungsgeschichte stammten aus dieser Region. Vor allem Kasachstan, eines der Hauptherkunftsländer der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler machte hier mit 6,5% einen großen Anteil aus. Hinzu kamen Menschen aus Syrien (6,0%), Afghanistan (2,2%), dem Irak (1,9%) und dem Iran (1,5%), gefolgt von Indien (1,2%), Vietnam und China (je 1%). In den nordafrikanischen Staaten Marokko, Ägypten, Algerien, Libyen und Tunesien hatten 2,3% der im Jahr 2023 in Deutschland lebenden Menschen mit Zuwanderungsgeschichte ihre Wurzeln.

Je nach Herkunftsregion unterscheidet sich der Anteil der Personen, die selbst nach Deutschland zugewandert sind: Während über 80% der Menschen mit Wurzeln in EU-Mitgliedstaaten und sogar 93,2% der aus den USA stammenden der ersten Einwanderergeneration angehören, trifft dies nur auf etwas mehr als die Hälfte der Menschen (55%) mit Herkunftsland Türkei zu. Das bedeutet umgekehrt, dass 45% der aus der Türkei stammenden Menschen in Deutschland geboren sind und der zweiten Einwanderergeneration zugerechnet werden.

► Abb 3 Altersaufbau der Bevölkerung mit und ohne Einwanderungsgeschichte 2023 – in tausend Personen je Altersgruppe



Bevölkerung in Hauptwohnsitzhaushalten.
Datenbasis: Mikrozensus, Erstergebnisse 2023

1.2.2 Demografische Struktur

Alters- und Geschlechtsstruktur

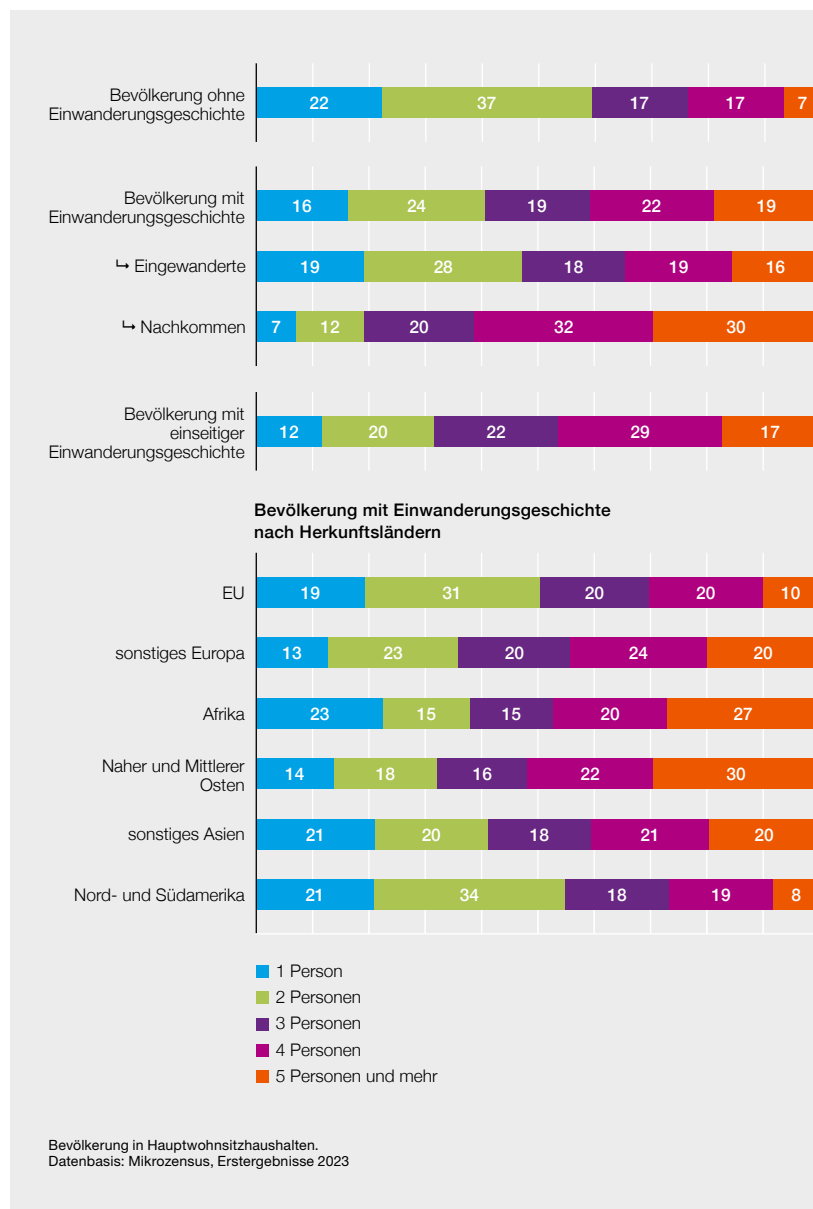
Menschen mit Einwanderungsgeschichte waren 2023 im Durchschnitt 37,7 Jahre alt und damit wesentlich jünger als Menschen ohne Einwanderungsgeschichte (47,2 Jahre). Die Bevölkerungspyramiden zeigen große Unterschiede in der Altersverteilung zwischen Eingewanderten und Nachkommen. Während sich die Nachkommen von Eingewanderten und Menschen mit einseitiger Einwanderungsgeschichte überwiegend in jüngeren Altersgruppen finden, sind bei den selbst Eingewanderten die Altersgruppen der 25- bis 60-Jährigen besonders stark besetzt. Rund 62 % aller Eingewanderten gehörten im Jahr 2023 zu dieser Altersgruppe. Die Bevölkerung ohne Einwanderungsgeschichte ist insgesamt am ältesten: Hier gehörten 38,4 % zur Gruppe der 50- bis 74-Jährigen und mehr als die Hälfte (51,6 %) war 50 Jahre oder älter. ► Abb 3

Das im Vergleich zu den in Deutschland lebenden Menschen ohne Einwanderungsgeschichte geringere Durchschnittsalter der Menschen mit Einwanderungsgeschichte beeinflusst viele soziodemografische Eigenschaften dieser Bevölkerungsgruppe: Es gibt mehr Ledige, mehr Menschen in schulischer oder beruflicher Ausbildung und weniger Rentnerinnen und Rentner. Dies muss bei der Interpretation der Ergebnisse berücksichtigt werden.

Haushaltsgröße

Die unterschiedliche Altersverteilung schlägt sich auch in der Größe der Haushalte nieder, in denen Personen mit und ohne Einwanderungsgeschichte leben. Menschen ohne Einwanderungsgeschichte wohnten 2023 häufig in kleineren Haushalten, mehr als die Hälfte von ihnen in Ein- und Zweipersonenhaushalten (59,4 %) und nur rund 7 % in Haushalten mit fünf oder mehr Personen. Demgegenüber lebte im Jahr 2023 knapp ein Fünftel (18,8 %) der Personen mit Einwanderungsgeschichte in einem Haushalt mit

► Abb 4 Bevölkerung nach Einwanderungsgeschichte und Haushaltsgröße 2023 — in Prozent



fünf oder mehr Personen. Bei den Nachkommen mit ihrem hohen Anteil Jüngerer war dieser Anteil am größten und betrug rund 30 %. ► Abb 4

Bei den Personen mit Einwanderungsgeschichte variieren die Haushaltsgrößen in Abhängigkeit vom Herkunftsländern, was mit den Fertilitätstrends und der Familienkomposition und -tradition

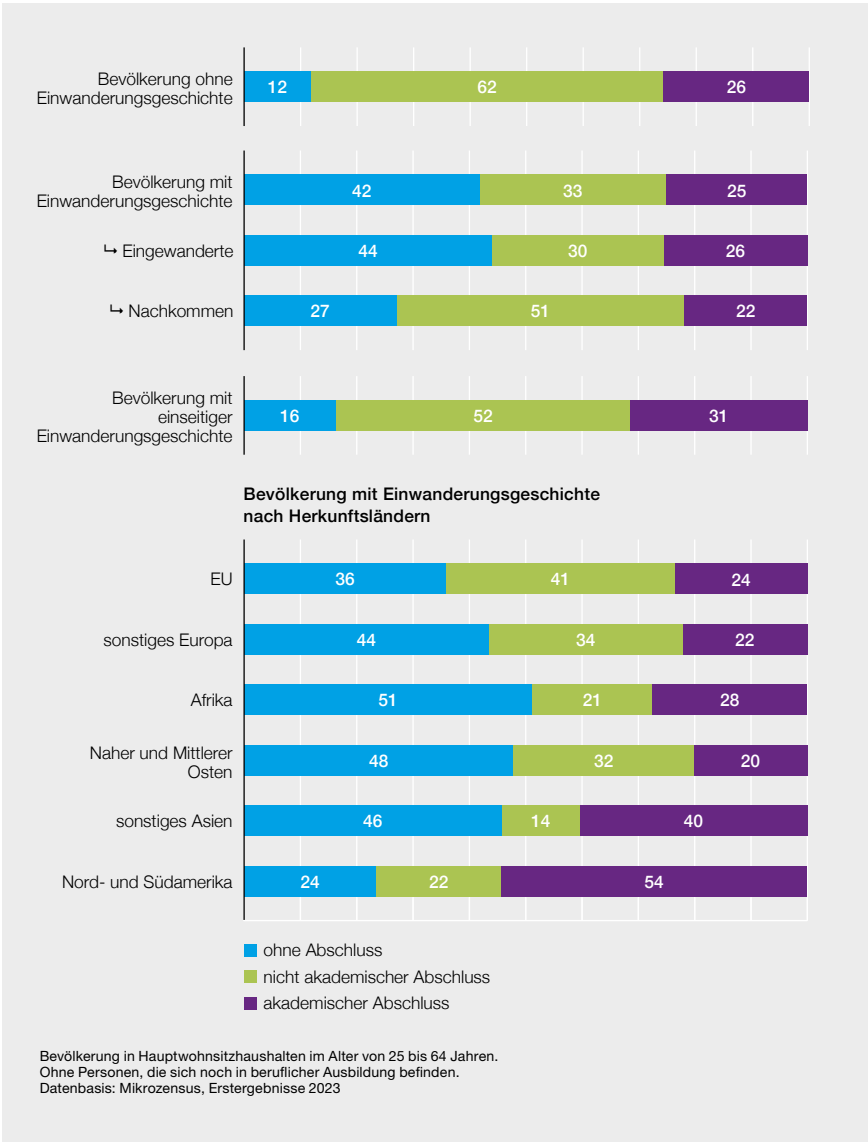
in den jeweiligen Regionen zusammenhängen könnte. Zum Beispiel lebten im Jahr 2023 von den Personen, die aus dem Nahen und Mittleren Osten kamen, 29,6 % in Haushalten mit fünf und mehr Personen. Von denjenigen, die aus Ländern der Europäischen Union kamen, lebte 2023 die Hälfte in kleineren Haushalten mit ein bis zwei Personen.

► **Tab 2** Kinder an allgemeinbildenden weiterführenden Schulen nach Einwanderungsgeschichte 2023 – in Prozent

	Hauptschule	Realschule	Sonstige allgemeinbildende Schule	Gymnasium
Kinder insgesamt	4,9	17,8	33,2	44,1
Ohne Einwanderungsgeschichte	3,1	16,5	32,1	48,3
Mit Einwanderungsgeschichte	9,0	20,6	36,2	34,2
Eingewanderte	11,3	19,7	39,4	29,5
Nachkommen	6,5	21,5	32,6	39,5
Mit einseitiger Einwanderungsgeschichte	4,2	17,9	31,2	46,7

Bevölkerung in Hauptwohnsitzhaushalten
Datenbasis: Mikrozensus, Erstergebnisse 2023

► **Abb 5** Bevölkerung nach Einwanderungsgeschichte und höchstem berufsqualifizierenden Abschluss 2023 – in Prozent



Kinder mit Einwanderungsgeschichte

Im Jahr 2023 lebten in Deutschland 14,4 Millionen Kinder unter 18 Jahren, davon 4,1 Millionen mit Einwanderungsgeschichte (28,2 %). In der Altersgruppe unter 5 Jahren war der Anteil mit Einwanderungsgeschichte am geringsten (26,1 %) und stieg mit zunehmendem Alter leicht an (28,4 % bei den 5- bis 10-Jährigen und 29,4 % bei den Kindern ab 10 Jahren).

Kinder mit und ohne Einwanderungsgeschichte unterscheiden sich teilweise deutlich hinsichtlich ihrer Lebenslagen. Das betrifft sowohl die Haushaltsgröße als auch die sozioökonomische Situation des Elternhauses und ihre Bildungsbeteiligung. Im Jahr 2023 besuchten Kinder mit Einwanderungsgeschichte und insbesondere eingewanderte Kinder seltener das Gymnasium und häufiger die Hauptschule als Kinder ohne Einwanderungsgeschichte. Im Jahr 2023 ging gut ein Drittel (34,2 %) aller Kinder mit Einwanderungsgeschichte aufs Gymnasium, verglichen mit 48,3 % aller Kinder ohne Einwanderungsgeschichte. ► [Tab 2](#)

Bei den eingewanderten Kindern war der Anteil der Gymnasiastinnen und Gymnasiasten am geringsten (29,5 %). Die Mehrheit (39,4 %) besuchte eine sonstige allgemeinbildende Schule und etwa ein Drittel (31 %) eine Haupt- oder Realschule. Kinder mit einseitiger Einwanderungsgeschichte weisen eine sehr ähnliche Verteilung bezüglich ihrer Bildungsbeteiligung auf wie Kinder ohne Einwanderungsgeschichte: Fast 47 % von ihnen besuchten ein Gymnasium und nur 4,2 % eine Hauptschule. Bei den Kindern mit Einwanderungsgeschichte war der Anteil der Gymnasiastinnen und Gymnasiasten bei den Nachkommen mit 39,5 % ebenfalls deutlich höher als bei den Kindern, die selbst eingewandert sind.

1.2.3 Sozioökonomische Integration

Die sozioökonomische Integration von Eingewanderten und ihren Nachkommen ist sowohl Voraussetzung für die Partizipation der Menschen mit Einwanderungsgeschichte als auch Gradmesser für die Nutzung des Potenzials

der Eingewanderten etwa für den Arbeitsmarkt und die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme. In beiderlei Hinsicht wichtige, sich teilweise gegenseitig bedingende Faktoren sind die schulische und berufliche Qualifikation, die Arbeitsmarktintegration sowie die Quellen zur Sicherung des Lebensunterhalts und die Armutsgefährdung. Zu all diesen Punkten stellt dieses Kapitel ausgewählte Ergebnisse zum Integrationsgeschehen vor.

Schulische und berufliche Qualifikation

Menschen mit und ohne Einwanderungsgeschichte unterscheiden sich deutlich hinsichtlich ihrer schulischen und beruflichen Qualifikation. Dies hat Einfluss auf die Arbeitsmarktchancen und wirkt sich neben der Erwerbsbeteiligung etwa auch auf Berufswahl, Verdienstmöglichkeiten und Armutsgefährdung aus.

Menschen mit Einwanderungsgeschichte haben generell seltener berufliche Bildungsabschlüsse erworben, was sowohl auf akademische als auch auf nicht akademische Berufsabschlüsse zutrifft. Betrachtet man die Bevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren, so hatte im Jahr 2023 nur jede achte Person ohne Einwanderungsgeschichte (11,8 %) keinen berufsqualifizierenden Abschluss. Demgegenüber hatten 44,1 % der Eingewanderten und immerhin 27,1 % der Nachkommen Eingewanderter keinen Berufsabschluss. Menschen mit einseitiger Einwanderungsgeschichte wiesen mit 16,3 % einen fast ebenso geringen Anteil von Personen ohne Abschluss auf wie diejenigen ohne Einwanderungsgeschichte. ▶ Abb 5

Während es beim Anteil von Personen mit akademischem Abschluss einer Hochschule oder Universität nur recht geringe Unterschiede zwischen Eingewanderten (25,5 %), deren Nachkommen (21,8 %) und Menschen ohne Einwanderungsgeschichte (25,8 %) gab, so fallen größere Abweichungen beim jeweiligen Anteil nicht akademischer Abschlüsse auf: Nur etwa ein Drittel der Eingewanderten (30,4 %), gut die Hälfte der Nachkommen (51,1 %), aber 62,4 % der Menschen ohne

Einwanderungsgeschichte hatten 2023 einen nicht akademischen Abschluss, das heißt etwa eine Berufsausbildung im dualen System oder einen Fachschulabschluss (Personen mit einseitiger Einwanderungsgeschichte: 52,2 %).

Auch in Abhängigkeit von den Herkunftsländern der Eingewanderten und ihren Nachkommen zeigen sich deutliche Unterschiede. So haben mehr als die Hälfte der Menschen mit nord- oder südamerikanischer Einwanderungsgeschichte (54,3 %) einen akademischen Abschluss, 40,4 % aus dem Fernen Osten, aber jeweils nur ein Fünftel der Personen mit Wurzeln in Europa und dem Nahen und Mittleren Osten. Rund die Hälfte der Menschen mit Einwanderungsgeschichte aus Europa

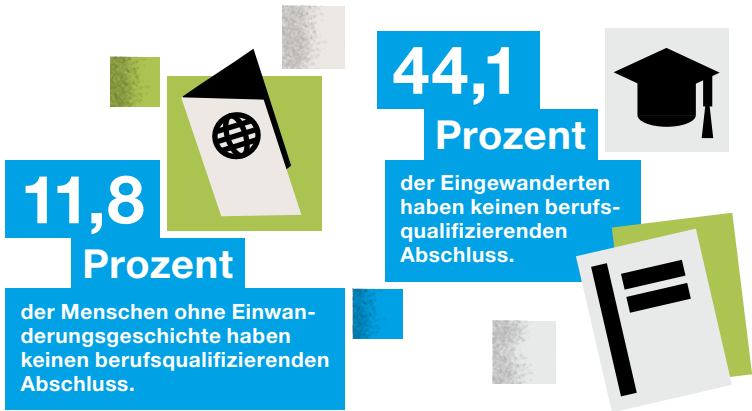
außerhalb der EU, Afrika und Asien haben keine Berufsqualifikation. Bei Zugewanderten aus der EU trifft dies nur auf 35,9 % zu.

Die Qualifikation der Eingewanderten fällt unterschiedlich aus, je nachdem in welchem Jahrzehnt sie zugewandert sind: Je später die Zuwanderung erfolgte, desto höher war der Anteil der Personen mit Abitur oder (Fach-)Hochschulreife. Hatte bei den vor 1980 Eingewanderten nur jeder und jede Vierte Abitur, so stieg der Anteil bis zum Zuzugsjahr 2010 auf rund die Hälfte an. Zugleich ist das Durchschnittsalter der vor 1980 Eingewanderten mit 57,1 Jahren deutlich höher als bei den 2020 bis 2023 nach Deutschland Zugezogenen (37,2 Jahre). ▶ Tab 3

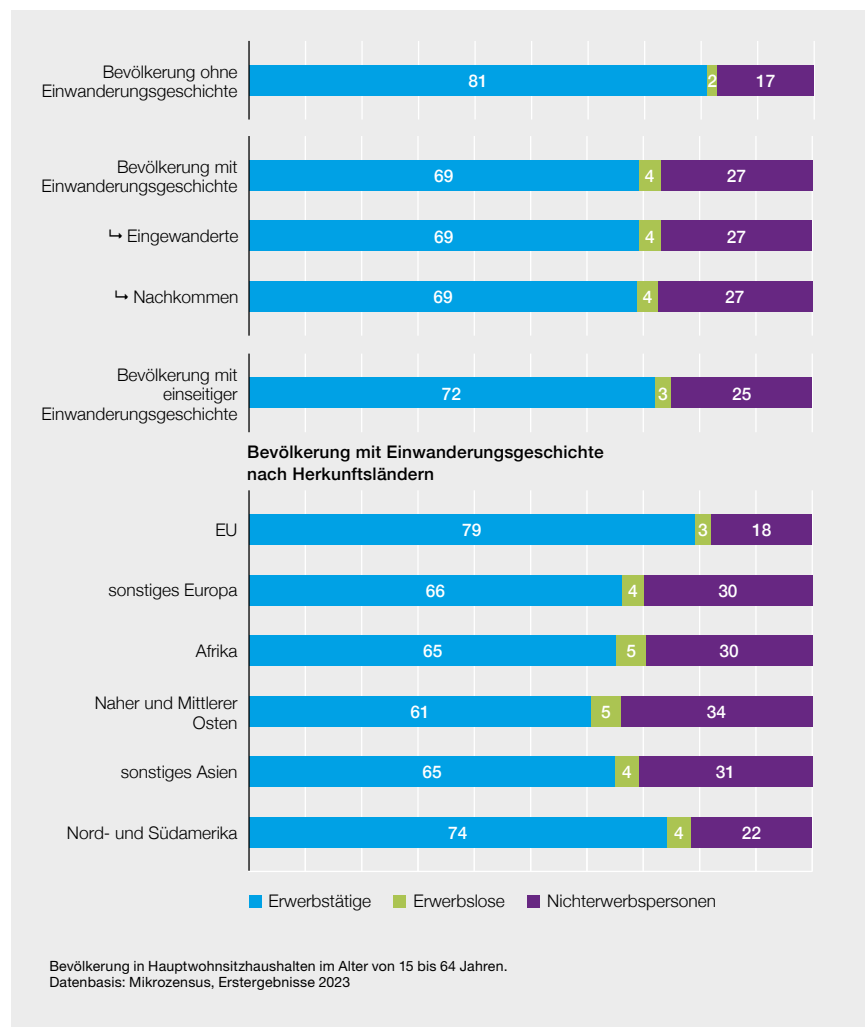
▶ Tab 3 Qualifikation von Eingewanderten nach Zeitpunkt der Zuwanderung 2023

	Eingewanderte im Alter von 25 bis 64 Jahren	Darunter		Durchschnittsalter
		mit Abitur / (Fach-) Hochschulreife	mit (Fach-) Hochschulabschluss	
	in 1 000	in %		in Jahren
Eingewanderte insgesamt	11 263	42,9	24,9	43,8
zugewandert von ... bis ...				
↳ vor 1980	694	25,5	12,8	57,1
↳ 1980–1989	1 167	35,9	15,6	52,1
↳ 1990–1999	2 539	35,2	16,9	47,7
↳ 2000–2009	1 610	44,9	26,1	44,3
↳ 2010–2019	3 841	48,9	28,2	38,5
↳ 2020–2023	1 413	52,2	42,6	37,2
nachrichtlich: Bevölkerung ohne Einwanderungsgeschichte	31 736	43,4	25,4	47,3

Bevölkerung in Hauptwohnsitzhaushalten.
Datenbasis: Mikrozensus, Erstergebnisse 2023



► **Abb 6** Arbeitsmarktbeteiligung der Bevölkerung nach Einwanderungsgeschichte 2023 — in Prozent



Arbeitsmarktbeteiligung

Die Beteiligung am Arbeitsmarkt ist ein wesentlicher Indikator für die Integration von Menschen mit Einwanderungsgeschichte. Die Ausübung einer bezahlten Tätigkeit ermöglicht zum einen die wirtschaftliche und soziale Teilhabe der Eingewanderten und ihrer Nachkommen. Zum anderen geben Indikatoren zur Erwerbsbeteiligung wesentliche Hinweise zum Erfolg der Integration.

Die Erwerbsquote misst dabei den Anteil einer Bevölkerungsgruppe, die dem Arbeitsmarkt entweder als Erwerbstätige oder als Erwerbslose zur Verfügung steht. Zugrunde gelegt werden hier

die Kriterien der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO; siehe Kapitel 4.1, Info 1, Seite 128). Bezogen auf die 15- bis 64-Jährigen lag die Erwerbsquote sowohl der Eingewanderten (73,2 %) als auch ihrer Nachkommen (72,6 %) im Jahr 2023 etwa 10 Prozentpunkte unter der Erwerbsquote der Personen ohne Einwanderungsgeschichte (82,8 %). Die Differenz erklärt sich im Fall der Nachkommen teilweise durch die unterschiedliche Altersstruktur. Darüber hinaus ist der Unterschied in den Erwerbsquoten bei den Frauen (Eingewanderte: 64,1 %; ohne Einwanderungsgeschichte: 80,5 %) deutlich größer als bei den Männern

(Eingewanderte: 82,1 %; ohne Einwanderungsgeschichte: 85,2 %). ► [Abb 6](#)

Menschen mit Einwanderungsgeschichte stehen dem Arbeitsmarkt nicht nur in geringerem Maße zur Verfügung, sie sind zugleich häufiger erwerbslos beziehungsweise weniger häufig erwerbstätig als Menschen ohne Einwanderungsgeschichte. Die Erwerbslosenquote, also der Anteil der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen einer Bevölkerungsgruppe, betrug bei Personen ohne Einwanderungsgeschichte im Jahr 2023 1,8 % und war damit weniger als halb so hoch als bei den Eingewanderten (4,0 %). Das Konzept der Erwerbslosigkeit der ILO darf nicht mit dem Konzept der registrierten Arbeitslosigkeit verwechselt werden, das von der Bundesagentur für Arbeit auf Grundlage der Regelungen des Sozialgesetzbuchs verwendet wird (siehe Kapitel 4.1, Info 1, Seite 128).

Die Erwerbstätigenquote, der Anteil der Erwerbstätigen an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe, lag dagegen bei den Eingewanderten mit 69,2 % deutlich unter dem Wert der Bevölkerung ohne Einwanderungsgeschichte, bei der 81 % einer bezahlten Tätigkeit nachgingen. Diese Unterschiede resultieren zum einen aus möglichen Benachteiligungen von Personen mit Einwanderungsgeschichte am Arbeitsmarkt und Zugangsbeschränkungen für bestimmte Personengruppen, sind zum anderen aber auch Ausdruck von Unterschieden hinsichtlich der Sprachkenntnisse und der Qualifikation.

Wichtig ist darauf hinzuweisen, dass die Arbeitsmarktbeteiligung je nach Herkunftsregion bei Menschen mit Einwanderungsgeschichte sehr unterschiedlich ausfällt, was auch auf die unterschiedlichen Einwanderungsmotive zurückzuführen ist. So dient die Migration aus EU-Mitgliedstaaten häufiger der Arbeitsaufnahme, während die Migration aus Staaten des Nahen und Mittleren Ostens sowie Afrikas in stärkerem Maße Fluchtmigration ist, was auch mit rechtlichen Einschränkungen zur Beteiligung am Arbeitsmarkt einhergeht. Hinzu kommen weitere Faktoren: So leben Eingewanderte

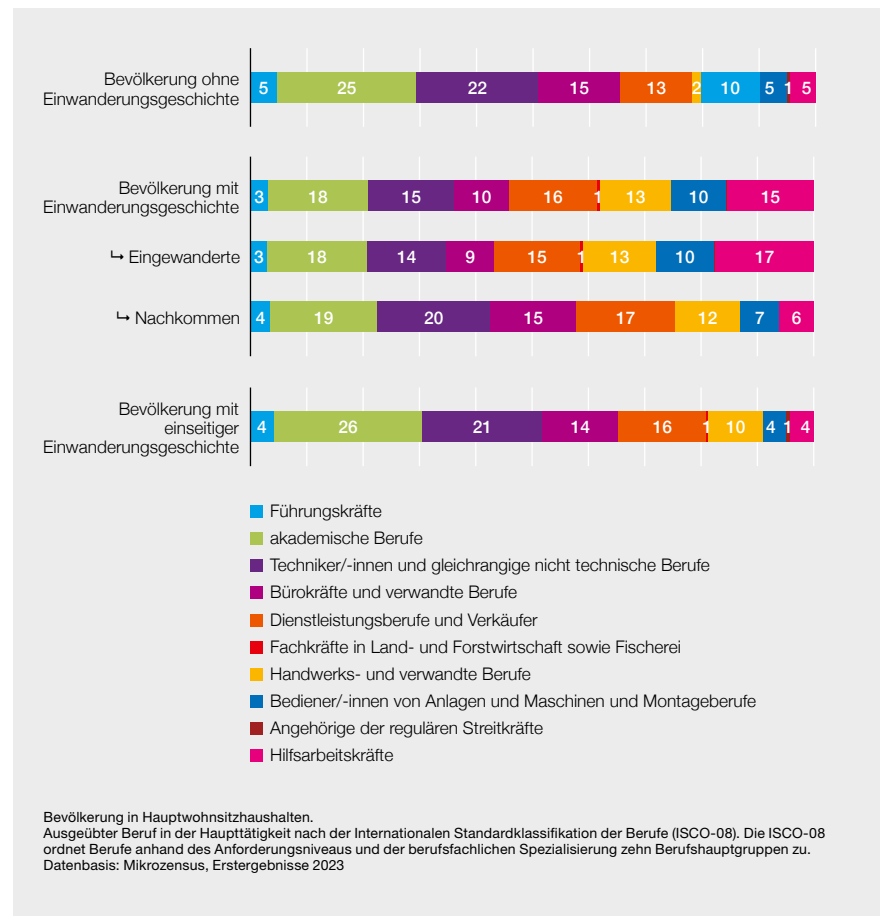
und ihre Nachkommen häufiger in größeren Haushalten und haben im Vergleich zu anderen Bevölkerungsgruppen einen höheren Zeitaufwand bei der Betreuung von Kindern.

Berufe Erwerbstätiger mit Einwanderungsgeschichte

Erwerbstätige mit und ohne Einwanderungsgeschichte weisen zunächst eine insgesamt recht ähnliche Verteilung nach ihrer Stellung im Beruf auf. So war der Anteil Selbstständiger im Jahr 2023 bei Erwerbstätigen mit Einwanderungsgeschichte mit 7,3 % nur wenig geringer als bei solchen ohne Einwanderungsgeschichte. Entsprechend zählten etwa sieben von zehn Personen in beiden Gruppen zu den Angestellten (mit Einwanderungsgeschichte: 70,8 %; ohne Einwanderungsgeschichte: 72,4 %), während der Anteil der Arbeiterinnen und Arbeiter bei den Erwerbstätigen mit Einwanderungsgeschichte mit 16,3 % knapp doppelt so hoch lag wie bei Erwerbstätigen ohne Einwanderungsgeschichte (8,9 %). Auch waren Erwerbstätige ohne Einwanderungsgeschichte mit einem Anteil von 6,3 % fast viermal so häufig als Beamtinnen und Beamte tätig wie Erwerbstätige mit Einwanderungsgeschichte (1,4 %).

Hinsichtlich der Berufswahl von Personen mit und ohne Einwanderungsgeschichte bestehen dagegen große Unterschiede: Erwerbstätige mit Einwanderungsgeschichte sind deutlich häufiger in gering qualifizierten Berufen tätig als Erwerbstätige ohne Einwanderungsgeschichte. Im Jahr 2023 arbeiteten 15,3 % der Erwerbstätigen mit Einwanderungsgeschichte als Hilfsarbeitskräfte, bei den Erwerbstätigen ohne Einwanderungsgeschichte lag der Anteil bei lediglich 4,5 %. Etwas geringere Differenzen finden sich bei den Bedienenden von Anlagen und Maschinen und Montageberufen, wo der Anteil bei den Personen mit Einwanderungsgeschichte mit 9,8 % doppelt so hoch war wie bei den Personen ohne Einwanderungsgeschichte. Das bedeutet, dass 2023 mehr als die Hälfte der Hilfsarbeitskräfte und immerhin 41 % der Bedienenden von

► **Abb 7 Berufe von Erwerbstätigen nach Einwanderungsgeschichte 2023**
— in Prozent



Anlagen und Maschinen eine Einwanderungsgeschichte aufgewiesen haben. Unter den Führungskräften waren Erwerbstätige mit Einwanderungsgeschichte hingegen weniger stark vertreten (3,1 % gegenüber 4,7 % der Erwerbstätigen ohne Einwanderungsgeschichte). Gleiches gilt für akademische Berufe (17,9 % gegenüber 24,7 %) sowie für Techniker und gleichrangige nicht technische Berufe (mit Einwanderungsgeschichte: 15,2 %; ohne Einwanderungsgeschichte: 21,6 %). ► [Abb 7](#)

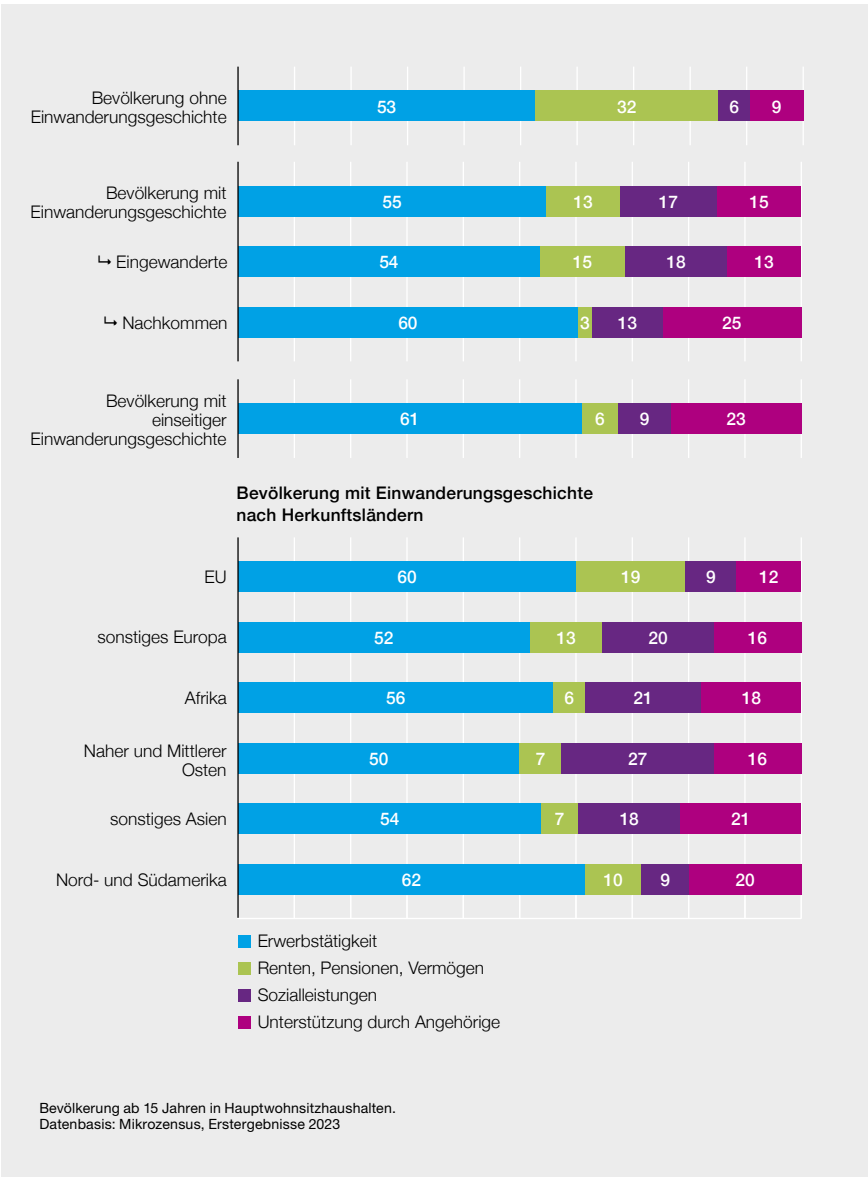
Bemerkenswert sind darüber hinaus die Unterschiede in der Berufswahl zwischen Eingewanderten und deren – im Mittel deutlich jüngeren – Nachkommen. Im Vergleich waren die Nachkommen deutlich häufiger in höher qualifizierten Berufen sowie als Führungskräfte tätig

und übten im Gegenzug seltener Tätigkeiten als Hilfsarbeitskräfte oder als Bedienende von Anlagen und Maschinen sowie Montageberufe aus.

Überwiegender Lebensunterhalt

Die unterschiedliche Arbeitsmarktbeteiligung von Menschen mit und ohne Einwanderungsgeschichte ist einer der Gründe für die Abweichungen bei der Hauptquelle, aus der der Lebensunterhalt der Personen bestritten wird. Im Jahr 2023 variierte der Anteil der Personen ab 15 Jahren, die ihren Lebensunterhalt überwiegend durch Erwerbstätigkeit bestritten, zwischen 52,6 % in der Bevölkerung ohne Einwanderungsgeschichte und 61,1 % in der Bevölkerung mit einseitiger Einwanderungsgeschichte. ► [Abb 8](#)

▶ **Abb 8** Überwiegender Lebensunterhalt nach Einwanderungsgeschichte 2023
 – in Prozent



Berücksichtigt man allerdings andere Quellen des Lebensunterhalts, so werden größere Unterschiede zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen deutlich. Für etwa ein Drittel (32,4 %) der Menschen ohne Einwanderungsgeschichte waren im Jahr 2023 Renten oder Vermögen die Quellen des überwiegenden Lebensunterhalts, was nur auf 15,1 % der Eingewanderten und 2,5 % der Nachkommen zutraf. Zugleich bestritten 17,3 % der

Menschen mit Einwanderungsgeschichte ihren Lebensunterhalt überwiegend aus Sozialleistungen (Bevölkerung ohne Einwanderungsgeschichte: 5,6 %). Geringere, zu einem erheblichen Teil auf die Altersstruktur zurückzuführende Unterschiede gab es beim Anteil von Personen, die sich überwiegend durch die Unterstützung Angehöriger finanzieren.

Die deutlichen Abweichungen innerhalb der Bevölkerung mit Einwanderungs-

▶ **Info 3**

Armutsgefährdung

Die Armutsgefährdungsquote gibt an, wie hoch der Anteil der armutsgefährdeten Personen an der Gesamtbevölkerung ist. Entsprechend dem EU-weit harmonisierten Standard ist die Armutsgefährdungsquote definiert als der Anteil der Personen, deren Nettoäquivalenzeinkommen weniger als 60 % des Medians des Nettoäquivalenzeinkommens der Bevölkerung beträgt (siehe Kapitel 5.2.2, Seite 198). Das Einkommens-Referenzjahr ist das Vorjahr der Erhebung.

Als Quelle zur Ermittlung der Armutsgefährdung verwendet die amtliche Statistik die Daten der Erhebung zu Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC), einer Unterstichprobe des Mikrozensus (siehe auch Kapitel 5.2, Info 1, Seite 194).

geschichte lassen sich auf die Unterschiede in der Altersstruktur und bei der Erwerbsbeteiligung zurückführen. Insbesondere Menschen mit Einwanderungsgeschichte und Wurzeln in EU-Staaten oder Nord- und Südamerika bestreiten besonders häufig ihren Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit (60,1 % beziehungsweise 61,6 %). Menschen mit Wurzeln in Asien (ohne den Nahen und Mittleren Osten) sowie aus Nord- und Südamerika finanzieren ihren Lebensunterhalt besonders häufig (21,4 % beziehungsweise 19,9 %) mittels Unterstützung ihrer Angehörigen.

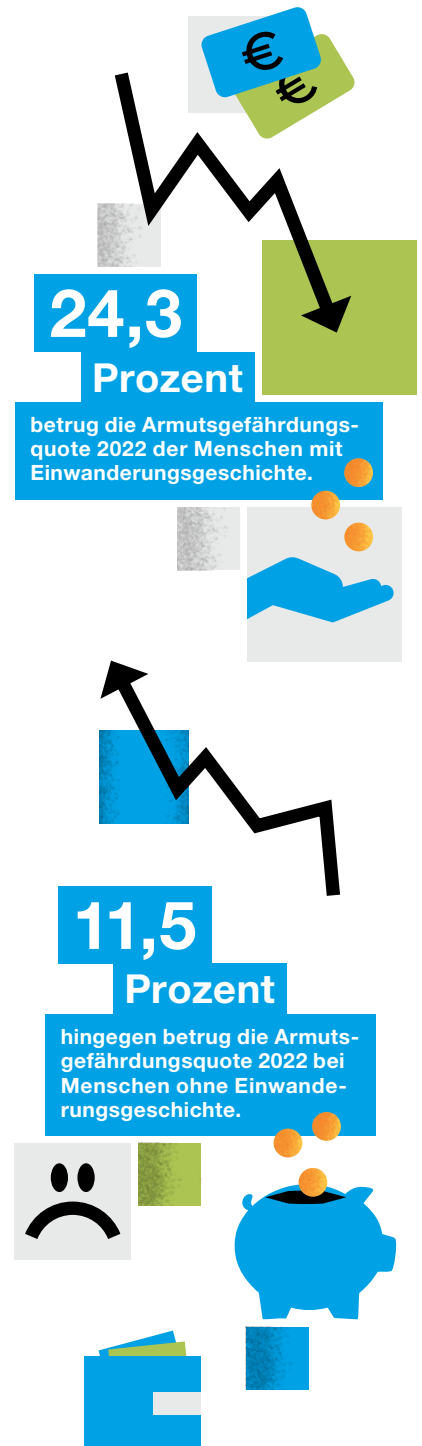
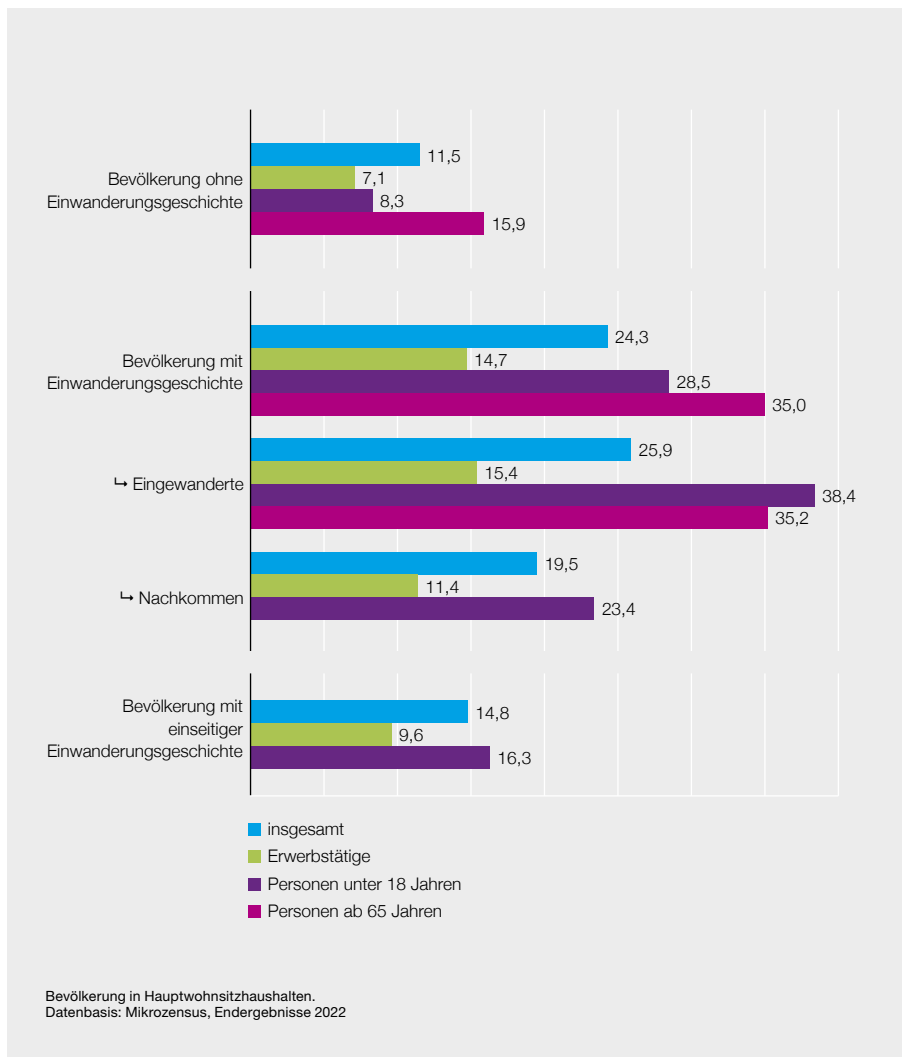
Armutsgefährdung

Die aus der Erhebung zu Einkommen und Lebensbedingungen (European Union Statistics on Income and Living Conditions; EU-SILC) ermittelte Armutsgefährdungsquote bietet einen Überblick über die sozioökonomische Situation der Bevölkerung mit Einwanderungsgeschichte. ▶ [Info 3](#)

Die Armutsgefährdungsquote der Menschen mit Einwanderungsgeschichte lag 2022 mit 24,3 % rund zwei Mal so hoch wie die der Bevölkerung ohne Einwanderungsgeschichte (11,5 %). Die höchste Armutsgefährdungsquote gab es bei Eingewanderten. Im Jahr 2022 war hier ein Viertel armutsgefährdet. ▶ [Abb 9](#)

Ein ähnliches Bild zeigt sich hinsichtlich der Armutsgefährdung von Kindern

► **Abb 9 Armutsgefährdungsquoten nach Einwanderungsgeschichte 2022**
— in Prozent



(Personen unter 18 Jahren). Das höchste Armutsrisiko bestand bei eingewanderten Kindern unter 18 Jahren mit einer Armutsgefährdungsquote von 38,4 % (Nachkommen: 23,4 %). Werden alle Kinder mit Einwanderungsgeschichte berücksichtigt, war die Armutsgefährdungsquote 3,4-mal höher als bei Kindern ohne Einwanderungsgeschichte (28,5 % gegenüber 8,3 %).

Auch das Risiko für Altersarmut war 2022 bei der Bevölkerung mit Einwanderungsgeschichte deutlich größer als bei derjenigen ohne Einwanderungsgeschichte:

35 % aller ab 65-jährigen Personen mit Einwanderungsgeschichte waren armutsgefährdet; bei der Bevölkerung ohne Einwanderungsgeschichte traf dies auf 15,9 % der Älteren zu.

Auch Erwerbstätige mit und ohne Einwanderungsgeschichte weisen eine unterschiedliche Armutsgefährdung auf: Im Jahr 2022 waren 14,7 % der Erwerbstätigen mit Einwanderungsgeschichte trotz Arbeit armutsgefährdet, bei den Erwerbstätigen ohne Einwanderungsgeschichte war die Armutsgefährdungsquote mit 7,1 % nur halb so hoch.

► Info 4

**Schutzsuchende nach dem
Ausländerzentralregister**

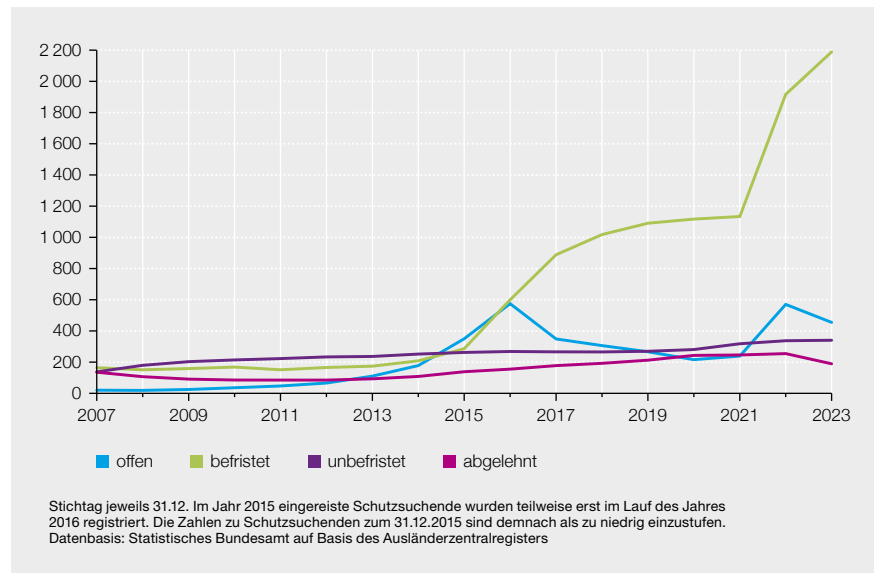
Schutzsuchende sind alle Ausländerinnen und Ausländer (sowohl in Privathaushalten als auch in Gemeinschaftsunterkünften), die sich unter Berufung auf völkerrechtliche, humanitäre oder politische Gründe in Deutschland aufhalten und zum Auswertungsstichtag im Ausländerzentralregister (AZR) erfasst sind. Diese Definition umfasst drei Untergruppen, die aufgrund ihrer Heterogenität immer auch getrennt betrachtet werden sollten:

- Schutzsuchende mit offenem Schutzstatus halten sich zur Durchführung eines Asylverfahrens in Deutschland auf, wobei über ihren Schutzstatus noch nicht entschieden wurde.
- Schutzsuchende mit anerkanntem Schutzstatus besitzen einen befristeten oder unbefristeten Aufenthaltstitel aus dem humanitären Bereich des Aufenthaltsgesetzes.
- Schutzsuchende mit abgelehntem Schutzstatus halten sich nach Ablehnung im Asylverfahren oder nach Verlust ihres humanitären Aufenthaltstitels als Ausreisepflichtige in Deutschland auf.

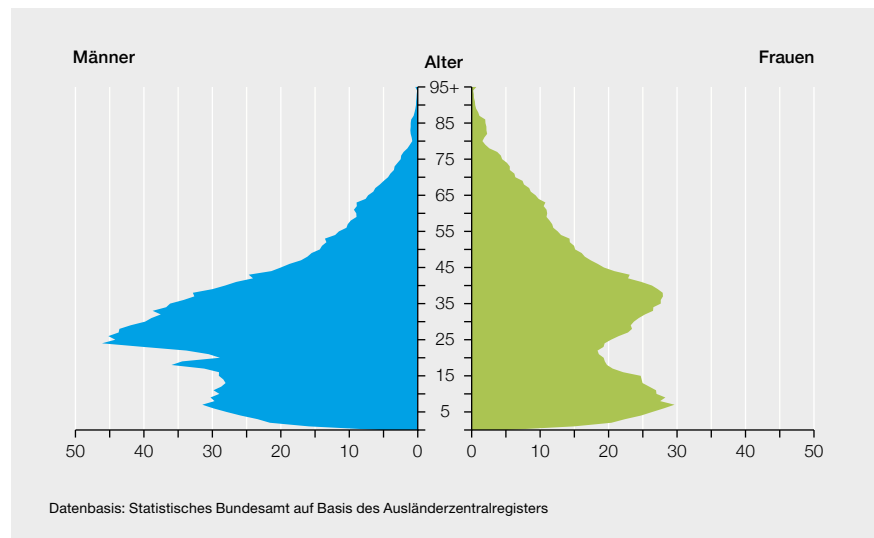
Begriffe wie »Flüchtlinge«, »Asylberechtigte« oder »Asylbewerberinnen und Asylbewerber« werden oftmals als Synonyme für geflüchtete Menschen genutzt, beschreiben aber im Aufenthalts- und Asylrecht jeweils nur eine spezifische Teilmenge der Schutzsuchenden. Der Sammelbegriff »Schutzsuchende« soll darüber hinaus ausdrücken, dass das Ersuchen um humanitären Schutz nicht beziehungsweise noch nicht in allen Fällen von staatlicher Seite anerkannt ist.

Detaillierte Informationen dazu, welche aufenthaltsrechtlichen Sachverhalte für die Zuordnung zu den drei Gruppen ausschlaggebend sind, liefert eine Infografik zu Schutzsuchenden unter www.destatis.de auf der Themenseite »Migration und Integration«.

► Abb 10 Schutzsuchende nach Schutzstatus — in Tausend



► Abb 11 Altersaufbau der Schutzsuchenden 2023 — in Tausend je Altersjahr

**1.2.4 Schutzsuchende**

Das Statistische Bundesamt veröffentlicht seit dem Jahr 2017 eine jährliche Statistik zu den in Deutschland lebenden Schutzsuchenden. Die Ergebnisse basieren auf dem Ausländerzentralregister (AZR), das alle notwendigen Informationen über den aufenthaltsrechtlichen Status der in Deutschland registrierten Ausländerinnen und Ausländer enthält. ► Info 4

Ende 2023 waren rund 3,2 Millionen Schutzsuchende in Deutschland registriert, was etwa einem Viertel der ausländischen Bevölkerung (23 %) entspricht. Der größte Anstieg der Zahl der registrierten Schutzsuchenden innerhalb eines Berichtsjahres war von 2021 auf 2022 zu beobachten: In diesem Zeitraum stieg die Zahl um mehr als 1,1 Millionen.

Schutzsuchende lassen sich nach dem sogenannten Schutzstatus unterscheiden. Personen, über deren Asylantrag noch nicht entschieden wurde, haben einen offenen Schutzstatus. Am Jahresende 2023 war dies bei 454 795 Schutzsuchenden der Fall (14,3 %). Bei rund 2,5 Millionen Schutzsuchenden (79,7 %) wurde über das Gesuch auf Schutz positiv entschieden – sie verfügten Ende 2023 über einen

anerkannten Schutzstatus. Beim überwiegenden Teil von ihnen war diese Anerkennung jedoch nur befristet (86,5 %). Bei 189 405 Schutzsuchenden wurde der Antrag auf Asyl abgelehnt. Diese Personen hatten einen abgelehnten Schutzstatus und waren grundsätzlich ausreisepflichtig. Bei 82,8 % der Schutzsuchenden (156 875 Menschen) war diese Ausreisepflicht aufgrund einer Duldung jedoch vorübergehend ausgesetzt. ► Abb 10

Ende 2023 stammten mehr als die Hälfte aller Schutzsuchenden aus zwei Herkunftsländern: der Ukraine (976 905 Personen) und Syrien (711 650 Personen). Allein aus der Ukraine machte der Anteil der Schutzsuchenden fast ein Drittel (30,8 %) aller Schutzsuchenden aus. Die meisten Schutzsuchenden mit offenem Schutzstatus kamen aus der Türkei (83 600 Personen), gefolgt von Syrien (80 885 Menschen) und Afghanistan (56 680 Personen). Hinsichtlich der Schutzsuchenden mit befristeter Anerkennung kam die Mehrheit aus der Ukraine (896 520 Personen) oder Syrien (561 750 Personen).

Bei den unbefristeten Anerkennungen lag Syrien (62 350 Personen) an der Spitze aller Länder, gefolgt von der Ukraine (28 530 Personen), dem Irak (28 065 Personen) und der Russischen Föderation (27 420 Personen). Die meisten Schutzsuchenden mit abgelehntem Antrag kamen aus dem Irak (23 495 Personen) und Syrien (13 900 Personen).

Bei den Schutzsuchenden dominieren junge Männer: Der Anteil der Männer unter den Schutzsuchenden lag Ende 2023 bei 55 %. Insbesondere in der Altersgruppe von 20 bis 40 Jahren waren Männer überrepräsentiert. ► Abb 11

1.2.5 Situation der Schutzsuchenden aus der Ukraine

Erste Ergebnisse des Mikrozensus 2023 geben einen Einblick in die sozioökonomische Situation der Eingewanderten aus der Ukraine, die in diesem Zeitraum in Deutschland wohnten. Anders als bei Schutzsuchenden aus anderen Ländern kamen aus der Ukraine überwiegend Frauen. Sechs von zehn (61 %) der 2023 in

Deutschland wohnenden und seit Jahresbeginn 2022 aus der Ukraine eingewanderten Personen waren weiblich. Bei den Erwachsenen überwog der Frauenanteil noch deutlicher: Hier waren sieben von zehn (69 %) Zugewanderten Frauen. Dies hängt insbesondere damit zusammen, dass häufig Mütter mit ihren Kindern allein aus der Ukraine nach Deutschland kamen, während Männer im wehrfähigen Alter die Ukraine nicht verlassen durften. Dementsprechend waren 39 % der seit 2022 aus der Ukraine eingewanderten Menschen nach ihrer Flucht entweder Alleinerziehende (15 %) oder Kinder eines alleinerziehenden Elternteils (24 %). In der Gesamtbevölkerung Deutschlands lebten im ersten Halbjahr 2023 dagegen nur 9 % der Menschen in Alleinerziehenden-Familien.

Bemerkenswert ist bei den aus der Ukraine eingewanderten Personen der hohe Anteil von akademischen Bildungsabschlüssen. Betrachtet man die Haupterwerbsphase von 25 bis 59 Jahren, so hatten von den seit Jahresbeginn 2022 aus der Ukraine Eingewanderten 47 % einen akademischen Berufsabschluss einer Fachhochschule oder Universität und 27 % einen nicht akademischen Berufsabschluss. In der Gesamtbevölkerung Deutschlands lag der Anteil von Personen mit akademischem Abschluss in dieser Altersgruppe nur bei 27 %. Mit 52 % war der Anteil mit einem nicht akademischen Abschluss in der Gesamtbevölkerung dagegen deutlich höher als bei den aus der Ukraine eingewanderten Personen.

Trotz des hohen Qualifikationsniveaus war die Erwerbsbeteiligung der seit Anfang 2022 aus der Ukraine Eingewanderten deutlich geringer als in der Gesamtbevölkerung: In der Haupterwerbsphase von 25 bis 59 Jahren waren lediglich 21 % der Eingewanderten aus der Ukraine erwerbstätig. Die Erwerbstätigenquote in der Gesamtbevölkerung war in dieser Altersgruppe mit 85 % mehr als viermal so hoch. Bei den aus der Ukraine eingewanderten Frauen lag die Erwerbstätigenquote mit 17 % (Gesamtbevölkerung: 81 %) dabei noch deutlich unter der

Erwerbstätigenquote von Männern, von denen 30 % erwerbstätig waren (Gesamtbevölkerung: 89 %). Dass die Aufnahme einer Beschäftigung für aus der Ukraine eingewanderte Frauen und vor allem für Mütter mit Kleinkindern schwieriger ist als für Männer, zeigt auch das Forschungsprojekt »Geflüchtete aus der Ukraine in Deutschland (IAB-BiB/FReDA-BAMF-SOEP-Befragung)«. Demnach steigt zudem die Erwerbstätigenquote von Zuwandererinnen und Zuwanderern aus der Ukraine ab einer Aufenthaltsdauer in Deutschland von zwölf Monaten deutlich (siehe Kapitel 7.4, Seite 283).

1.3 Binnenwanderung

Nico Stawarz, Nikola Sander,
Tamilwai Kolowa

Bundesinstitut für
Bevölkerungsforschung (BiB)

Umzüge innerhalb Deutschlands werden als Binnenwanderung bezeichnet. Umzüge beeinflussen in entscheidender Weise die regionale Bevölkerungsstruktur und verändern etwa das Arbeitskräftepotenzial einzelner Regionen. Gleichzeitig ist Binnenwanderung selbst das Resultat sozialer und wirtschaftlicher Bedingungen, die zwischen den Regionen und Kreisen Deutschlands deutlich variieren. So beeinflussen etwa regionale Arbeits- oder Wohnungsmärkte sowie unterschiedliche Bildungsmöglichkeiten (zum Beispiel Universitäten) die individuellen Umzugsentscheidungen.

Die zentrale Datengrundlage für die Analyse der Binnenwanderung bildet die Wanderungsstatistik, die auf den in den Einwohnermeldeämtern erfassten Wohnsitzwechseln basiert und alle Zu- und Fortzüge über Gemeindegrenzen innerhalb eines Kalenderjahres als Wanderungsfälle enthält. Personen, die innerhalb eines Kalenderjahres häufiger umziehen, sind somit mehrfach in der Wanderungsstatistik desselben Jahres enthalten. Für die tiefergehende Analyse des Binnenwanderungsgeschehens in Deutschland über den Zeitraum 1991 bis 2021 werden in diesem Kapitel die Umzüge zwischen 400 Kreisen analysiert.

1.3.1 Wanderungsgeschehen allgemein

Im Jahr 2021 wechselten rund 2,8 Millionen Menschen ihren Wohnsitz über Kreisgrenzen hinweg. Das bedeutet, dass gut 3,3 % der Gesamtbevölkerung ihren Wohnsitz in einen anderen Kreis verlagerten. Im internationalen Vergleich kann Deutschland damit als moderat mobiles Land eingeordnet werden. Die Wohnbevölkerungen nordeuropäischer Länder wie Finnland oder Dänemark sind deutlich mobiler, während in südeuropäischen Ländern wie Spanien oder Italien ein geringeres Mobilitätsverhalten zu konstatieren ist.

Im Zeitverlauf ist das Binnenwanderungsgeschehen in Deutschland relativ stabil. Im Zeitraum 1991 bis 2019 zogen

durchschnittlich etwas mehr als 3 % der Bevölkerung innerhalb eines Jahres in einen anderen Kreis um. Der Anteil lag lediglich in den Jahren 2015 und 2016 mit gut 4 % etwas höher. Dieser kurzzeitige Anstieg lässt sich vor allem auf die in diesen Jahren erhöhte Zuwanderung aus dem Ausland zurückführen, da die Verteilung von Schutzsuchenden nach festen Quoten (Königsteiner Schlüssel) sowie die Weiterverteilung über Erstaufnahmeeinrichtungen als Umzüge in der Wanderungsstatistik erfasst werden.

In den beiden Jahren der Coronapandemie 2020 und 2021 lag der Anteil von umzugsmobilen Menschen mit 3,2 und 3,3 % etwas niedriger als im Jahr 2019 (3,4 %). Dies ist insbesondere auf einen Rückgang der Wanderungen bei jungen Erwachsenen (18- bis 29-Jährige) um etwa 7 % im Vergleich zu den Jahren 2010 bis 2019 zurückzuführen. Im Kontrast dazu hat sich das Wanderungsgeschehen in der Altersgruppe der 30- bis 49-Jährigen während der Pandemie kaum verändert. Im Vergleich zu den Jahren 2010 bis 2019 war der Anteil im Jahr 2020 rund 2 % niedriger und 2021 um 0,4 % höher.

1.3.2 Wanderungen zwischen Kreisen

Knapp zwei Drittel der 2,8 Millionen Umzüge über Kreisgrenzen ereigneten sich im Jahr 2021 innerhalb einzelner Bundesländer, zumeist zwischen Städten und dem zugehörigen Umland. Gut ein Drittel der Umzüge (1,1 Millionen) verlief über die Grenzen von Bundesländern (zu Binnenwanderung zwischen Bundesländern siehe auch Kapitel 1.1.3, Seite 19).

Im Allgemeinen lässt sich feststellen, dass das Umzugsverhalten stark mit dem Lebensalter variiert. Junge Erwachsene neigen aufgrund vermehrter Lebenslaufübergänge, zum Beispiel zu Beginn einer Ausbildung, eines Studiums oder beim Arbeitsmarkteinstieg, häufiger zu Ortswechseln als ältere Personen. So veränderten im Jahr 2021 rund 9 % der 18- bis 24-Jährigen und 10 % der 25- bis 29-Jährigen über Kreisgrenzen hinweg ihren

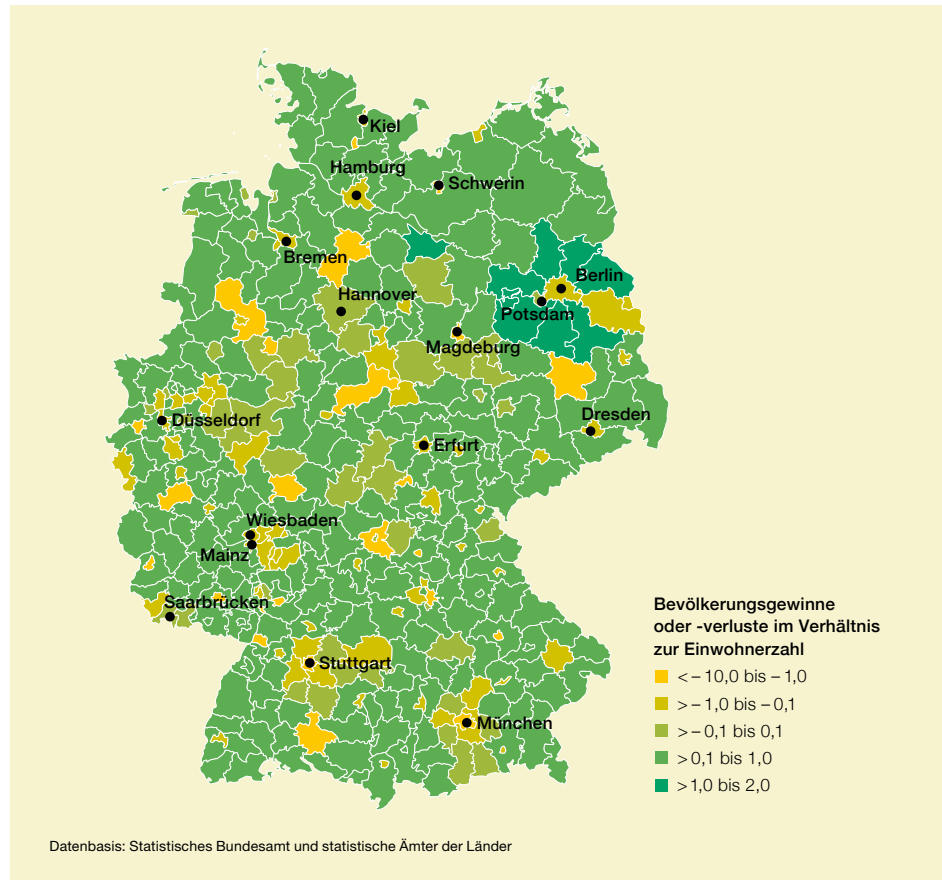
Wohnsitz. In den älteren Altersgruppen ist dieser Anteil deutlich geringer: Bei den 30- bis 49-Jährigen sind es 4 % und bei den über 50-Jährigen rund 1 %. Das Wanderungsgeschehen in Deutschland wird demnach vor allem durch die jüngere Bevölkerung bestimmt.

Da sich die Muster der Zu- und Fortzüge erheblich zwischen den Regionen unterscheiden, lohnt sich eine gesonderte Betrachtung des Wanderungsgeschehens auf regionaler Ebene. Abbildung 1 zeigt die Nettowanderungsraten aus dem Jahr 2021 für alle 400 deutschen Kreise. Nettowanderungsraten geben den Prozentwert von Bevölkerungsgewinnen oder -verlusten im Verhältnis zur Einwohnerzahl des jeweiligen Kreises an. Eine Nettowanderungsrate von 1 % bedeutet demnach, dass eine Region einen Wanderungsgewinn von einer Person je 100 Einwohnerinnen und Einwohner verzeichnet hat. Negative Wanderungssalden verzeichnen vor allem die größeren Städte. Sie haben durch Binnenwanderung an Bevölkerung verloren. Im Gegensatz dazu zeichnen sich einige Kreise im Umland von Großstädten durch positive Wanderungssalden aus. Insbesondere das Umland von Berlin hat 2021 durch Binnenwanderung an Bevölkerung gewonnen. ► Abb 1

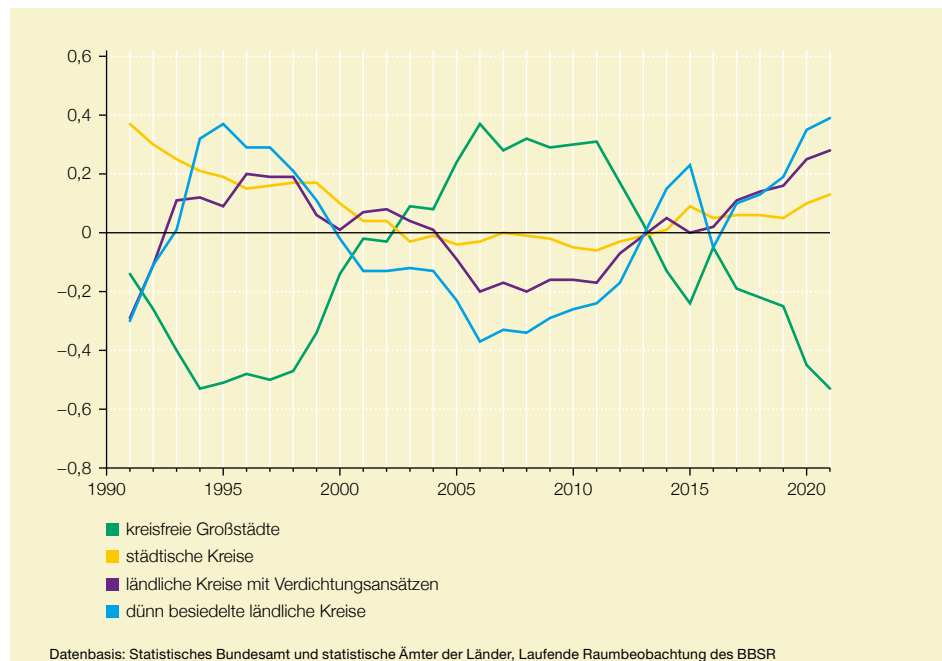
1.3.3 Stadt-Land-Wanderungen

Die regionale Bevölkerungsentwicklung in Deutschland ist maßgeblich durch Wanderungen zwischen ländlichen, städtischen und suburbanen Gebieten beeinflusst. Zur Abgrenzung verschiedener Raumtypen wird im Folgenden die Raumklassifikation (Kreisgebietsstand 2021) des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) verwendet. Anhand dieser Klassifikation kann jeder der 400 deutschen Kreise einer von vier Kategorien zugeordnet werden: kreisfreie Großstadt, städtischer Kreis, ländlicher Kreise mit Verdichtungsansätzen sowie dünn besiedelter ländlicher Kreis. Abbildung 2 zeigt die Nettowanderungsraten für verschiedene Raumtypen über den Zeitraum 1991 bis 2021. ► Abb 2

► Abb 1 Nettowanderungsraten für Kreise 2021 — in Prozent



► Abb 2 Wanderungen für verschiedene Raumtypen — Nettowanderungsraten in Prozent



Zunächst fällt auf, dass sich die Wanderungsmuster in den vergangenen drei Jahrzehnten mehrfach gewandelt haben. Unmittelbar nach der deutschen Vereinigung setzte eine Phase der Suburbanisierung ein, in der vor allem die ländlichen Kreise Bevölkerungsgewinne aufwiesen. Die kreisfreien Großstädte hingegen verzeichneten im Zeitraum 1991 bis 1999 Wanderungsverluste. In den Jahren 2000 bis 2004 war die Wanderungsbilanz zwischen städtischen und ländlichen Räumen weitgehend ausgeglichen. Ab dem Jahr 2005 sind Wanderungsgewinne für die kreisfreien Großstädte und eine Phase der Urbanisierung (Verstädterung) zu beobachten, die bis etwa ins Jahr 2011 andauerte. Auf dem Höhepunkt dieser Urbanisierungsphase lag der Wanderungsgewinn bei rund 0,4 Personen je 100 Einwohnerinnen und Einwohner. Für eine Großstadt mit 500 000 Einwohnerinnen und Einwohnern bedeutet dies einen Bevölkerungsgewinn durch Binnenwanderung von durchschnittlich 2 000 Personen im Jahr. Die ländlichen Kreise verzeichneten im Zeitraum 2005 bis 2011 hingegen Bevölkerungsverluste von rund –0,25%.

Ab dem Jahr 2011 begann eine erneute Trendumkehr und seit 2014 verzeichnen die kreisfreien Großstädte wieder Wanderungsverluste gegenüber den ländlichen Kreisen. In den beiden ersten Jah-

► Tab 1 Altersstruktur der Wanderungen für verschiedene Raumtypen 2021 – Nettowanderungsraten in Prozent

	Kreisfreie Großstädte	Städtische Kreise	Ländliche Kreise	Dünn besiedelte ländliche Kreise
Unter 18 Jahren	–1,5	0,5	0,7	0,8
18–24 Jahre	3,8	–1,5	–2,3	–2,1
25–29 Jahre	0,1	–0,1	0,0	0,2
30–49 Jahre	–1,6	0,6	1,0	1,0
Ab 50 Jahren	–0,3	0,0	0,2	0,3

Datenbasis: Statistisches Bundesamt und statistische Ämter der Länder

ren der Coronapandemie, 2020 und 2021, hat sich dieser Trend der Wanderungsverluste für Städte und Wanderungsgewinne für stärker ländliche Kreise noch einmal intensiviert. Betrugten die Wanderungsverluste der Städte 2019 im Durchschnitt –0,3%, waren es in den Jahren 2020 und 2021 rund –0,5%, sodass die größten Städte in diesen Jahren so viel Bevölkerung durch Binnenwanderung verloren haben wie zuletzt Mitte der 1990er-Jahre. Gründe hierfür waren die teils ausbleibenden Wanderungen junger Menschen in die Städte und die verstärkte Abwanderung von Familien aus den Großstädten. Die zuletzt deutlichen Gewinne für die ländlichen Kreise erklären sich auch aus den vermehrten Umzügen ins Umland der größten Städte, das teil-

weise als ländlich klassifiziert wird, wie etwa an Berlin deutlich wird.

Die Wanderungsmuster für verschiedene Raumtypen variieren stark mit dem Lebensalter. Gerade junge Menschen im Alter von 18 bis 24 Jahren ziehen besonders häufig, etwa für eine Ausbildung, ein Studium oder den Berufseinstieg, von ländlichen in städtische Regionen. Zu einem etwas geringeren Grad galt dies 2021 für die 25- bis 29-Jährigen, wobei für diese Bevölkerungsgruppe derzeit kein eindeutiger Trend zu verzeichnen ist. Die sogenannten Familienwanderer (unter 18-Jährige und 30- bis 49-Jährige) zog es dagegen häufiger in kleinere städtische Kreise oder ländliche Gebiete. Diese Entwicklung war ebenso bei den über 50-Jährigen zu beobachten. ► Tab 1



1.3.4 Zusammenfassung

Binnenwanderung ist im Kontext niedriger Geburtenraten und einer relativ stabilen, hohen Lebenserwartung in Deutschland von grundlegender Bedeutung für die regionale Bevölkerungsentwicklung und deren Altersstruktur. Bezogen auf die Umzüge zwischen ländlichen und städtischen Kreisen findet, nach einer gut zehnjährigen Phase der verstärkten Wanderung in die Städte, seit 2014 wieder eine Wanderung in Umlandregionen statt. Diese neue Phase der Suburbanisierung hat sich in den beiden ersten Jahren der

Coronapandemie, 2020 und 2021, noch einmal verstärkt. Trotz aktuell negativer Binnenwanderungssalden ist die Bevölkerung in den Großstädten jedoch aufgrund internationaler Zuwanderung und mehr Geburten als Sterbefällen im Zeitraum von 2012 bis 2021 (mit Ausnahme von Oberhausen) insgesamt gewachsen.

Insbesondere die Kreise im Umland der größten Städte, aber auch andere städtische Kreise sowie ländliche Kreise, die in den Vorjahren schrumpften, haben im Jahr 2021 durch Binnenwanderung an Bevölkerung gewonnen.

1.4 Lebenserwartung und Todesursachen

Michael Mühlichen, Pavel Grigoriev,
Sebastian Klüsener

Bundesinstitut für Bevölkerungs-
forschung (BiB)

Felix zur Nieden

Statistisches Bundesamt (Destatis)

Bundesinstitut für
Bevölkerungsforschung (BiB)

1.4.1 Entwicklung der Lebenserwartung

Durch die Coronapandemie ist die durchschnittliche Lebenserwartung bei Geburt erstmals seit Bestehen der Bundesrepublik in drei aufeinanderfolgenden Jahren gesunken (2020 bis 2022). Nach den Ergebnissen der aktuellen Sterbetafel 2020/22 des Statistischen Bundesamts betrug die Lebenserwartung bei Geburt für Männer 78,3 Jahre und für Frauen 83,2 Jahre. Vor der Pandemie war die Lebenserwartung im Zeitraum 2017/19 bei den Männern rund vier Monate und bei den Frauen rund zwei Monate höher (78,6 Jahre beziehungsweise 83,4 Jahre). ► [Info 1](#)

Die fernere Lebenserwartung im Alter von 65 Jahren, die etwa für die Rentenbezugsdauer relevant ist, lag 2020/22 für Männer bei 17,6 und für Frauen bei 20,9 Jahren, wodurch sich eine erwartete durchschnittliche Lebensdauer von 82,6 beziehungsweise 85,9 Jahren ergibt.

Im historischen Rückblick der vergangenen 150 Jahre ist die durchschnittliche Lebenserwartung bei Geburt insgesamt beträchtlich gestiegen. So betrug sie im Zeitraum 1871/81 in Deutschland (in den damaligen Grenzen) bei Geburt für Männer lediglich 35,6 Jahre und für Frauen 38,5 Jahre. Bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts spielten die Verringerung der Säuglings- und Kindersterblichkeit und die Zurückdrängung von Infektionskrankheiten eine entscheidende Rolle für den Anstieg der Lebenserwartung. Dies gelang durch verbesserte Lebensbedingungen, zum Beispiel in den Bereichen

Hygiene, Wohnen, Arbeit und Ernährung, sowie medizinische Fortschritte. Ab den 1970er-Jahren waren es vor allem medizintechnische Errungenschaften, die zu einer verbesserten Behandlung von Herz-Kreislauf-Erkrankungen und gerade bei Menschen höheren Alters zu einer Reduktion der Sterberaten führten.

Heute üben Lebensstilfaktoren wie Rauchen, Alkoholkonsum, Ernährung und körperliche Bewegung einen wesentlichen Einfluss auf Sterblichkeitsunterschiede aus. Weil diese Faktoren durch den sozioökonomischen Status, beispielsweise erfasst anhand der Bildung oder des Einkommens, beeinflusst werden, existieren zwischen sozialen Gruppen zum Teil große Unterschiede in der durchschnittlichen Lebenserwartung wie auch in der Gesundheit allgemein (siehe Kapitel 8.2, Seite 314).

Seit etwa 2010 hat sich der Anstieg der Lebenserwartung in Deutschland deutlich verlangsamt. Stieg sie zuvor über Jahrzehnte hinweg noch um etwa 0,3 Jahre pro Jahr bei Männern und 0,2 Jahre pro Jahr bei Frauen, waren es danach durchschnittlich circa 0,1 Jahre bei beiden Geschlechtern, bevor es im Zuge der Coronapandemie dann zu einem leichten Rückgang kam.

1.4.2 Regionale Unterschiede

Die Lebenserwartung in Deutschland ist in den südlichen Bundesländern höher als in den nordwestlichen und nordöstlichen Bundesländern. Daher spricht man im Sterblichkeitskontext auch von

► Info 1

Lebenserwartung

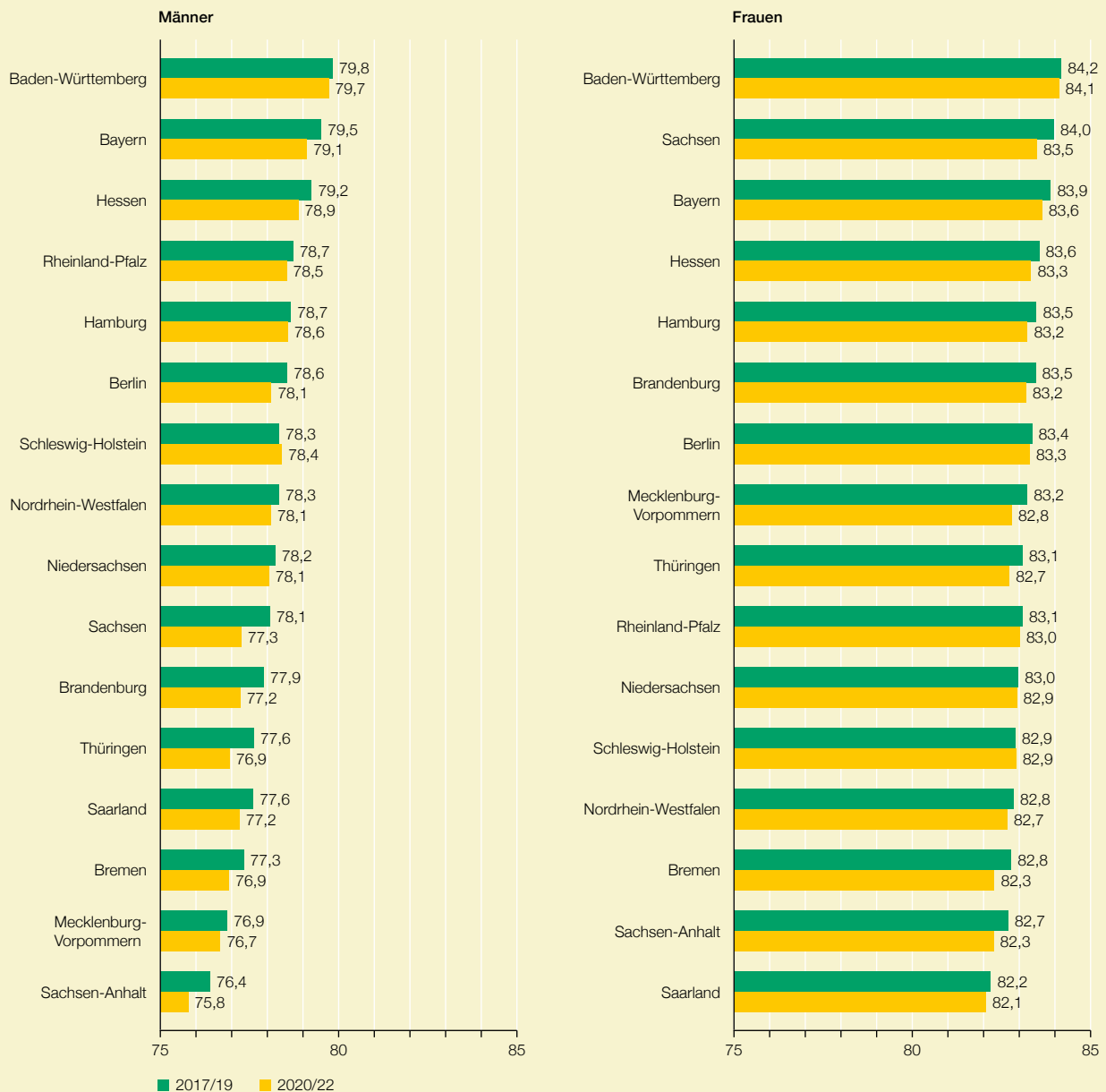
Die hier verwendete durchschnittliche Lebenserwartung gibt an, wie viele Jahre ein Mensch bei Geburt oder in einem bestimmten Alter (noch) leben würde, wenn die altersspezifischen Sterbewahrscheinlichkeiten des jeweils betrachteten Jahres für das gesamte weitere Leben gelten würden. Die Berechnung erfolgt über die Sterbetafel, die tabellarisch abbildet, wie sich ein Bestand an Neugeborenen (in der Regel auf 100 000 normiert) mit voranschreitendem Alter durch den Einfluss der Sterblichkeit sukzessive reduziert. Mit zunehmendem Alter steigt die durchschnittliche Lebenserwartung eines Menschen in der Regel an. Hierzu trägt zum einen bei, dass das Sterberisiko der bereits durchlebten Jahre entfällt. Zum anderen sanken – zumindest in den vergangenen Jahrzehnten – die Sterberaten im Zeitverlauf.

einem Nord-Süd-Gefälle. Faktoren, die zu Süddeutschlands Spitzenposition beitragen, sind der hohe ökonomische Entwicklungsstand und der geringere Anteil von Personen, die aktuell rauchen oder jemals geraucht haben. Bei den Männern ist zudem noch ein Ost-West-Gefälle erkennbar. Dieses war zwischen 1970 und

1990 bei Männern und Frauen stark ausgeprägt, ist aber nach der deutschen Vereinigung stark zurückgegangen und bei den Frauen komplett verschwunden. Baden-Württemberg ist seit Jahrzehnten das Bundesland mit der höchsten Lebenserwartung: Im Zeitraum 2020/22 lagen die Werte dort für Männer bei 79,7

Jahren und für Frauen bei 84,1 Jahren. Die niedrigste Lebenserwartung in diesem Zeitraum hatte bei den Männern Sachsen-Anhalt (75,8 Jahre) und bei den Frauen das Saarland (82,1 Jahre). Allgemein sind die regionalen Sterblichkeitsunterschiede in Deutschland aber im internationalen Vergleich gering. ► Abb 1

► Abb 1 Durchschnittliche Lebenserwartung bei Geburt nach Bundesland und Geschlecht – in Jahren



Datenbasis: Statistisches Bundesamt

Während der Coronapandemie gab es regionale Unterschiede sowohl im Ausmaß als auch im zeitlichen Eintreten von Phasen erhöhter Sterblichkeit. In der ersten Pandemiewelle (Frühling 2020) waren vor allem Gebiete betroffen, die entweder in räumlicher Nähe zu den ersten europäischen Hotspots in Norditalien und Österreich lagen (vor allem der Süden Bayerns) oder in denen sich das SARS-CoV-2-Virus durch Massenveranstaltungen wie Karneval lokal verbreitete. Die zwischen Herbst 2020 und Ende 2021 folgenden Pandemiewellen waren hingegen räumlich deutlich weniger diffus, sondern zeigten ein klares Ost-West-Gefälle über Europa, das sich innerhalb Deutschlands zuungunsten der ostdeutschen Bundesländer auswirkte. 2022 war der Nordwesten Deutschlands am stärksten betroffen. In diesem Jahr spielten neben COVID-19 aber auch andere Atemwegserkrankungen eine Rolle. Die insgesamt größten Verluste an Lebensjahren im Vergleich zwischen den Zeiträumen 2020/22 und 2017/19 erlitten die östlichen Bundesländer und Bremen.

1.4.3 Internationaler Vergleich

Im Vergleich mit anderen europäischen Ländern nimmt Deutschland bezüglich der Lebenserwartung eine mittlere Position ein. Im westeuropäischen Vergleich erreicht Deutschland bei der durchschnittlichen Lebenserwartung jedoch nur hintere Ränge. Unter 16 westeuropäischen Ländern (EU-15 und die Schweiz) belegt die Bundesrepublik bei den Männern Rang 15, bei den Frauen Rang 14 (2019). Ähnlich wie in Deutschland hat sich der Anstieg der Lebenserwartung in vielen anderen wirtschaftlich hoch entwickelten Ländern seit etwa 2010 verlangsamt. Diese Trends waren besonders ausgeprägt im Vereinigten Königreich und in den USA.

Die Coronapandemie verursachte im Jahr 2020 in vielen Ländern der Erde einen erheblichen Rückgang der Lebenserwartung. Von den in Abbildung 2 dargestellten Staaten war dies nur für Japan nicht der Fall. 2021 setzte sich dieser Rückgang in vielen Ländern fort. Der höchste Verlust an

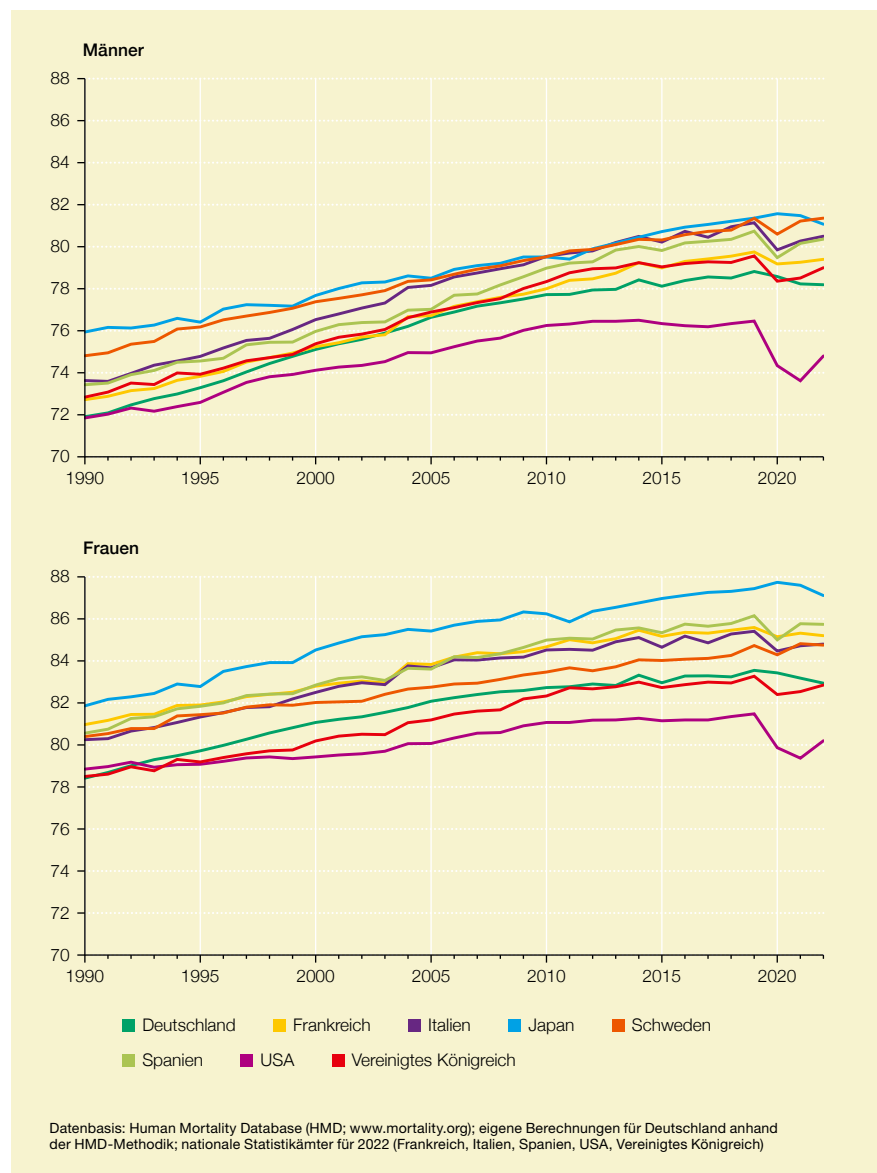
Lebensjahren zwischen 2019 (dem letzten Jahr vor der Pandemie) und 2021 wurde in den USA beobachtet (– 2,8 bei Männern und – 2,1 bei Frauen). Einigen wenigen europäischen Ländern wie etwa Schweden gelang es bereits 2021, wieder auf Vor-Pandemie-Niveau zurückzukehren, während die Lebenserwartung in Japan erst 2021 und verstärkt 2022 zurückging. Im Vergleich zu vielen anderen Ländern war die Abnahme der Lebenserwartung infolge

der Coronapandemie in Deutschland zunächst weniger abrupt, aufgrund des Rückgangs über drei Jahre in Folge dennoch nicht unerheblich: Im Jahr 2022 waren es im Vergleich mit 2019 sowohl für Männer als auch für Frauen – 0,6 Jahre. ► Abb 2

1.4.4 Todesursachen

Herz-Kreislauf-Erkrankungen stellen in Deutschland die häufigste Todesursachengruppe dar. Im Lauf der vergangenen

► Abb 2 Durchschnittliche Lebenserwartung bei Geburt nach Geschlecht im internationalen Vergleich – in Jahren



40 Jahre ist die standardisierte Sterberate für diese Krankheitsgruppe jedoch stark gesunken. Bei der zweithäufigsten Gruppe, den sogenannten Neubildungen (Krebs und Tumore), war der Rückgang dagegen deutlich geringer, sodass diese nun nur noch knapp hinter den Herz-Kreislauf-Erkrankungen liegt. Die Gruppe der psychischen Erkrankungen liegt nach deutlichem Anstieg ab Mitte der 2000er-Jahre seit 2021 auf Rang drei, jedoch mit großem Abstand zu den beiden ersten Todesursachengruppen. Nur knapp dahinter liegen Atemwegserkrankungen. COVID-19 war 2022 an fünfter Stelle, gefolgt von äußeren Ursachen (Unfälle, Suizide, Mord) und Krankheiten des Verdauungsystems. ► Abb 3, Info 2

1.4.5 Künftige Entwicklung der Lebenserwartung

Für das Jahr 2023 zeichnet sich nach vorläufigen Zahlen ein deutlicher Wiederanstieg der Lebenserwartung ab. Eine generelle Trendwende im Hinblick auf die Entwicklung der Lebenserwartung als Folge

der Coronapandemie ist daher nicht zu erkennen. Langfristig wird in den meisten Vorausberechnungen angenommen, dass die Lebenserwartung in Deutschland weiter ansteigen wird. Diese Rechnungen gehen davon aus, dass verbesserte Lebensumstände, zurückgehender Tabak- und Alkoholkonsum sowie der medizinische Fortschritt auch künftig die durchschnittliche Lebensspanne kontinuierlich erweitern.

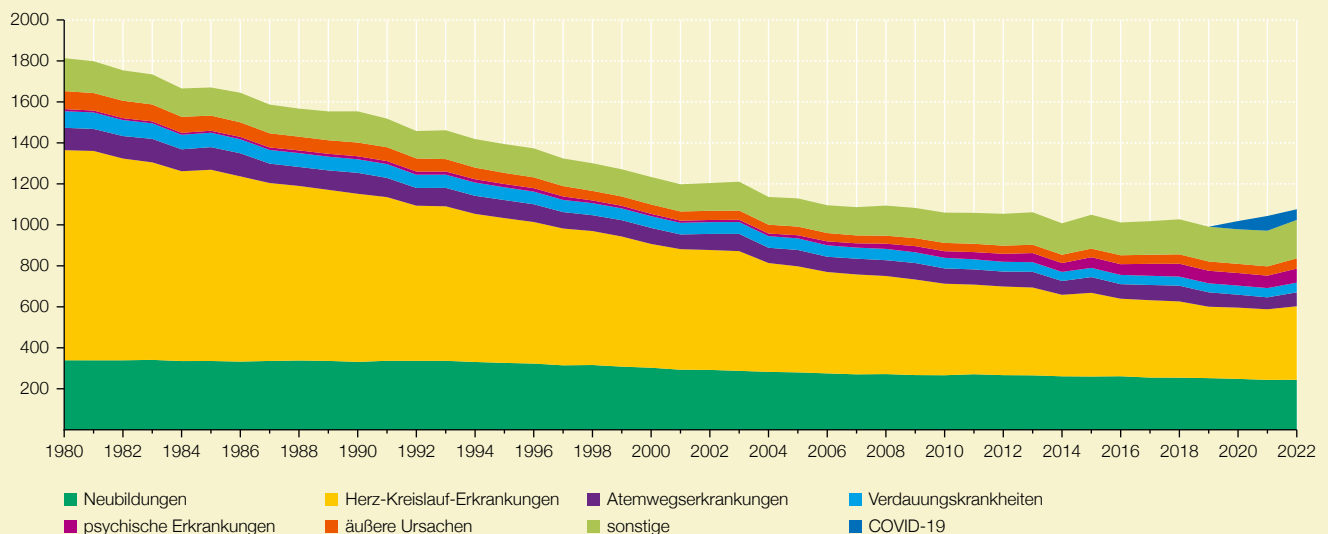
Das Statistische Bundesamt trifft in seiner aktuellen Bevölkerungsvorausberechnung drei verschiedene Annahmen für die künftige Entwicklung der Lebenserwartung (siehe Kapitel 1.1.4, Seite 25). Je nach Annahme wird die Lebenserwartung bei Geburt in den kommenden Jahrzehnten um 3 bis 8 Jahre ansteigen. Zeitgleich nimmt die Differenz in der Lebenserwartung von Männern und Frauen weiter ab. Die durchschnittliche Lebenserwartung bei Geburt könnte dann im Jahr 2070 bis zu 86,4 Jahre bei den Männern und bis zu 90,1 Jahre bei den Frauen erreichen.

► Info 2

Standardisierte Sterberate

Die rohe Sterberate, für deren Berechnung man die Anzahl der Todesfälle durch die gesamte Bevölkerungszahl teilt, wird stark durch die Altersstruktur der Bevölkerung beeinflusst. Dadurch kommt es bei Vergleichen von Sterberaten von Bevölkerungen mit unterschiedlicher Altersstruktur zu Verzerrungen. Um derartige Verzerrungen zu vermeiden, werden standardisierte Sterberaten verwendet. Dabei werden die für die jeweilige Bevölkerung errechneten altersspezifischen Sterberaten mit der Altersstruktur einer Standardbevölkerung gewichtet, die als Bezugsgröße dient. Damit gibt die standardisierte Sterberate – als Aufsummierung der gewichteten altersspezifischen Sterberaten – an, wie viele Sterbefälle aufgrund der jeweils herrschenden Sterblichkeitsverhältnisse auf 100 000 Lebende entfallen wären, wenn die Struktur der Bevölkerung nach Alter und Geschlecht in der betreffenden Berichtsperiode der Standardbevölkerung entsprochen hätte. Diese Vorgehensweise bietet sich für internationale und regionale Vergleiche an, aber auch für Zeitvergleiche, da sich so die Veränderung der Sterblichkeit unabhängig von der Veränderung der jeweiligen Bevölkerung analysieren lässt. Im vorliegenden Kapitel wurde als Standardbevölkerung die »Europastandardbevölkerung 2013« gewählt.

► Abb 3 Standardisierte Sterberate nach Todesursachengruppe in Deutschland



Sterbefälle je 100 000 Personen (standardisiert nach Europastandardbevölkerung 2013).
Datenbasis: Statistisches Bundesamt (www.gbe-bund.de)